

DIE RECHNUNGSLEGUNG DER KAPITALGESELL-
SCHAFTEN UND ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN
UNTERNEHMEN NACH DEM PUBLIZITÄTSGESETZ

- Eine empirische Untersuchung -

Michael Adler

1976

DIE RECHNUNGSLEGUNG DER KAPITALGESELL-
SCHAFTEN UND ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN
UNTERNEHMEN NACH DEM PUBLIZITÄTSGESETZ

- Eine empirische Untersuchung -

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades eines
Doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt

von

M i c h a e l A d l e r

1 9 7 6



Referent: Prof. Dr. K. v. Wysocki
Korreferent: Prof. Dr. Dr. h.c. E. Heinen
Promotionsabschlußberatung: 23. Februar 1976

	Seite
A Einleitung	1
I Anlaß der Untersuchung	1
II Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung	2
B Das Untersuchungsmaterial	5
I Die nach dem Publizitätsgesetz zur Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen	5
II Auswahl des Untersuchungsgegenstandes	7
III Grundgesamtheit und Auswahlverfahren	8
1. Auswahlverfahren	8
2. Festlegung der Grundgesamtheit	10
3. Beurteilung der Vollständigkeit	11
IV Darstellung des Untersuchungsmaterials	14
1. Anzahl und Versandungsbereitschaft	14
2. Rechtsformen	15
3. Branchenzugehörigkeit	18
4. Größe	19
a) nach Einzelkriterien	19
b) nach einem integrierten Größenindex	21
5. Veröffentlichungszeitpunkt	22
6. Laufende Publizität	23
7. Konzernbindungen und Nationalität	24

	Seite
8. Wirtschaftsprüfer	26
C Die Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz	28
I Die auf die Rechnungslegung einwirkenden Vorschriften	28
1. Das Publizitätsgesetz	28
2. Sonstige Vorschriften	29
II Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	30
1. Bedeutung und Problematik der GoB	31
a) Anwendungsbereich der GoB	31
b) Problematik der GoB	31
2. Ermittlung der GoB	33
a) Literaturmeinungen	33
b) Eigene Stellungnahme	36
3. Anwendung der GoB	37
a) Bewertungsuntergrenze	37
a1) Problematik	37
a2) Rechtsprechung des Reichsgerichts	38
a3) Stellungnahme des Gesetzgebers	40
a4) Technik und Umfang der Bildung stiller Reserven	41
a5) Empirischer Befund	43
b) Bewertungsobergrenze	45
c) Bilanzierung immaterieller Anlagewerte	47

	Seite
d) Bilanzierung von Betriebs- erweiterungskosten	50
4. Ergebnis	52
III Gliederung und Inhalt des Jahres- abschlusses	53
1. Gliederung der Bilanz	54
2. Inhalt der Bilanz	57
3. Gliederung der Gewinn- und Ver- lustrechnung	61
4. Ausweis von Vermerken zu Bilanz- posten	62
IV Einzelangaben im Geschäftsbericht	64
V Berichterstattung über Bewer- tungs- und Abschreibungsmethoden und Qualität der Rechnungslegung	68
1. Messung der Rechnungslegungs- qualität	68
2. Anforderungen an die Indikatoren	70
a) Indikatoren der Gesetzesein- haltung	71
a1) Grundsatz der Materiali- ty	71
a2) Grundsatz der Nachprüf- barkeit	74
a3) Grundsatz der Vergleich- barkeit	75
b) Indikatoren der Publizitäts- freude	76

3. Darstellung der Indikatoren	77
a) Indikatoren der Gesetzesein- haltung	77
a1) Berichterstattung über die planmäßigen Ab- schreibungen	79
a2) Berichterstattung über die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	84
a3) Berichterstattung über die fertigen und un- fertigen Erzeugnisse	86
a4) Berichterstattung über die Pensionsrückstel- lungen	89
b) Indikatoren der Publizitäts- tätsfreude	92
b1) Angabe von Vorjahres- zahlen	92
b2) Berichterstattung über Änderungen in der Be- wertungsmethode	93
b3) Bewertungskonzeption	95
4. Verschmelzung der Indikatoren zum Gesamturteil	97
a) Probleme der Indexbildung	97
b) Index der Gesetzeseinhal- tung	99
c) Index der Publizitäts- freude	102
5. Ergebnis	103
D Analyse von Einflußfaktoren der Rech- nungslegung	106

I	Theoretische Grundlagen	106
	1. Grundlagen der Hypothesenprüfung	106
	2. Statistische Grundlagen	108
II	Analyse der Rechnungslegungsqualität	114
	1. Raum-Zeit-Bezug der Analyse	114
	2. Einflußfaktoren der Rechnungslegung	119
	a) Branche	120
	b) Unternehmensgröße	124
	c) Wirtschaftsprüfer	129
	d) Nationalität	130
	e) Versendungsbereitschaft	135
	f) Laufende Publizität	138
	g) Behördenaufsicht	139
	h) Berichterstattungstatbestand	142
	i) Gleichförmigkeitsthese	144
	3. Ergebnis	146
E	Zusammenfassung	148
	Tabellenverzeichnis	150
	Anhang	152
	A Tabellenanhang	154
	B Das statistische Instrumentarium	162
	Abkürzungsverzeichnis	170
	Literaturverzeichnis	171
	Verzeichnis der untersuchten Unternehmen	209
	Lebenslauf	

Digitized by the Internet Archive
in 2026

A Einleitung

I Anlaß der Untersuchung

In den letzten Jahren mehren sich die Stimmen, die das Fehlen empirischer Untersuchungen über die Rechnungslegung von Unternehmen als "die weißen Flecken auf der Karte bilanztheoretischer Forschung"¹⁾ bezeichnen. Zwar sind auch bisher schon in Deutschland empirische Untersuchungen über die Rechnungslegung angestellt worden²⁾; für diese Arbeiten ist aber kennzeichnend, daß sie zum einen nur Aktiengesellschaften untersucht haben, weil bisher im wesentlichen nur Aktiengesellschaften publizitätspflichtig waren, und daß zum anderen die deskriptive Darstellung der Rechnungslegung im Vordergrund stand vor der Untersuchung bilanztheoretischer Aussagen über das Informationsverhalten von Unternehmen.

Die Verabschiedung des Publizitätsgesetzes vom 15.8. 1969 bietet daher die Gelegenheit, die bisherigen Beiträge zu einer empirischen Theorie der Rechnungslegung in zweifacher Weise zu ergänzen: durch eine empirisch-deskriptive Untersuchung der durch das Publizitätsgesetz unabhängig von der Rechtsform zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Großunternehmen und durch eine über eine bloße Deskription hinausgehende empirisch-verifizierende Analyse der Rechnungs-

1) Heinen: Handelsbilanzen 1974, S. 37 f.; vgl. auch Hauschildt: Bilanzanalyse 1971, S. 346 ff.; Kappler: Informationsverhalten 1972, S. 268 f.; Coenenberg: Jahresabschluß 1974, S. 455.

2) Vgl. Castan: Börsengesellschaften 1969; v. Wysocki: Konzernrechnungslegung 1969; ders.: Konzernrechnungslegung 1970; Seemann: Befolgung 1970; v. Wysocki et al.: Berichterstattung 1971; Haas/Osthoff:

legung dieser Unternehmen¹⁾.

II Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung

Mit der Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz befaßt sich ein zweiteiliges Forschungsprojekt am Institut für Wirtschaftsberatung und Revisionswesen der Universität München; einen Teil des Projekts bildet die vorliegende Arbeit über die Rechnungslegung der Kapitalgesellschaften und öffentlich-rechtlichen Unternehmen^{2, 3)}.

Untersuchungsgegenstand des Forschungsvorhabens ist das gegenüber der Öffentlichkeit gezeigte Informationsverhalten der Unternehmen, soweit es sich in der Bilanzierung, der Bewertung und im Erläuterungsteil des Geschäftsberichts niederschlägt. Zu diesem Zweck wird eine Inhaltsanalyse⁴⁾ der erstmals für das Geschäftsjahr 1971 bzw. 1971/72 zu erstellenden Geschäftsberichte vorgenommen.

Ziel der Arbeit ist sowohl eine empirisch-deskriptive

Versicherungswirtschaft 1973; Jäger/Vogelgesang: Aktienbanken 1973

- 1) Vgl. zu diesen beiden Aspekten empirischer Untersuchungen Homans: Sozialwissenschaft 1972, S. 21; Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 28 f.
- 2) Vgl. daneben Sprißler: Rechnungslegung
- 3) Wegen der Zugehörigkeit der Arbeit zu einem größeren Forschungsvorhaben und der deswegen notwendigen Koordination der Arbeiten besteht zwangsläufig teilweise eine inhaltliche Übereinstimmung mit der Paralleluntersuchung.
- 4) Vgl. Silbermann: Inhaltsanalyse 1967, S. 570 - 573; Witte: Organisation 1968, S. 590 - 592; Friedrichs: Methoden 1973, S. 314 - 317

Darstellung und Beurteilung der in der Praxis angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der in der Praxis geübten Berichterstattung als auch eine empirisch-verifizierende Analyse der Rechnungslegung anhand von Hypothesen über Einflußfaktoren des Informationsverhaltens.

Dem empirischen Ansatz der Arbeit entsprechend, wird im Abschnitt B die empirische Untersuchung vorbereitet. Dazu muß einerseits der Geltungsbereich des Publizitätsgesetzes abgesteckt werden, andererseits bedarf die zu untersuchende Grundgesamtheit einer Konkretisierung. Anschließend wird das empirische Feld anhand wesentlicher Bestimmungsfaktoren wie Branche, Unternehmensgröße u.ä. kurz vorgestellt.

Daran schließt sich in Kapitel C als erster Schwerpunkt der Arbeit die Darstellung und Beurteilung der Rechnungslegung an. Das Kapitel wird eingeleitet mit einer empirisch-theoretischen Untersuchung der Rechnungsvorschriften, soweit diese Probleme aufwerfen; als interpretationsbedürftig erscheinen dabei im wesentlichen die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Bei der Gliederung und dem Inhalt des Jahresabschlusses und den Angaben im Erläuterungsbericht erübrigen sich dagegen theoretische Ausführungen weitestgehend, so daß der empirische Befund im wesentlichen nur dargestellt und mit dem aus den Publizitätsvorschriften abgeleiteten "Soll" verglichen wird. Das Kapitel wird mit einem Gesamturteil über die Rechnungslegung in bezug auf Gesetzes Einhaltung und freiwillige Informationsbereitschaft abgeschlossen.

Als zweiter Schwerpunkt wird in Abschnitt D eine Analyse der Rechnungslegung durchgeführt. Dazu erfolgt ein Vergleich mit der Paralleluntersuchung über die Rechnungslegung von Einzelkaufleuten und Personenge-

sellschaften und mit einer Untersuchung über die Rechnungslegung von Aktiengesellschaften; aus dem Vergleich können Erkenntnisse über den Aussagebereich der Untersuchung gewonnen werden. Zur Analyse der Rechnungslegung werden außerdem aus der Literatur Hypothesen über Einflußfaktoren der Rechnungslegung abgeleitet und überprüft.

B Das Untersuchungsmaterial

I Die nach dem Publizitätsgesetz zur Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen

Das Publizitätsgesetz, das als "Revolution unserer ganzen Gesellschaftsordnung" bezeichnet worden ist¹⁾, ist insofern neuartig, als in diesem Gesetz die Pflicht zur öffentlichen Rechnungslegung für Deutschland erstmalig nicht an die Kriterien der Rechtsform oder der Zugehörigkeit zu bestimmten Wirtschaftszweigen anknüpft²⁾. Das Publizitätsgesetz fordert vielmehr eine öffentliche Rechnungslegung in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße.

Die Rechtfertigung und Zweckmäßigkeit einer solchen Größenpublizität wurde insbesondere vor Verabschiedung des Gesetzes mit teilweise großer Leidenschaft diskutiert. Eine Wiederaufrollung der Diskussion über das Für und Wider der Publizität im allgemeinen und der Größenpublizität im besonderen ist hier nicht beabsichtigt³⁾. Für den Gesetzgeber waren bekanntlich die Gründe für eine Publizität ausschlaggebend; dieser Tatbestand wird hier als Datum betrachtet.

Das Publizitätsgesetz verpflichtet alle Unternehmen zur externen Rechnungslegung, wenn mindestens zwei der folgenden drei Kriterien in drei aufeinander folgenden Jahren erfüllt worden sind (§§ 1, 2⁴⁾):

1) Thomä: Diskussionsbeitrag 1962, S. 287

2) Vgl. v. Wysocki: Prüfungswesen 1972, S. 39

3) Aus der sehr umfangreichen Literatur seien hier erwähnt: Rittner: Gutachten 1964, insbes. S. 119 ff.; Saage: Kontrollfunktion 1962; Kronstein: Publizität 1964; Gessler: Entwicklungstendenzen 1968, S. 722; Fischer: Publizitätspflicht 1968, S. 558 - 564; ders.: Referentenentwurf 1970, S. 502 f.; Brünig: Publizitätspflicht 1969, S. 36 - 38

4) Paragraphen ohne Gesetzesbezeichnung betreffen das

- (1) Bilanzsumme > 125 Millionen DM
- (2) Umsatzerlöse > 250 Millionen DM
- (3) Beschäftigte > 5000

Für Kreditinstitute gilt als alleiniges Größenkriterium ein Geschäftsvolumen von mehr als 300 Millionen DM; als Geschäftsvolumen definiert § 1 Abs. 3 die Bilanzsumme zuzüglich gewisser Vermerke, die "unter dem Strich" ausgewiesen werden. Bei Versicherungen gelten als alleiniger Schwellenwert Prämieinnahmen von mehr als 100 Millionen DM (§ 1 Abs. 4).

Auch hier sei das Publizitätsgesetz als Datum hingenommen; es soll darum nicht untersucht werden, ob

- (1) die gewählten Kriterien zur Messung der Größe geeignet sind¹⁾,
- (2) die Höhe der Kriterien ausreichend ist²⁾ und
- (3) die Kriterien für Kreditinstitute, Versicherungen und die übrigen Unternehmen betragsmäßig zueinander in einem angemessenen Verhältnis stehen³⁾.

Publizitätsgesetz.

- 1) Vgl. u.a. Brünig: Publizitätspflicht 1969, S. 44f.; Fischer: Publizitätspflicht 1968, S. 566 f.; Engels: Umsatz 1971, S. 40 - 42
Außerdem darf hier auf die Literatur zur Messung der Betriebsgröße verwiesen werden.
- 2) Generell ablehnend Rittner: Gutachten 1964, S. 138; zustimmend Fischer: Publizitätspflicht 1968, S. 567; als Kompromiß wird die Höhe gedeutet von Jungblut: Schweigen 1969; Prühs: Regierungsentwurf 1969, S. 176; Brünig: Publizitätspflicht 1969, S. 41; Kunze: PublG 1970, S. 197
- 3) Kritisch: Kropff: Gesetzentwurf 1968, S. 720; Prühs: Regierungsentwurf 1969, S. 176; Kunze: PublG 1970, S. 198

Die so festgelegte Größenpublizität ist grundsätzlich rechtsform-indifferent. Dennoch werden in § 3 Abs. 2 einige Rechtsformen ausdrücklich von den Folgen des ersten Teils des Publizitätsgesetzes (Veröffentlichung des Einzelabschlusses) ausgenommen, so insbesondere Genossenschaften und Versicherungen auf Gegenseitigkeit¹⁾. Außerdem ergibt sich aus der Aufzählung der vom Gesetz betroffenen Unternehmen in § 3 Abs. 1, daß Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien verständlicherweise von der an die aktienrechtlichen Bestimmungen angenäherten Rechnungslegungspflicht nicht betroffen sind.

Die Nachbildung der aktienrechtlichen Publizitätsvorschriften läßt sich aus einem weiteren Befreiungstatbestand ersehen: nach § 16 werden - in Anlehnung an § 325 AktG - Kapitalgesellschaften, die vollständig im Besitz eines anderen Unternehmens sind, von der Publizitätspflicht freigestellt, falls sie in den Konzernabschluß des anderen Unternehmens einbezogen worden sind und das andere Unternehmen gesamtschuldnerisch die Haftung für die Verbindlichkeiten der Kapitalgesellschaft übernommen hat²⁾.

II Auswahl des Untersuchungsgegenstandes

Wie oben schon erwähnt, bildet diese Arbeit einen Teil eines Forschungsprogramms über die Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz. Die Abgrenzung zur Paralleluntersuchung ergibt sich durch die

1) Vgl. zur Freistellung der Genossenschaften die Kritik von Prühs: Regierungsentwurf 1969, S. 177 f.

2) In diesem Zusammenhang sei auch auf die Frage der Befreiung von Tendenzbetrieben hingewiesen, vgl. Lüdke: Bauer-Verlag 1973

Beschränkung auf Unternehmen in der Rechtsform

- (1) der GmbH
- (2) der bergrechtlichen Gewerkschaft
- (3) des wirtschaftlichen Vereins
- (4) der rechtsfähigen Stiftung bürgerlichen Rechts
- (5) der Körperschaften, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts¹⁾.

III Grundgesamtheit und Auswahlverfahren

1. Auswahlverfahren

Für die empirische Untersuchung bestanden nur zwei geeignete Verfahren zur Auswahl der Erhebungseinheiten, die Vollerhebung aller Elemente der oben abstrakt definierten Grundgesamtheit und die Teilerhebung in Form einer Zufallsstichprobe. Denn nur diese beiden Verfahren erlauben kontrollierte, also sichere oder mit angegebbarer Wahrscheinlichkeit abgesicherte Aussagen über die Grundgesamtheit; allen anderen Verfahren, insbesondere etwa der Auswahl aufs Geratewohl, fehlt diese wichtige Eigenschaft²⁾.

Für diese Untersuchung wurde im Gegensatz zur sonst

1) Die Rechnungslegung der Personenhandelsgesellschaften und des Einzelkaufmanns nach dem Publizitätsgesetz wird von Sprißler (Rechnungslegung) untersucht.

2) Vgl. statt vieler Kellerer: Technik 1963, S. 13 f.; Friedrichs: Methoden 1973, S. 132 - 135

aus Kosten- und Zeitgründen bevorzugten Zufallsstichprobe die Vollerhebung als adäquates Vorgehen angesehen. Dafür sprachen zwei Gründe:

(1) Wie die Vollerhebung benötigt man bei der Zufallsstichprobe eine Aufstellung der Elemente der Grundgesamtheit; bei der Zufallsstichprobe müssen diese Elemente verständlicherweise vor der Bestimmung der einzelnen Erhebungseinheiten bekannt sein. An einer solchen Liste fehlt es hier¹⁾. Zwar hatte z.B. die Frankfurter Allgemeine Zeitung eine solche Aufstellung veröffentlicht, bezweifelte aber selbst die Vollständigkeit²⁾. Diese Zweifel bestanden auch bei den später erschienen Aufstellungen von Schmidt³⁾ und Henniger^{4, 5)}. Auch konnten - oder wollten - weder das Bundesjustizministerium noch das Statistische Bundesamt Wiesbaden oder der Deutsche Gewerkschaftsbund weiterhelfen.

(2) Für eine Vollerhebung sprach außerdem die von verschiedenen Seiten geschätzte geringe Anzahl publizitätspflichtiger Unternehmen; allgemein rechnete man mit 70 - 80 produzierenden Unternehmen (darunter 47 GmbHs), neun Privatbankiers und zwei öffentlich-recht-

1) Lediglich für Versicherungen konnte eine solche Liste aus den Geschäftsberichten des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (1969 - 1971) erstellt werden.

2) Vgl. o.V.: PublG 1972

3) Vgl. Schmidt: Gesetz 1972, S. 32

4) Vgl. Henniger: Bilanzdebütanten 1972

5) Ein Vergleich mit den hier einbezogenen Unternehmen zeigt, daß diese Aufstellungen teilweise unvollständig sind, teilweise aber auch nicht-publizitätspflichtige Unternehmen enthalten.

lichen Versicherungen^{1, 2)}. Angesichts einer solch kleinen Grundgesamtheit konnten die Kosten- und Zeitvorteile einer Teilerhebung nicht sehr hoch veranschlagt werden, da mit abnehmendem Umfang der Grundgesamtheit der notwendige Stichprobenumfang sich immer mehr der Grundgesamtheit annähert³⁾. Der Nachteil jeder Zufallsstichprobe wäre aber geblieben, daß man als Ergebnis doch nur mit bestimmten Wahrscheinlichkeiten abgesicherte, nicht aber sichere Aussagen über die Grundgesamtheit machen kann.

2. Festlegung der Grundgesamtheit

Aufgrund der Tatsache, daß ein Rückgriff auf irgendwelche "offiziellen" oder zumindest vertrauenswürdigen Aufstellungen nicht möglich war, mußte für das Forschungsprogramm eine eigenständige Abgrenzung der Elemente der Grundgesamtheit erfolgen.

Die Zugehörigkeit zur Grundgesamtheit wurde nach folgender Entscheidungsregel bestimmt:

- (1) Als "Beweis des ersten Anscheins" galt die Veröffentlichung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1971 (bzw. 1971/72) im Bundesanzeiger innerhalb eines Zeitraums vom 2.1.1972 bis

1) Vgl. u.a. Regierungsbegründung, nach Biener: Gesetz 1973, S. 26; Heinemann, nach Biener: Gesetz 1973, S. 6; Kropff: Gesetzentwurf 1968, S. 720; Grobe: Kompromiß 1969, S. 12
Dagegen nennt Greiffenhagen (Publizität 1969, S. 203) die Zahl von 126 Unternehmen.

2) Ob in diesen Zahlen auch die publizitätspflichtigen Konzerne enthalten sein sollten, erscheint fraglich.

3) Vgl. die Grafik bei v. Wysocki: Grundlagen 1967, S. 273

31.7.1974, sofern für dieses Geschäftsjahr die Größenmerkmale erfüllt waren¹⁾.

Dieses Kriterium beruht auf der Überlegung, daß die Anzahl "freiwilliger", also nicht durch das Publizitätsgesetz ausgelöster Veröffentlichungen von Unternehmen der hier untersuchten Rechtsformen nicht groß sein dürfte²⁾.

- (2) Um alle zweifelsfreien Fälle freiwilliger Veröffentlichung auszusondern, durfte außerdem die Nicht-Zugehörigkeit nicht als erwiesen gelten.

So konnte durch Anfrage beim zuständigen Handelsregister oder bei den Unternehmen selbst in mehreren Fällen ermittelt werden, daß eine Publizitätspflicht nicht vorlag³⁾.

3. Beurteilung der Vollständigkeit

Inwieweit die so abgegrenzte Grundgesamtheit tatsächlich alle Unternehmen erfaßt, die nach dem Publizitätsgesetz zur Rechnungslegung verpflichtet sind, kann auch

-
- 1) Ein Größenkriterium für Industrie- und Handelsunternehmen, die Beschäftigtenzahl, ist aus dem Bundesanzeiger nicht ersichtlich. Da nur zwei Kriterien erreicht sein müssen, genügte es zunächst, daß entweder das Merkmal "Bilanzsumme" oder "Umsatzerlöse" erfüllt war.
- 2) Beispielsweise Veröffentlichungen schon bei erstmaligem Erreichen der Größenkriterien; vgl. auch die Publizitätspflicht für Kreditinstitute in Form der GmbH (§ 41 Abs. 4 GmbHG)
- 3) Die Möglichkeit solcher freiwilliger Veröffentlichung scheint Schmidt (Gesetz 1972, S. 32 f.) nicht beachtet zu haben: bei sämtlichen sechs Unternehmen die Schmidt über die auch hier einbezogenen Unternehmen hinaus untersucht hat, liegt keine Rechnungslegungspflicht nach dem Publizitätsgesetz vor.

heute nicht mit völliger Sicherheit beurteilt werden, da keine vollständige Aufstellung der Grundgesamtheit existiert¹⁾.

Soweit Unternehmen bereit waren, unter Mißachtung des Gesetzes auf eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger zu verzichten - das dürfte trotz der möglichen Ordnungsstrafen fast gefahrlos möglich sein²⁾ -, konnten sie hier nicht erfaßt werden. Für das Vorhandensein weiterer publizitätspflichtiger Unternehmen sprechen vier Gründe:

- (1) Bei einer Untersuchung durch v. Wysocki über die Konzernrechnungslegung konnte die Nicht-Veröffentlichung im Bundesanzeiger nachgewiesen werden³⁾.
- (2) Aus einem Erlaß des Niedersächsischen Ministers der Finanzen geht hervor, daß einzelne Registergerichte festgestellt haben, "daß nicht alle Unternehmen, die unter das PublG fallen, ihrer gesetzlichen Anzeigepflicht nachgekommen sind"⁴⁾; die erbetene Unterstützung durch die Finanzbehörden mußte jedoch unter Hinweis auf das Steuergeheimnis verweigert werden.
- (3) Bei der Grundgesamtheit fällt auf, daß eine Giro-

-
- 1) Die vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden (Abschlüsse 1974, S. 570) veröffentlichten Zahlen weichen erheblich von der Grundgesamtheit hier ab; möglicherweise beziehen sich die Angaben nur auf Abschlüsse zum 31.12.1971.
 - 2) Vgl. zu den "stumpfen Waffen" des Registergerichts Sengemann: Publizitätspflicht 1968; vgl. auch o.V.: Tanz 1972
 - 3) Vgl. v. Wysocki: Konzernrechnungslegung 1970, S. 131, insbesondere Fußnote 55
 - 4) Erlaß des Niedersächsischen Ministers der Finanzen vom 28.2.1973 (S 1115 - 251 - 331), abgedruckt in: WPG 1973, S. 274

zentrale fehlt^{1, 2)}.

- (4) Dank der Aufstellungen von Erlenbach über die größten Sparkassen kann für diesen Bereich eine ziemlich genaue Vollständigkeitskontrolle durchgeführt werden³⁾. Die Aufstellungen erscheinen glaubwürdig, da die Sparkassen auch vor Inkrafttreten des Publizitätsgesetzes ihre Jahresabschlüsse bekanntgemacht haben (allerdings nicht im Bundesanzeiger)⁴⁾. Nach diesen Listen fehlen auf jeden Fall acht Sparkassen⁵⁾. Auf Anfrage reagierten sechs Institute: vier übersandten ohne Kommentar ihren Geschäftsbericht, eine bezeichnete sich für 1971 als nicht publizitätspflichtig und eine wies auf eine erst 1972 einsetzende Publizitätspflicht hin.

Aus diesen Gründen müssen also Bedenken angemeldet werden, ob alle zur Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen erfaßt worden sind. Vollständigkeit liegt jedoch insofern vor, als alle Unternehmen untersucht worden sind, die nach dem Publizitätsgesetz tatsächlich Rechnung gelegt haben.

-
- 1) Die Girozentrale teilte auf Anfrage mit, "daß wir unsere Einzelabschlüsse nicht im Bundesanzeiger veröffentlichen".
- 2) Bei Kapitalgesellschaften muß die Befreiungsmöglichkeit nach § 16 bedacht werden.
- 3) Vgl. Erlenbach: Sparkassen 1971; ders.: Sparkassen 1973
- 4) Vgl. Hornef: Publizitätspflicht 1958, S. 255
- 5) Unter Hinzurechnung derjenigen Sparkassen, deren Bilanzsumme 1969 mindestens 290 Millionen DM und deren Geschäftsvolumen darum höchstwahrscheinlich mehr als 300 Millionen DM betrug, ergeben sich zwei weitere "Verdächtige". Auf Anfrage wies eine darauf hin, daß sie 1971 dem Publizitätsgesetz nicht unterlag, die andere, daß sie erst ab 1972 dem Publizitätsgesetz unterliegen wird.

IV Darstellung des Untersuchungsmaterials

1. Anzahl und Versandungsbereitschaft

Innerhalb des Zeitraums vom 2.1.1972 bis 31.7.1974 wurden 206 Einzelabschlüsse der hier untersuchten Rechtsformen veröffentlicht, die beiden obigen Kriterien genügen^{1,2,3)}.

Diese 206 Unternehmen wurden - unter Zusicherung der Anonymität - um die Überlassung ihres Geschäftsberichtes für 1971 (bzw. 1971/72) gebeten. Der Bitte haben beachtliche 87,9 % entsprochen (vgl. Tab. 1, A 1); diese Unternehmen können als "versendungsbereit" bezeichnet werden^{4, 5)}.

Die fehlenden Geschäftsberichte konnten sämtlich von den zuständigen Handelsregistern bezogen werden, so daß die Vollerhebung der gesamten bekannten Grundge-

-
- 1) Der erste Abschluß wurde am 29.2.1971, der letzte am 5.2.1974 veröffentlicht.
 - 2) In zwei weiteren Fällen konnten die Einzelabschlüsse vom zuständigen Handelsregister nicht bezogen werden, weil offensichtlich dort keine eingereicht worden waren; dies wurde als Beweis für die Nicht-Zugehörigkeit zur Grundgesamtheit gewertet.
 - 3) Außerdem 45 Einzelabschlüsse von Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften und 84 Konzernabschlüsse nach dem Publizitätsgesetz, so daß die bisherigen Vermutungen (vgl. S.9f) nur als krasse Fehlschätzungen bezeichnet werden können.
 - 4) Mithilfe des Kruskal-Wallis-Tests (vgl. Anhang, S. 164) zeigt sich, daß zwischen Versandungsbereitschaft und Branche ein hochsignifikanter Zusammenhang ($p < 0,001$) dahingehend besteht, daß Banken und Versicherungen/Bausparkassen versendungsbereiter sind als Industrie, Handel und Verkehr.
 - 5) Interessanterweise haben dieselben Unternehmen bei Schmidt teilweise anders auf die Bitte um Übersendung ihres Geschäftsberichtes reagiert; vgl. Schmidt: Gesetz 1972, S. 32

samtheit gesichert war.

Tab. 1: Versendungsbereitschaft und Abschlußstichtag

	abs.	rel.	Bemerkungen
A Versendungsbereitschaft			
1. Der Geschäftsbericht wurde übersandt			
a) aufgrund des ersten Schreibens	119	57,3	1
b) aufgrund von "Nachfaß"-Briefen	63	30,6	1
2. Der Geschäftsbericht wurde nicht überbandt			
a) es wurde nur der Jahresabschluß übersandt	5	2,4	
b) die Übersendung wurde ausdrücklich verweigert	13	6,3	2
c) keine Reaktion	7	3,4	
	206	100,0	
B Abschlußstichtag			
1. 31.12.1971	192	93,2	3
2. Sonstige Abschlußstichtage	14	6,8	
	206	100,0	

- 1 Diese Unternehmen können als "versendungsbereit" bezeichnet werden.
- 2 Aus den Gründen: "als Familienunternehmen" (156), "aus grundsätzlichen Erwägungen" (082), "sich ... wegen bestimmter Sondereinflüsse u.E. nicht zu einer Auswertung eignet" (031), "reines Familienunternehmen ... nur für interne Zwecke ... für eine Vervielfältigung und Veröffentlichung nicht ... geeignet (151)
- 3 Lediglich eine von 147 Banken, Versicherungen und Bausparkassen hat ein vom Kalenderjahr abweichendes Geschäftsjahr.

Die Versendungsbereitschaft liegt vergleichsweise sehr hoch. Der Unterschied zur Rücklaufquote bei der Untersuchung von v. Wysocki et al. über Aktiengesellschaften (66,8 %) ¹⁾ kann durch die andere Branchenzusammensetzung erklärt werden: ohne die - bei v. Wysocki et al. nicht erhobenen - Banken ergäbe sich auch hier nur eine Rücklaufquote von 67,1 % ²⁾.

2. Rechtsformen

Tabelle 2 gibt eine Übersicht über die Rechtsform der untersuchten Unternehmen. Allerdings konnte, insbeson-

1) Vgl. v. Wysocki et al.: Berichtserstattung 1971, S. 309

2) 47 von 70 Versicherungen, Bausparkassen, Industrie-,

dere bei öffentlich-rechtlichen Banken, die Rechtsform teilweise weder aus der Firma noch aus dem Geschäftsbericht ermittelt werden; auch unter Zuhilfenahme mehrerer Unternehmensverzeichnisse¹⁾ konnten nicht alle Lücken geschlossen werden.

Tab. 2: Rechtsform

	abs.	rel.	Bemerkungen
1. GmbH	64	31,1	
2. bergrechtliche Gewerkschaft	1	0,5	
3. wirtschaftlicher Verein	2	1,0	
4. Stiftung bürgerlichen Rechts	2	1,0	
5. Öffentlich-rechtliche Körperschaft	6	2,9	
6. Öffentlich-rechtliche Anstalt	93	45,1	
7. Öffentlich-rechtliche Stiftung	-	-	
8. nicht erkennbar	38	18,4	1
	206	100,0	

1) Darunter zwei "juristische Personen alten hamburgischen Rechts" (Sparkassen; 063, 103). Die restlichen 36 Unternehmen teilen sich auf in eine öffentlich-rechtliche Bausparkasse, 32 Sparkassen und 3 sonstige Kreditinstitute mit öffentlich-rechtlichem Charakter.

Dabei verdient die Rechtsform "Stiftung" einige Erläuterungen. Stiftungen sind, wie Aktiengesellschaften oder GmbHs, juristische Personen. Anders aber als bei Aktiengesellschaften und GmbHs muß bei Stiftungen, sofern sie ein Unternehmen betreiben ("Unternehmens-trägerstiftung"), zwischen einer Unternehmenssphäre und einer Stiftungssphäre getrennt werden; letztere ist vergleichbar mit der Privatsphäre des Einzelkaufmanns. Darum werden Stiftungen in § 33 HGB bezüglich ihrer Kaufmannseigenschaft den natürlichen Personen

Handels- und Verkehrsunternehmen

1) Hoppenstedt & Co (Hrsg.): Großunternehmen 1971; dies.: Banken-Ortslexikon

gleichgestellt¹⁾. Die Stiftung fällt damit unter § 1 und/oder § 2 HGB²⁾. Bei der Unternehmensträgerstiftung handelt es sich also um einen Gewerbebetrieb in der Rechtsform eines Einzelkaufmanns³⁾; eine eigenständige Rechtsform "Stiftung" gibt es nicht⁴⁾.

Was den Gesetzgeber beim Publizitätsgesetz trotzdem bewogen hat, bei der Stiftung in § 3 Abs. 1 Nr. 4 eine eigene Rechtsform zumindest zu suggerieren, ist nicht klar; da die Gesetzesmaterialien hierzu nichts enthalten, muß angenommen werden, daß er die Problematik nicht gesehen hat. Dabei ist die Rechtsform der Unternehmensträgerstiftungen insofern relevant, als Einzelkaufleuten weitreichende Vergünstigungen gewährt werden (vgl. § 5 Abs. 1 Satz 2, § 5 Abs. 2 Nr. 4 und 5, § 9 Abs. 4). Ob der Gesetzgeber diese Vergünstigungen auch auf Stiftungen angewandt wissen wollte, ist zweifelhaft, allerdings aber auch unerheblich; denn Unternehmensträgerstiftungen haben die Rechtsform des Einzelkaufmanns und können darum die Vergünstigungen in Anspruch nehmen.

Die zwei publizitätspflichtigen Stiftungen werden hier dennoch nicht zusammen mit den anderen Einzelkaufleuten untersucht; denn bei der einen handelt es sich um eine Sparkasse und aufgrund der publizitätsrechtlichen Besonderheiten für Sparkassen (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 5) erscheint eine geschlossene Untersuchung der Sparkassen zweckmäßig, und auch die andere Stiftung macht von den Vergünstigungen für Einzelkaufleute

1) Vgl. Goerdeler: Stiftung 1950, S. 149 m.w.N.; Pavel: Stiftung 1967, S. 77

2) Vgl. Pavel: Stiftung 1967, S. 76

3) Vgl. Vinken: Stiftung 1970, S. 70 f. m.w.N.; Heintzler: "Zeiss" 1972, S. 32

4) Vgl. Goerdeler: Stiftung 1950, S. 148 f.; Pavel: Stiftung 1967, S. 16

keinen Gebrauch, sondern legt Rechnung, wie der Gesetzgeber für Kapitalgesellschaften angeordnet und wohl auch für Stiftungen intendiert hat.

3. Branchenzugehörigkeit

Die Aufteilung der Unternehmen auf die einzelnen Wirtschaftszweige ergibt sich aus Tabelle 3; dabei erfolgt die Einteilung der Industrieunternehmen nach den Angaben des Statistischen Bundesamts¹⁾.

Tab. 3: Branchenzugehörigkeit

	abs.	rel.
1. Banken	136	66,0
darunter		
a) Kreditinstitute in der Rechtsform der GmbH	(5)	(2,4)
b) Sparkassen	(109)	(52,9)
c) öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	(9)	(4,4)
d) Girozentralen und sonstige öffentlich-rechtliche Kreditinstitute	(13)	(6,3)
2. Versicherungen	8	3,9
3. Bausparkassen	3	1,5
4. Handel und Verkehr	7	3,4
5. Industrie	52	25,2
darunter		
a) Metallerzeugung	(4)	(1,9)
b) Maschinenbau	(12)	(5,8)
c) Elektrotechnik	(7)	(3,4)
d) Chemie	(14)	(6,8)
e) Lebens- und Genußmittel	(7)	(3,4)
f) sonstige	(8)	(3,9)
	206	100,0

Als weitaus stärkster Wirtschaftszweig erweist sich der Bankensektor, aus dem zwei Drittel der untersuchten Unternehmen stammen.

1) Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Verzeichnis 1972; lediglich in zwei (unproblematischen) Fällen war dies nicht möglich, da die Aufstellung nur Unternehmen mit mehr als 10 Millionen DM Stammkapital berücksichtigt.

4. Größe

a) nach Einzelkriterien

Zur Darstellung der Größe der publizitätspflichtigen Unternehmen bieten sich die Kriterien des Publizitätsgesetzes an. Eine Übersicht ergibt sich, getrennt für die Gruppen Industrie (incl. Handel und Verkehr)¹⁾, Kreditinstitute/Bausparkassen²⁾ und Versicherungen, aus den Tabelle 4 - 6.

Interessant ist auch das Zusammenwirken der drei Größenmerkmale für Industrieunternehmen (vgl. Tab. 7).

Tab. 7: Publizitätspflicht auslösende Größenkriterien

	abs.	rel.
1. Obwohl bereits zwei der drei Merkmale des § 1 Abs. 1 Nr. 1 - 3 eine Publizitätspflicht auslösen, werden alle drei Merkmale übertroffen	23	44,2
2. Es werden "Bilanzsumme" und "Umsatzerlöse" übertroffen	27	51,9
3. Es werden "Bilanzsumme" und "Beschäftigte" übertroffen	2	3,9
4. Es werden "Umsatzerlöse" und "Beschäftigte" übertroffen	-	-
	52	100,0
5. nicht erkennbar, da Angabe der Beschäftigten fehlt	7	
6. Kreditinstitute, Bausparkassen, Versicherungen	147	
	206	

- 1) Auch im folgenden soll, soweit sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, der Begriff "Industrie" den Handel und den Verkehr mit umfassen.
- 2) Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Bausparkassen im Publizitätsgesetz überhaupt nicht erwähnt werden und daß das Problem der anzuwendenden Größenmerkmale in der Literatur nicht behandelt wird. Eine eindeutige Problemlösung läßt sich herbeiführen, indem man die Definition des Begriffs "Kreditinstitut" im Kreditwesengesetz auch für das Publizitätsgesetz (§ 1 Abs. 3) verwendet; unter die-

Tab. 4: Betriebsgröße der Industrie- und Handelsunternehmen

a) gemessen an der Bilanzsumme (in Millionen DM)	abs. rel.	b) gemessen am Umsatz (in Millionen DM)	abs. rel.	c) gemessen an der Beschäftigtenzahl	abs. rel.
1. bis 125		bis 250	2 3,4	bis 1000	3 5,1
2. über 125 " 150	1 1,7	über 250 " 300	1 1,7	über 1000 " 2000	3 5,1
3. " 150 " 200	7 11,8	" 300 " 350	10 16,9	" 2000 " 3000	4 6,7
4. " 200 " 300	10 17,0	" 350 " 400	8 13,5	" 3000 " 4000	8 13,5
5. " 300 " 400	17 28,9	" 400 " 500	7 11,8	" 4000 " 5000	9 15,4
6. " 400 " 500	3 5,1	" 500 " 600	9 15,5	" 5000 " 6000	4 6,7
7. " 500 " 600	8 13,5	" 600 " 800	11 18,6	" 6000 " 9000	9 15,4
8. " 600 " 700	- -	" 800 " 1000	3 5,1	" 9000 " 12000	3 5,1
9. " 700 " 800	4 6,8	" 1000 " 1200	1 1,7	" 12000 " 20000	3 5,1
10. " 800 " 1000	3 5,1	" 1200 " 1400	1 1,7	" 20000	6 10,1
11. " 1000	6 10,1	" 1400	6 10,1	Keine Angabe d. Beschäftigten 1)	7 11,8
	59 100,0		59 100,0		59 100,0
Kreditinstitute, Bausparkassen, Versicherungen	147	Kreditinstitute, Bausparkassen, Versicherungen	147	Kreditinstitute, Bausparkassen, Versicherungen	147
	206		206		206

1 Vier Unternehmen geben die Beschäftigtenzahl nur für den Konzernverbund an

Tab. 5: Betriebsgröße der Kreditinstitute und Bausparkassen, gemessen am Geschäftsvolumen

	abs.	rel.
1. bis 400 Millionen DM	3	2,2
2. über 400 " 500 " "	29	20,9
3. " 500 " 600 " "	18	12,9
4. " 600 " 700 " "	17	12,2
5. " 700 " 900 " "	18	12,9
6. " 900 " 1100 " "	4	2,9
7. " 1100 " 1300 " "	4	2,9
8. " 1300 " 1500 " "	2	1,4
9. " 1500 " 3000 " "	16	11,5
10. " 3000 " " "	28	20,2
	139	100,0
Versicherungen und Industrieunternehmen	67	
	206	

Tab. 6: Betriebsgröße der Versicherungen, gemessen an den Prämieinnahmen

	abs.	rel.
1. bis 125 Millionen DM	-	-
2. über 125 " 150 " "	-	-
3. " 150 " 175 " "	3	37,5
4. " 175 " 200 " "	2	25,0
5. " 200 " 250 " "	2	25,0
6. " 250 " 300 " "	-	-
7. " 300 " " "	1	12,5
	8	100,0
Kreditinstitute, Bausparkassen und Industrieunternehmen	198	
	206	

Es zeigt sich, daß das Beschäftigten-Kriterium nur in zwei Fällen wirksam wird, also insgesamt gesehen keine hohe Effizienz aufweist. Inwieweit der Schwellenwert von mehr als 5000 Beschäftigten von vornherein zu hoch gewählt oder erst als Folge ständiger Geldentwertung und erhöhter Produktivität wirkungslos geworden ist, soll hier nicht weiter erörtert werden.

b) nach einem integrierten Größenindex

Um die Unternehmen der drei merkmalsmäßig verschieden definierten Gruppen vergleichen zu können, wurde ein integrierter Größenindex entwickelt.

Durch Division der tatsächlichen Ausprägung des jeweiligen Größenkriteriums durch den gesetzlichen Schwellenwert wird eine Relativierung des Größenkriteriums erreicht; der dabei entstehende Indexwert ist damit von der Ausgangsbasis (also Bilanzsumme, Geschäftsvolumen usw.) unabhängig^{1, 2}). Es ergibt sich somit bei einer Bank mit einem Geschäftsvolumen von 750 Millionen DM (Schwellenwert 300 Millionen DM), einer Versicherung mit Prämieinnahmen von 250 Millionen DM (Schwellenwert 100 Millionen DM) und einem Industrieunternehmen beispielsweise mit einer Bilanzsumme von 375 Millionen DM, Umsatzerlösen von 500 Millionen DM

sen Begriff fallen nämlich auch Bausparkassen (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2 KWG). Der Begriff "Kreditinstitut" soll jedoch in dieser Arbeit Bausparkassen grundsätzlich nicht mit einschließen; die Bausparkassen werden vielmehr wegen der Übereinstimmungen bei den Rechnungslegungsvorschriften generell den Versicherungen zugeordnet.

1) Bei Industrieunternehmen wird - in Anlehnung an § 1 Abs. 1 - das arithmetische Mittel aus den größten beiden Indexwerten gebildet.

2) Vgl. die ähnliche Vorgehensweise von v. Wysocki/Wohlgemuth: Konzernrechnungslegung 1975, S. 43

und weniger als 10 000 Beschäftigten (Schwellenwerte 125 Millionen DM/250 Millionen DM/5000 Beschäftigte)¹⁾ die gleiche Betriebsgröße, nämlich 2,5.

Die Einteilung des Untersuchungsmaterials anhand dieses Größenindizes wird in Tabelle 8 wiedergegeben.

Tab. 8: Integrierte Kennziffer für Betriebsgröße

			abs.	rel.
1.	von	1,0 bis 1,5	22	10,7
2.	über	1,5 " 2,0	53	25,7
3.	"	2,0 " 2,5	32	15,5
4.	"	2,5 " 3,0	22	10,7
5.	"	3,0 " 4,0	15	7,3
6.	"	4,0 " 6,0	17	8,2
7.	"	6,0 " 8,0	5	2,4
8.	"	8,0 " 10,0	8	3,9
9.	"	10,0 " 15,0	10	4,9
10.	"	15,0 " 20,0	8	3,9
11.	"	20,0	14	6,6
			206	100,0

5. Veröffentlichungszeitpunkt

Wie jede andere Information verliert auch der Jahresabschluß mit zunehmendem Zeitablauf an Aktualität und damit an Wert. Inwieweit die Unternehmen der Forderung nach schneller Informationsversorgung nachkommen, zeigt folgende Übersicht über die Zeitdauer bis zur Veröffentlichung der Jahresabschlüsse im Bundesanzei-

1) Bei Industrieunternehmen kann auch eine andere Konstellation der Größenkriterien den gleichen Indexwert ergeben.

ger (Tab. 9)^{1, 2)}.

Tab. 9: Zeitpunkt der Veröffentlichung der Jahresabschlüsse im Bundesanzeiger

	abs.	rel.	Bemerkungen
1. bis 3 Monate	7	3,4	1
2. Über 3 bis 5 "	45	21,8	2
3. " 5 " 6 "	24	11,7	
4. " 6 " 7 "	27	13,1	
5. " 7 " 8 "	23	11,2	
6. " 8 " 9 "	33	16,0	
7. " 9 " 10 "	21	10,2	
8. " 10 " 12 "	15	7,3	
9. " 12 " 15 "	6	2,9	
10. " 15 "	5	2,4	3
	206	100,0	

1 Ausschließlich Banken

2 Bis auf ein Industrieunternehmen ausschließlich Banken

3 Auch hier bis auf ein Industrieunternehmen ausschließlich Banken, unter welchen sich auch der Rekordhalter mit etwas über 20 Monaten befindet.

6. Laufende Publizität

Henniger, Mitarbeiter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, macht über die bisherige Publizität von im-

1) Bei einem Unternehmen (081), das nachträglich den Jahresabschluß geändert hat, wurde hinsichtlich der Veröffentlichungsdauer der erste Abschluß berücksichtigt. (Es sei hier darauf hingewiesen, daß zur Wahrung der Anonymität die in der Arbeit verwandten Kennziffern der Unternehmen mit der Numerierung der Unternehmen im Anhang nicht identisch ist.)

2) Macht man bezüglich der Veröffentlichungsdauer bei neun Monaten einen Einschnitt, so zeigt sich mit Hilfe des Raatz-Tests (vgl. Anhang, S. 162), daß Industrieunternehmen für die Veröffentlichung signifikant ($p < 0,05$) länger brauchen als Nicht-Industrieunternehmen; dies kann hinsichtlich der Bankabschlüsse mit der angestrebten "Tagfertigkeit der Bilanz" erklärt werden.

merhin 47 der 59 Industrieunternehmen Aussagen; dabei stellt er fest, daß von den 47 betrachteten Unternehmen 18 (38,3 %) eine "laufende Publizität" aufzuweisen haben, d.h. "bereits seit einigen Jahren freiwillig Angaben zur Geschäftslage anhand von konkreten Zahlen machen, sowie mehr oder weniger ausgeprägt auch Bilanzen, Bilanzstrukturkennzahlen und andere aufschlußreiche Einblicke in die Lage des Unternehmens gegeben haben"¹⁾. Zu dieser Bestimmungsgröße des Untersuchungsmaterials sei an dieser Stelle nur gesagt, daß sie bei der Analyse von Einflußfaktoren der Rechnungslegung Anwendung finden wird.

Hinsichtlich der Sparkassen und Girozentralen ist anzumerken, daß diese bisher schon der Öffentlichkeit ihren Jahresabschluß und Geschäftsbericht zugänglich gemacht haben²⁾, jedoch erst durch das Publizitätsgesetz zur Veröffentlichung im Bundesanzeiger angehalten werden.

7. Konzernbindungen und Nationalität

Die 64 GmbHs und zwei Industrieunternehmen anderer Rechtsform wurden daraufhin untersucht, ob an ihnen andere Unternehmen maßgeblich beteiligt sind (vgl. Tab. 10); auch diese Eigenschaft erscheint bedeutsam für die Analyse der Rechnungslegung.

Außerdem besteht im Industriebereich eine positive Korrelation zwischen der Schnelligkeit der Veröffentlichung und der Versandungsbereitschaft.

1) Henniger: Bilanzdebütanten 1972 (I)

2) Vgl. Hornef: Publizitätspflicht 1958, S. 255

Eine Untersuchung der anderen Unternehmen konnte unterbleiben, weil an ihnen - zumindest als Sparkassen, Girozentralen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Anstalten - ohnehin andere Unternehmen nicht beteiligt sind.

Bei der Untersuchung der GmbHs wurden neben den Angaben im Geschäftsbericht auch solche Informationen berücksichtigt, die sich im Unternehmensverzeichnis des Hoppenstedt-Verlags befinden¹⁾; diesen "inoffiziellen" Angaben kann insofern Vertrauen entgegenbracht werden, als die Gesellschafter einer GmbH aus der dem Handelsregister nach § 40 GmbHG jährlich einzureichenden Gesellschafterliste ersichtlich sind.

Tab. 10: Konzernbindungen der GmbHs

	abs.	rei.	Bemerkungen
1. Die Gesellschaft ist Untergesellschaft eines Konzerns			
a) Obergesellschaft ist eine AG	7	10,6	
b) Obergesellschaft ist eine sonstige inländische Gesellschaft	9	13,6	
c) Obergesellschaft ist eine ausländische Gesellschaft	22	33,3	1
2. An der Gesellschaft sind mehrere Unternehmen mit Anteilen zwischen 25 und 50 % beteiligt	7	10,6	2
3. Die Gesellschaft ist selbständig	21	31,9	3
Versicherungen, Bausparkassen und Kreditinstitute mit öffentlich-rechtlichem Charakter	66	100,0	
	140		
	206		
1 13 amerikanische, 3 schweizerische, 2 britische, 2 niederländische, 1 belgische und 1 schwedische Obergesellschaften			
2 Ein Unternehmen ist als vollkommen ausländisch beherrscht anzusehen, da an ihm zwei amerikanische Unternehmen mit je 50 % beteiligt sind.			
3 Einschließlich vier Unternehmen, über die keine Angaben vorlagen			

1) Hoppenstedt & Co (Hrsg.): Großunternehmen 1971

Danach ist rund ein Viertel der GmbHs einem inländischen Konzern angeschlossen, ein weiteres Drittel ist als Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne anzusehen; darüber hinaus befindet sich ein Zehntel insofern in festen Händen, als mehrere andere Unternehmen an ihnen Schachtelbeteiligungen besitzen. Nur ein knappes Drittel kann also als selbständig bezeichnet werden.

8. Wirtschaftsprüfer

Das Publizitätsgesetz sieht in § 6 die Prüfung der Rechnungslegung durch "sachverständige Prüfer" vor, weil die Informationen "nur dann als zuverlässige Darstellung der Vermögens- und Ertragslage angesehen werden" können¹⁾.

Als Abschlußprüfer kommen dabei, wie im Aktiengesetz, grundsätzlich nur Wirtschaftsprüfer (bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften) in Frage. Dieses Prüfungsmopol wird lediglich durch die Prüfungsrechte der regionalen Sparkassen- und Giroverbände durchbrochen (§ 3 Abs. 1 Nr. 5)²⁾.

Die Prüfungen wurden bei 96 Unternehmen (46,6 %) von Wirtschaftsprüfern und bei 108 Unternehmen (52,4 %) von Sparkassen- und Giroverbänden durchgeführt (vgl. Tab. 11, A). Eine GmbH weist weder im Geschäftsbericht noch im Bundesanzeiger einen Bestätigungs- oder Negativvermerk auf. Eine Versicherung wurde von dem Bayerischen Prüfungsverband Öffentlicher Kassen geprüft, der gemäß § 7 Abs. 2 der Verordnung zur Durchführung

1) Regierungsbegründung, nach Biener: Gesetz 1973, S.48

2) Vgl. v. Wysocki: Prüfungswesen 1972, S. 182 f.;
vgl. auch die Übersicht in WP-Handbuch 1968, S. 428 f.

der Vorschriften über die Prüfungspflicht der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand vom 30. März 1933 (RGBl. I S. 180)¹⁾ bestimmte Prüfungen durchführen darf²⁾; da jedoch das Publizitätsgesetz hier keine Ausnahme vom Prüfungsmonopol der Wirtschaftsprüfer gewährt hat, insbesondere nicht in § 6 Abs. 9, genügt diese Prüfung nicht den gesetzlichen Vorschriften³⁾.

Die Aufteilung der Prüfungsmandate der Wirtschaftsprüfer wird in Tabelle 11 dargestellt.

Tab. 11: Prüfende Organe und deren Marktanteile

	abs.	rel.
A Prüfende Organe		
1. Deutsche Revisions- und Treuhand AG "Treuarbeit"	17	17,7
2. Vereinigte Deutsche Treuhand-Gesellschaft	15	15,6
3. Schwäbische Treuhand AG	9	9,4
4. Price Waterhouse & Co.	7	7,3
5. Treuhand Vereinigung AG	5	5,2
6. AG für Wirtschaftsprüfung Deutsche Baurevision	5	5,2
7. Treuverkehr AG	4	4,2
8. Süddeutsche Treuhand-Gesellschaft AG	4	4,2
9. ATH Allgemeine Treuhandgesellschaft mbH	3	3,1
10. Deloitte, Haskins & Sells GmbH	3	3,1
11. Sonstige Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	23	24,0
12. Einzelprüfer und Sozietäten	10	10,4
./.. Doppelzählungen	./.. 9	./.. 9,4
	96	100,0
Prüfungen durch Nicht-WP bzw. Nicht-WP3	109	
Keine Angabe des Prüfers	1	
	206	
B Marktanteile		
Legt man die von Schruff (Wirtschaftsprüfer 1973, S. 203 - 208) angegebenen Marktanteile zugrunde, so kann man die Prüfungsmandate auch nach der Größe der Wirtschaftsprüferpraxen einteilen:		
1. Wirtschaftsprüfer mit einem Marktanteil bis 1 %	33	34,4
2. Wirtschaftsprüfer mit einem Marktanteil über 1 %	63	65,6
	96	100,0

1) Abgedruckt in: WP-Handbuch 1973, S. 493

2) Vgl. Lenz: PublG 1973, S. 630; WP-Handbuch 1973, S. 493 Fußnote 48

3) So wohl auch Lenz: PublG 1973, S. 632 f.

C Die Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz

Unter dem Begriff der Rechnungslegung wird in dieser Arbeit der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert (Erläuterungsbericht)¹⁾, verstanden.

Weil nicht nur die Feststellung, sondern auch eine Beurteilung der Rechnungslegung beabsichtigt ist, muß den empirischen Ergebnissen ein Rechnungslegungs-Soll gegenübergestellt werden. Da nicht das Publizitätsgesetz allein, sondern eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen auf dieses Soll einwirken, erscheint es zweckmäßig, vorweg eine Übersicht über diese Quellen zu geben.

I Die auf die Rechnungslegung einwirkenden Vorschriften

1. Das Publizitätsgesetz

§ 5 Abs. 2 regelt die Gliederung und den Inhalt des Jahresabschlusses, und zwar im wesentlichen durch vollständige Übernahme der entsprechenden aktienrechtlichen Bestimmungen (§§ 149, 151, 152, 157, 158 AktG) bzw. Formblätter²⁾ und verweist hinsichtlich der Be-

1) Zum Erläuterungsbericht werden auch die Einzelangaben nach § 160 Abs. 3 AktG gerechnet, vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 160 Tz. 14

2) Insbesondere die Verordnung über Formblätter für

wertung auf die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und "die für das einzelne Unternehmen maßgebenden Bestimmungen".

Hinsichtlich des Erläuterungsberichts gilt § 160 Abs. 2 Satz 1 bis 4 AktG¹⁾; darüber hinaus müssen Angaben über Haftungsverhältnisse (§ 160 Abs. 3 Nr. 7 AktG) und über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (§ 160 Abs. 3 Nr. 10 AktG) gemacht werden.

Für Kreditinstitute gelten die gleichen Vergünstigungen wie für Aktienbanken, sowohl hinsichtlich der Bewertung (§ 26a Abs. 1 KWG i.V.m. § 5 Abs. 2 Nr. 6) als auch der Berichterstattung (§ 26a Abs. 2 KWG i.V.m. § 5 Abs. 4).

Zu beachten ist schließlich, daß Sparkassen von diesen publizitätsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften i.e.S. freigestellt sind (§ 3 Abs. 1 Nr. 5), also lediglich die sparkassenrechtlichen Bestimmungen beachten müssen.

2. Sonstige Vorschriften

Subsidiär zum Publizitätsgesetz greifen all jene Gesetze und Verordnungen ein, die für die einzelnen Rechtsformen oder Wirtschaftszweige gelten, so insbesondere:

- das Handelsgesetzbuch (§§ 38 - 40)
- das GmbH-Gesetz (§§ 41 und 42)

die Gliederung des Jahresabschlusses von Kreditinstituten vom 6.2.1968 i.d.F. der Verordnung vom 27.5.1969, abgedruckt in: WP-Handbuch 1973, S. 318 - 336.

- 1) Die betragsmäßige Angabe einer Durchbrechung der Bewertungskontinuität (§ 160 Abs. 2 Satz 5 AktG) ist also nicht erforderlich.

- das Versicherungsaufsichtsgesetz (vor allem die auf § 55, auch i.V.m. § 112, beruhenden Rechnungslegungsvorschriften des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen¹⁾)
- die - landesrechtlichen - Sparkassengesetze (vor allem die einheitlich gestalteten Erlasse betreffend Gliederung, Bilanzierung, Bewertung und Geschäftsbericht²⁾)
- die einheitlich gestalteten landesrechtlichen Erlasse über den Jahresabschluß der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten³⁾

Daneben können auch die Satzungen und Gesellschaftsverträge der einzelnen Unternehmen weitergehende Regelungen über die Rechnungslegung enthalten, was aber hier bei Ermittlung eines "Soll" nicht berücksichtigt werden konnte.

II Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung

Eine wichtige Quelle des Bilanzrechts sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB). Darunter sollen, der herrschenden Meinung folgend, nicht nur die Grundsätze über die eigentliche Buchführung, sondern insbesondere auch die Grundsätze über die Bilanzierung verstanden werden⁴⁾.

1) Abgedruckt in: WP-Handbuch 1963, S. 158 - 172, S. 178 - 216 (Versicherungen) und WP-Handbuch 1968, S. 365 - 369, S. 371 - 387 (Bausparkassen) (Diese Vorschriften sind nach 1971 von neuen Bestimmungen abgelöst worden.)

2) Abgedruckt in: WP-Handbuch 1973, S. 389 - 396

3) Abgedruckt in: WP-Handbuch 1973, S. 396 - 405

4) Vgl. statt vieler Leffson: GoB 1972, S. 2

1. Bedeutung und Problematik der GoB

a) Anwendungsbereich der GoB

Den GoB wird durch das Publizitätsgesetz - wie schon erwähnt - grundsätzlich die Regelung der Bewertung überlassen; ferner, ist durch den Verweis auf § 149 AktG (aber auch schon durch § 38 HGB) sichergestellt, daß die GoB in allen Bilanzierungsfragen Beachtung finden müssen, für welche nicht schon eine gesetzliche Regelung vorliegt¹⁾.

Aufgrund der gesetzlichen Bewertungserleichterungen für Banken und teilweise besonderer aufsichtsbehördlicher Regelungen für Banken, Versicherungen und Sparkassen einerseits und der sehr knappen gesetzlichen Vorschriften für die GmbH andererseits ergibt sich, daß die GoB vorwiegend - aber nicht ausschließlich - für Industrieunternehmen in der Rechtsform der GmbH große Bedeutung erlangen.

b) Problematik der GoB

Mit der Pflicht zur Anwendung der GoB ist eine große Schwierigkeit verbunden; sie rührt daher, daß die GoB in toto keine gesetzliche Kodifizierung erfahren haben²⁾

Ferner rechnet man zu den GoB auch die Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur, vgl. Kruse: GoB 1970, S. 3 f., Fußnote 16

- 1) GoB haben also subsidiäre Bedeutung, vgl. Döllner: GoB 1959, S. 1218; Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968; § 149 Tz. 18; Christoffers: GoB 1970, S. 83 f.; Steinbach: Rechnungslegungsvorschriften 1973, S. 12 f.; Kropff: AktG 1973, § 149 Anm. 1 a.A. Körner: GoB 1971, S. 33 f.; ders: GoB 1973, S. 316
- 2) Auch das Aktiengesetz 1965 kann nach herrschender

und daß auch keine Übereinstimmung darüber besteht, welche Grundsätze als GoB anzusehen sind oder auch nur wie die GoB ermittelt werden müssen.

Gerade in den letzten Jahren sind im Zuge der "Renaissance der Bilanztheorie"¹⁾ eine Reihe neuer "GoB-Systeme" aufgestellt worden; hier sind Leffson²⁾, Körner³⁾, Steinbach⁴⁾ und Heinen⁵⁾ zu nennen.

Einer Gegenüberstellung und Beurteilung entziehen sich alle diese "Systeme" insofern, als sie letztlich nicht aus allgemein anerkannten Grundlagen entwickelt, sondern "intuitiv" gewonnen sind; teilweise wird auch die Ansicht vertreten, daß sie nicht ableitbar sind⁶⁾. Hieraus folgt, daß von den Systematisierungsversuchen "keiner Anspruch auf absolute Gültigkeit erheben kann"⁷⁾.

Wenn auch nicht zu übersehen ist, daß die verschiedenen "Systeme" keineswegs immer zu verschiedenen Ergebnissen führen⁸⁾, so muß doch festgestellt werden, daß man hier von einem "gesicherten Wesen", wie es im Interesse der Anwender der GoB und insbesondere auch der

Meinung - anders als zuvor das Aktiengesetz von 1937 (vgl. statt vieler Wöhe: Bilanzierung 1970, S. 133 f. m.w.N.) - nicht als GoB bezeichnet werden; vgl. statt vieler die Übersicht bei Steinbach: Rechnungslegungsvorschriften 1973, S. 11 f.

1) Schneider: Bilanztheorie 1973, S. 29

2) Leffson: GoB 1972, S. 92 ff. (1. Aufl. 1964)

3) Körner: GoB 1971, S. 26 ff.; ders.: GoB 1973, S. 310 ff.

4) Steinbach: Rechnungslegungsvorschriften 1973, S. 41 ff.

5) Heinen: Handelsbilanzen 1974, S. 135 ff.

6) Vgl. Körner: GoB 1971, S. 23; ders.: GoB 1973, S. 310; Steinbach: Rechnungslegungsvorschriften 1973, S. 36 f.

7) Heinen: Handelsbilanzen 1974, S. 135

8) So ist eine weitgehende formale Übereinstimmung

Bilanzadressaten wünschenswert wäre, noch weit entfernt ist; Risse spricht hinsichtlich der GoB auch von einem "unsicheren Halbdunkel"¹⁾.

In dieses Halbdunkel gilt es erst einzudringen, bevor die Problemfälle untersucht werden können, die bei Anwendung der GoB bestehen.

2. Ermittlung der GoB

a) Literaturmeinungen

Bei der - vorwiegend von Betriebswirten²⁾ - geführten Diskussion um die GoB haben sich zwei Methoden zur Ableitung der GoB herausgestellt, die induktive und - seit 1959³⁾ in immer stärkerem Maße - die deduktive^{4,5)}. Beide Methoden werden hier als bekannt vorausgesetzt.⁶⁾

zwischen Körner und Steinbach festzustellen.

- 1) Risse: Ordnungsmäßigkeit 1966, S. 789
- 2) Inzwischen besteht Übereinstimmung, daß keine bestimmte Fachdisziplin einen Monopolanspruch in Sachen GoB besitzt, vgl. Kruse: GoB 1970, S. 81 - 83 und neuerdings auch Leffson: Gemeinsamkeit 1973, S. 583
- 3) 1959 erschien ein vielbeachteter Aufsatz von Döllerer (GoB 1959) über die GoB.
- 4) Vgl. zur Kritik an dieser Bezeichnungsweise Küting: GoB 1974, S. 300 - 302, S. 310, Fußnote 27
- 5) Auch in den USA besteht eine lebhaft diskutierte Konkurrenz beider Methoden zur Ermittlung der "generally accepted accounting principles", vgl. Lück: Rechnungslegung 1970, S. 37 - 40; Perridon: Bilanzierungsgrundsätze 1974, S. 225 - 227; Spacek: Principles 1961, S. 46; Gordon: Postulates 1964, S. 254; Mautz et al.: Statement 1964, S. 6 f.; Grady: Inventory 1965, S. 23, S. 47 - 53; Hendriksen: Accounting 1965, S. 2 - 14; Sorter/Gans: Opportunities 1974, S. 2 f.
- 6) Vgl. insbesondere Leffson: GoB 1972, S. 7 ff.; Steinbach: Gedanken 1973, S. 2 - 7

Dem Streit zwischen der induktiven und der deduktiven Ermittlungsmethode hat neuerdings Kruse¹⁾ - mit zunehmender Anerkennung in der Literatur²⁾ - zumindest vorerst die Spitze genommen; denn der von Kruse verfolgte Ansatz, der aus der Rechtsnatur der GoB entwickelt worden ist, stellt eine Synthese zwischen den beiden widerstrebenden Methoden dar³⁾.

Nach Kruse ist, sofern ein Bilanzierungsgrundsatz in einem das jeweilige Unternehmen betreffenden Gesetz kodifiziert worden ist oder sich als Gewohnheitsrecht herausgebildet hat, dieser anzuwenden; denn Gesetz und Gewohnheitsrecht haben normativen Gehalt und stellen aufgrund ihrer Rechtsquelleneigenschaft Recht dar⁴⁾.

Existiert zur Klärung des jeweiligen Problems keine Norm mit Rechtsquellencharakter, so muß der unbestimmte Rechtsbegriff "GoB" durch Fortbildung des Gesetzes gelöst werden⁵⁾.

Hierfür kann und muß man auf die gleichen Hilfsmittel zurückgreifen, wie sie die juristische Methodenlehre auch sonst zur Rechtsfortbildung anbietet, in diesem Zusammenhang vor allem auf den Handelsbrauch und die Verkehrsanschauung einerseits und auf die Argumentation aus der Natur der Sache andererseits⁶⁾. Diese Methoden

1) Kruse: GoB 1970

2) So Federmann: Bilanzierung 1971, S. 72 - 74; Leffson: Gemeinsamkeit 1973, S. 585; Steinbach: Rechnungslegungsvorschriften 1973, S. 32

3) So auch Steinbach: Gedanken 1973, S. 7

4) Vgl. Kruse: GoB 1970, S. 16 f.

5) Vgl. ebenda, S. 111

6) Vgl. ebenda, S. 111, S. 123

decken sich mit der induktiven bzw. deduktiven Argumentation, wie Kruse nachgewiesen hat^{1, 2)}.

Beiden Ermittlungsmethoden ist gemeinsam, daß sie keine Rechtsquelleneigenschaft besitzen, d.h. nicht aus sich heraus "Erkenntnisgrund für etwas als Recht"³⁾ sind; ihre Ergebnisse sind daher unverbindlich⁴⁾.

Dennoch ist diese Aussage zu krass, die Ermittlungsmethoden haben doch eine Bedeutung: "Stimmen Handelsbrauch und Natur der Sache überein, dann werden sich schwerlich vernünftige Gründe anführen lassen, die es rechtfertigen könnten, beiden nicht zu folgen"⁵⁾.

Liegt jedoch keine solche Übereinstimmung vor und beachtet man, daß die juristische Methodenlehre keine Priorität zwischen den beiden Methoden angeben kann⁶⁾, so würde die Präferenz einer der Methoden i.d.R. entweder gegen das allgemeine Prinzip der Rechtssicherheit - dem der Handelsbrauch eher entspricht - oder gegen das allgemeine Prinzip der Rechtsrichtigkeit - dem die Natur der Sache eher entspricht - verstoßen⁷⁾; hier liegt es nach Kruse nahe, sowohl den Handelsbrauch als auch die Argumentation aus der Natur der Sache gelten zu lassen⁸⁾.

1) Vgl. ebenda, S. 97, S. 102, S. 184

2) Handelsbräuche können zum einen das tatsächlich geübte Verhalten und zum anderen die Regel sein, nach denen sich das Verhalten abspielen soll (vgl. ebenda, S. 56 f.).

3) Ebenda, S. 16

4) Vgl. ebenda, S. 127; erst durch den Richter wird hier Nicht-Recht in Recht umgewandelt.

5) Ebenda, S. 148

6) Vgl. ebenda, S. 159 f. m.w.N.; Larenz: Methodenlehre 1969, S. 320

7) Vgl. Kruse: GoB 1970, S. 160

8) Vgl. ebenda, S. 149

b) Eigene Stellungnahme

Weil es sich bei der Ermittlung der GoB um die Auslegung eines Gesetzesbegriffs handelt, ist nach der hier vertretenen Ansicht der juristische Charakter der GoB zu beachten. Aus diesem Grund ist m.E. der Ansatz von Kruse, nämlich das gleichberechtigte Nebeneinander der induktiven und deduktiven Methode, überzeugend, weil nur er sich aus der Rechtsnatur der GoB und der herrschenden juristischen Methodenlehre herleiten läßt¹⁾.

Nicht im Gegensatz zu, sondern aufbauend auf und ergänzend zu Kruse scheint mir - vor allem im Zusammenhang mit dem Publizitätsgesetz - neben dem Handelsbrauch und dem Argument aus der Natur der Sache noch eine weitere Methode für die Ermittlung der GoB Bedeutung zu haben: das argumentum a maiore ad minus (argumentum a fortiori)²⁾; mit dieser Methode lassen sich Lücken in einem Gesetz durch die Anwendung der Vorschriften eines strengeren Gesetzes schließen³⁾.

Bedenkt man die Intention des Gesetzgebers und die Entstehungsgeschichte des Publizitätsgesetzes - hierauf wird unten näher eingegangen⁴⁾, so kann m.E. kein

1) Mit welcher Berechtigung Steinbach, der sich ebenfalls grundsätzlich Kruse anschließt, trotzdem der Deduktion den Vorzug geben und den Handelsbrauch erst in zweiter Linie anwenden will, ist nicht ersichtlich; vgl. Steinbach: Rechnungslegungsvorschriften 1973, S. 33 f.; ders.: Gedanken 1973, S. 12 f.

2) Dies ist eine gebräuchliche juristische Methode, vgl. Klug: Logik 1966, S. 132; Larenz: Methodenlehre 1969, S. 367 f.; Kruse: GoB 1970, S. 123

3) Vgl. Klug: Logik 1966, S. 132 f., S. 136 f.

4) Vgl. S. 40

Zweifel daran bestehen, daß das Aktiengesetz im Verhältnis zum Publizitätsgesetz als eine solche strengere Vorschrift anzusehen ist und daß darum Unternehmen, die das Aktiengesetz 1965 befolgen, damit zugleich auch dem Publizitätsgesetz (GoB) Genüge getan haben; das (strengere) Aktiengesetz deckt also im Bereich des Publizitätsgesetzes die Anforderungen, die aus den (schwächeren) GoB resultieren, nach oben hin ab.

3. Anwendung der GoB

Mit Hilfe dieser Lösung der GoB-Problematik, die der Bilanzierungspraxis einen hohen Stellenwert einräumt, sollen nun einige Problemkreise, die bei Anwendung der GoB auftauchen, unter Zuhilfenahme des empirischen Befundes untersucht werden.

a) Bewertungsuntergrenze

a1) Problematik

Die wohl größte Kontroverse bei der Anwendung der GoB besteht hinsichtlich der Frage, ob die Bildung stiller Willkürrücklagen¹⁾ mit den GoB vereinbar ist²⁾. Denn hier führen induktive und deduktive Ermittlungsmethoden nicht zum gleichen Ergebnis:

Die Praxis - das kann und soll hier unterstellt werden - hält noch mit dem als Kodifizierung der GoB verstandenen Aktiengesetz von 1937, das nach herrschen-

1) Vgl. zum Begriff Busse von Colbe: Rücklagen 1960, Sp. 4725

2) Vgl. zur geschichtlichen Entwicklung Barth: Bilanzrecht 1953, S. 82 f.

der Meinung keine grundsätzliche Bewertungsuntergrenze¹⁾ gekannt hat²⁾; dagegen steht die auf allgemeinen informationstheoretischen Grundlagen beruhende Erkenntnis, daß Rechenschaftslegung und Bildung stiller Reserven, also eines "Verlustverschleierungspotentials"³⁾, unvereinbare Gegensätze sind⁴⁾.

Diesen gegensätzlichen Standpunkten sollen im folgenden die Ansichten des Reichsgerichts und des Gesetzgebers gegenübergestellt werden.

a2) Rechtsprechung des Reichsgerichts

In mehreren Urteilen hatte das Reichsgericht Gelegenheit, über eine etwaige Bewertungsuntergrenze zu entscheiden⁵⁾. Nach seiner Ansicht sind zwar willkürliche Unterbewertungen unzulässig,

-
- 1) Sc. der Aktiva; entsprechend keine Bewertungsobergrenze der Passiva
 - 2) Vgl. statt vieler Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1957, § 129 Tz. 71, § 133 Tz. 9 - 11. Teilweise wird heute die Ansicht vertreten, das Aktiengesetz 1937 oder die GoB hätten solche Unterbewertungen nicht zugelassen, vgl. Greiffenhagen: GoB 1966, S. 143 f.; Husemann: Anlagegegenstände 1970, S. 176 f.; Maul: GoB 1974, S. 740 - 742. Dies war jedoch keinesfalls herrschende Meinung während der Gültigkeit des Aktiengesetzes 1937.
 - 3) Stützel: Aktienrechtsreform 1960, S. 958
 - 4) Vgl. z.B. Döllner: Rechnungslegung 1962, S. 193; Moxter: Einfluß 1962, S. 183; Prühs: PublG 1969, S. 376; IdW: Referentenentwurf 1970, S. 155 aber auch schon Sontag: Aktiengesellschaften 1918, S. 96
 - 5) Vgl. die Gesamtdarstellungen von Wolany: Reichsgericht 1961, S. 198 ff.; Saage: Reserven 1959, S. 114 - 119; ders.: Reform 1970, S. 10 - 13

"Der Willkür kann jedoch nicht jede bewußte Unterbewertung gleichgestellt werden. Das würde im Grunde die Verneinung der Zulässigkeit stiller Reserven überhaupt bedeuten. Solche Reserven sind in Handel und Verkehr allgemein üblich, sie entsprechen den Anschauungen und Gepflogenheiten des ordentlichen Kaufmanns und berechtigten wirtschaftlichen Bedürfnissen" 1).

Diese ständige Rechtsprechung wurde auch aufrechtgehalten, als der Grundsatz der Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit gegen die durch diese Rechtsprechung ermöglichte Verlustkaschierung (stille Auflösung stiller Reserven) ins Feld geführt wurde:

"Es ist nicht zu verkennen, daß durch die Zulassung stiller Rücklagen dieser Grundsatz ... eine wesentliche Einschränkung erleidet ... (Jedoch, d.V.) entspricht es einem gesunden und durchaus berechtigten kaufmännischen Bedürfnis, das Unternehmen dadurch vor Erschütterungen zu bewahren, daß man gewisse unvermeidliche Konjunkturschwankungen und unvorhersehbare Verluste durch Bildung und Auflösung stiller Rücklagen möglichst unauffällig ausgleicht ..." 2).

Das Reichsgericht hat darum stille Reserven insoweit für zulässig erklärt ³⁾

"als sie nach gewissenhafter, sorgfältiger kaufmännischer Abwägung aller Verhältnisse notwendig sind, um das Unternehmen ... lebens- und widerstandsfähig zu erhalten" 4).

1) RGZ 116, S. 133

2) RGZ 156, S. 56

3) Vgl. oben S. 38

a.A. Maul: GoB 1974, S. 741 f.; seine Interpretation der älteren RG-Urteile überzeugt nicht, außerdem geht er auf die späteren, entscheidenden Urteile RGZ 116, S. 119 ff. und RGZ 156, S. 52 ff. nicht ein.

4) RGZ 116, S. 133

a3) Stellungnahme des Gesetzgebers

Diese zwar ständige, aber doch zurückliegende Rechtsprechung kann nur dann noch von Bedeutung sein, wenn sie den heutigen Wertvorstellungen des Gesetzes entspricht; die bestehenden Wertvorstellungen können für den Geltungsbereich des Publizitätsgesetzes am besten den Intentionen des Gesetzgebers entnommen werden, die sich in den Gesetzesmaterialien und der Entwicklungsgeschichte des Gesetzes niedergeschlagen haben¹⁾.

Aus der Entwicklungsgeschichte läßt sich der Wille des Gesetzgebers eindeutig ermitteln. Während nämlich der Regierungsentwurf die Übernahme der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften und damit eine mehr oder minder klare Bewertungsuntergrenze vorgesehen hatte, wurde diese Bestimmung nicht ins Gesetz übernommen, damit "insbesondere nicht die Mindestbewertungsvorschriften des Aktiengesetzes angewendet werden müssen"²⁾, vielmehr sollten die Unternehmen "stille Reserven nach den für ihre Rechtsform maßgebenden Bestimmungen bilden dürfen"³⁾. Daraus ergibt sich, daß das Publizitätsgesetz der stillen Reservenbildung in dem bisher geübten Umfang nicht im Wege stehen will⁴⁾.

Da auch das GmbH-Gesetz als hier wichtigste Vorschrift

-
- 1) Vgl. zur rechtlichen Bedeutung der Intentionen: Engisch: Einführung 1971, S. 88 - 105
Vgl. zur rechtlichen Bedeutung der Gesetzesmaterialien und der Entwicklungsgeschichte: Enneccerus/Nipperdey: BGB 1959, S. 329 f., S. 334; Paulick: Steuerrecht 1972, S. 100 f.; BGH vom 21.6.1972, in: DB 1973, S. 62
- 2) Schriftlicher Bericht des Rechtsausschusses, nach Biener: Gesetz 1973, S. 44
- 3) Schriftlicher Bericht des Rechtsausschusses, nach Biener: Gesetz 1973, S. 15
- 4) So auch Grobe: Kompromiß 1969, S. 13 f.; Hellner: PublG 1969, S. 718; Prühs: PublG 1969, S. 376;

nach einstimmiger Interpretation die Legung stiller Reserven zuläßt^{1, 2)}, kann m.E. kein Zweifel daran bestehen, daß die nach dem Publizitätsgesetz Rechnung legenden Unternehmen eine Unterbewertung ihrer Aktiven bzw. Überbewertung ihrer Passiven in dem bisher üblichen Umfang vornehmen dürfen.

a4) Technik und Umfang der Bildung stiller Reserven

Mit der generellen Zulassung wird noch keine Wertung über die einzelnen Methoden und den zulässigen Umfang der stillen Reserven getroffen. Hinsichtlich der anwendbaren Techniken scheint heute allerdings allseits Übereinstimmung zu bestehen³⁾, so daß sich weitere Ausführungen erübrigen⁴⁾.

Zum Umfang der Reservenbildung werden dagegen i.d.R. nur die wenig konkreten Aussagen wie z.B. "besonders vorsichtige, jedoch nicht willkürliche Bewertung" ge-

o.V.: Publizität 1969; Kunze: PublG 1970, S. 200 f.; Forster: Rechnungslegungsvorschriften 1972, S. 159; ders.: PublG 1972, S. 472 f.; Scherrer: PublG 1973, S. 91; WP-Handbuch 1973, S. 705; Heinen: Handelsbilanzen 1974, S. 154; teilweise a.A. Biener: Fragen 1972, S. 6 - 8

- 1) Vgl. Schmidt in Hachenburg: GmbHG 1956, Anm. 2 d zu § 29; Schilling in Hachenburg: GmbHG 1959, Anm. 12 - 15 zu § 42; Scholz: GmbHG 1964, § 42 Anm. 5; Baumbach/Hueck: GmbHG 1970, § 42 Anm. 1 A, 2 B
- 2) Nur dann ist die ausdrückliche Zulassung stiller Reserven im Regierungsentwurf eines neuen GmbH-Gesetzes (§§ 132 Abs. 3 und 133 Abs. 5; BR-Drucksache 595/71) überhaupt verständlich.
- 3) Z.B. Verbot des Ausweises fiktiver Verbindlichkeiten, Verbot des Weglassens von Aktiva
- 4) Vgl. statt vieler Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1957, § 129 Tz. 73 - 82

macht^{1), 2)}. "Wo die unterste Grenze der Bewertung liegt, ist allerdings derzeit offen"³⁾, ein für alle Beteiligte unbefriedigender Zustand⁴⁾.

Wenn überhaupt, so läßt sich m.E. nur über die induktive GoB - Ermittlung eine Grenze für die Unterbewertung finden, indem man aus bestehenden Konventionen⁵⁾ versucht, "Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung stiller Reserven"⁶⁾ aufzustellen. Da die Legung stiller Reserven nämlich ohnehin den üblichen Bilanzzielen widersprechen dürfte, kann man von der deduktiven Ermittlung nicht die Beantwortung der Frage erwarten, bis zu welchem Umfang eine Unterbewertung zulässig ist⁷⁾.

1) Vgl. etwa Forster: Referentenentwurf 1970, S.100; ders.: PublG 1972, S. 473; WP-Handbuch 1973, S. 707

2) Das Reichsgericht möchte folgende Kriterien heranziehen: "die wirtschaftliche Lage überhaupt, diejenige des einzelnen Geschäftszweiges und des betreffenden Unternehmens, der Geschäftsgang und seine voraussichtliche Gestaltung, die Höhe der flüssigen Mittel und der Schulden, die größere oder geringere Möglichkeit raschen Absatzes der Warenbestände, die Art der Aktien, namentlich ihre Wertbeständigkeit, endlich der Bestand der etwaigen offenen Reserven und ihr Betrag" (RGZ 116, S. 134); ähnlich zum schweizerischen Aktienrecht Bossard: Reserven 1940, S. 134 f.

3) Forster: Rechnungslegungsvorschriften 1972, S. 159; vgl. auch Hax: Besprechungsaufsatz 1958, S. 180; Kropff: Leitgedanken 1964, S.565, S. 572 m.w.N.; ders.: AktG 1973, § 153 Vorb. Anm. 4

4) Vgl. Forster: Rechnungslegungsvorschriften 1972, S. 162

5) Vgl. zur Bedeutung von Konventionen in der Bilanz Engels: Bewertungslehre 1962, S. 209, S. 216 ff.

6) So der Titel des Werkes von Dietzen: Grundsätze 1937

7) Ließen sich Zielerreichungsgrade ermitteln, so könnte man allerdings zumindest die negativen Zielbeiträge vergleichen; eine Quantifizierung der Zielerreichungsgrade dürfte aber kaum möglich sein, vgl. Cyert/Ijiri: Problems 1974, S. 39

a5) Empirischer Befund

Bisher ist es eine Behauptung geblieben, daß die aktienrechtliche Bewertungsuntergrenze bei den Unternehmen anderer Rechtsformen nicht befolgt wird.

Eine empirische Untersuchung der Bewertungspraxis erscheint schon zur bloßen Überprüfung dieser Behauptung sinnvoll, soll aber auch zur induktiven GoB-Ermittlung beitragen.

Die hierfür herangezogenen Geschäftsberichte von Großunternehmen stellen geeignete Untersuchungsobjekte dar, weil das Steuerrecht ebenso wie das Aktienrecht grundsätzlich eine bewußte Unterbewertung verbietet und nach allgemeiner Ansicht vorwiegend nur Großunternehmen eine von der Steuerbilanz getrennte Handelsbilanz erstellen¹⁾; wenn also überhaupt irgendwelche Unternehmen von der aktien- und steuerrechtlichen Wertuntergrenze abweichen, dann gerade Großunternehmen.

Tabelle 12 gibt die Berichterstattung der Unternehmen über die zugrundeliegenden Bewertungsprinzipien wieder. Bei den Industrieunternehmen weist ein Viertel auf die Befolgung des Aktiengesetzes hin. Bei den restlichen Industrieunternehmen fehlt eine Aussage zur Bewertungskonzeption; aber auch da finden sich bei der Berichterstattung über die einzelnen Bilanzpositionen in keinem Fall Angaben, die nicht mit der aktienrechtlichen Bewertungskonzeption in Einklang stünden.

1) Vgl. Jacobs: Ertragsteuerbilanz 1971, S. 39;
Schneider: Bilanztheorie 1973, S. 41

Tab. 12: Globalangabe der angewandten Bewertungskonzeption

	Banken		Versicherungen		Industrie		Gesamt	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
1. Die Bewertung erfolgt nach aktienrechtlichen Grundsätzen	6	4,4	-	-	13	22,0	19	9,2
2. Die Bewertung erfolgt nach steuerrechtlichen Grundsätzen	6	4,4	-	-	-	-	6	2,9
3. Die Bewertung erfolgt nach aktienrechtl. u. steuerrechtl. Grunds.	-	-	-	-	2	3,4	2	1,0
4. Kein Hinweis auf die angewandte Bewertungskonzeption	124	91,2	11	100,0	44	74,6	179	86,9
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0

Im Bankensektor bekennen sich nur 12 Unternehmen (8,8 %) zu den aktien- oder steuerrechtlichen Prinzipien; dieser geringe Prozentsatz ist nicht zuletzt auch eine Folge davon, daß Kreditinstitute durch § 26 a Abs. 2 KWG von der Berichterstattung über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden befreit werden. Allerdings deutet die Bilanzierung der Betriebs- und Geschäftsausstattung und/oder der Grundstücke und Gebäude mit 1,-- DM bei drei Banken und einer Bausparkasse - davon zwei GmbHs - unmißverständlich auf Unterbewertungen hin. Die frühere "gute Praxis" zur Vollabschreibung des Sachvermögens in den Bankabschlüssen¹⁾, die nunmehr Aktiengesellschaften verboten ist, läßt sich also noch, aber nur in sehr geringem Umfang feststellen.

Bei der Interpretation der empirischen Ergebnisse ist zu bedenken, daß hier als Untersuchungsmethode die Inhaltsanalyse gewählt worden ist, was zur Folge hat,

1) Vgl. Birck: Bankbilanz 1961, S. 139 f.; Nebendorf: Reserven 1965, S. 59
Vgl. zur gleichen Praxis in den USA Daily/Strawser: Banks 1974, S. 47 f.

daß nicht die Bilanzierungspraxis, sondern die Berichterstattung erhoben wird; damit sind alternativ zwei Schlußfolgerungen aus dem empirischen Befund möglich: entweder hat das Aktiengesetz heute schon eine größere Bedeutung für Nicht-Aktiengesellschaften zumindest des Nichtbanken-Sektors als allgemein angenommen, so daß die Begründung für die Zulässigkeit stiller Reservenbildung (Handelsbrauch) in einem größeren Rahmen überprüft werden sollte, oder aber die Berichterstattung korrespondiert mit der "Stille" der Rücklagen, was bei Nichtbanken einen Verstoß gegen § 160 Abs. 2 AktG (Berichterstattungspflicht) darstellen würde.

b) Bewertungsobergrenze

Das GmbH-Gesetz setzt als Bewertungsobergrenze für das Anlagevermögen die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten (§ 42 Nr. 1), sieht jedoch keine Regelung für das Umlaufvermögen vor. Dennoch dürfte man dahinter kein Problem vermuten, da das als Kodifizierung der GoB verstandene Aktiengesetz von 1937 und auch das nur wegen seiner Bewertungsuntergrenze umstrittene Aktiengesetz von 1965 klar die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vorschreiben¹⁾. Entsprechend wird darum meistens das Anschaffungswertprinzip als GoB bezeichnet²⁾. Seit einigen Jahren wird nun im Zuge ununterbrochener und zunehmender Preissteigerungen die Meinung vertreten, daß eine Bilanzierung zu Wiederbeschaffungskosten unter gleichzeitiger Neutralisierung durch eine zweckgebundene Neubewertungsrücklage auch zulässig

1) Auch der subsidiär eingreifende § 40 Abs. 2 HGB fordert nach heute herrschender Ansicht keineswegs den Ansatz des Zeitwerts, vgl. statt vieler Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 149 Tz. 97

2) Vgl. ebenda, § 149 Tz. 67

ist^{1, 2)}.

Noch weitergehend ist die gegen die herrschende Meinung vertretene Ansicht, daß die Anschaffungskosten - unabhängig von einer Rücklagenbildung - im Umlaufvermögen nicht generell die Obergrenze bilden³⁾.

Die Durchsicht der Geschäftsberichte zeigt, wie nicht anders erwartet, daß in 57 Fällen (96,6 %) als Bewertungsmethode für das Vorratsvermögen das Anschaffungs- bzw. Niederstwertprinzip angegeben wird; ein weiteres Unternehmen (O41) verweist wenigstens teilweise auf das Niederstwertprinzip, und nur ein Unternehmen (O37) macht zur Bewertung im Vorratsvermögen keine Ausführungen.

Angesichts dieser eindeutigen Konvention - Kruse spricht sogar von einem Gewohnheitsrecht⁴⁾ - würden andere Bewertungsprinzipien ohne ausdrücklichen Hinweis in der Bilanz jeden Bilanzleser irreführen; dabei kann keine Rolle spielen, daß Tageswerte die Vermögenslage besser darstellen⁵⁾ oder daß ein anderer Zeitpunkt der Gewinnrealisierung möglicherweise ebenso berechtigt wä-

1) Vgl. Forster: PublG 1972, S. 472; WP-Handbuch 1973, S. 706; Havermann: Preissteigerungen 1974, S. 451 a.A. Biener: Fragen 1972, S. 8

2) Durch "Grundsätze ordnungsmäßiger Rücklagenbildung" (Leffson: GoB 1972, S. 95) läßt sich jede dem Vor-sichtsgedanken entspringende Bilanzierungs- und Bewertungsrestriktion umgehen; so statt des Imparitätsprinzips (vgl. Leffson: GoB 1972, S. 219; Schneider: Gewinn 1971, S. 610) oder neuerdings bei Beteiligungserträgen (vgl. Havermann: Beteiligungen 1975, S. 240 - 242)

3) Vgl. Brüggemann: HGB 1967, § 40 Anm. 3; Maul: GoB 1974, S. 742 - 744 unter Berufung auf RGZ 80, S. 330 ff.

4) Vgl. Kruse: GoB 1970, S. 47 f., S. 208

5) Vgl. Adler/Dürring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 149 Tz. 68

re¹⁾.

c) Bilanzierung immaterieller Anlagewerte

Durch den Verzicht auf die Übernahme der in den §§ 153 - 156 AktG niedergelegten Bewertungsvorschriften fehlt dem Publizitätsgesetz zugleich eine Bilanzierungsregel für immaterielle Anlagewerte; diese bleibt darum den GoB vorbehalten.

Inwieweit dem Gesetzgeber bewußt war, daß diese Paragraphen zwar vornehmlich die Bewertung, teilweise aber - nämlich in § 153 Abs. 3 - 5 AktG - auch die Bilanzierungspflicht bzw. -fähigkeit regeln²⁾, kann nicht abschließend beurteilt werden; die Begründung für die Nicht-Übernahme, die nur die Mindestbewertungsvorschriften erwähnt, deutet jedoch auf ein Versehen des Gesetzgebers hin.

In der Literatur wird § 153 Abs. 3 AktG teilweise als Konkretisierung der GoB aufgefaßt³⁾, teilweise wird jedoch das offensichtliche aktienrechtliche Mißtrauen gegenüber immateriellen Werten abgelehnt und stattdessen eine Aktivierungspflicht für derivative Werte⁴⁾ und auch ein Aktivierungswahlrecht für selbst erstell-

1) Vgl. Schneider: Gewinn 1971, S. 609 f.; Jacobs: Realisationsprinzip 1972, S. 178.

2) Littmann sieht in § 153 Abs. 3 AktG eine Bewertungsvorschrift (Rechnungslegungsvorschriften 1966, S. 240) Vgl. dagegen statt vieler Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, Vorbem. zu §§ 153 - 156 Tz. 11

3) Vgl. Birkholz: Aktienrecht 1966, S. 710; Kormann: Bewertungsprobleme 1966, S. 1278; Saage: GoB 1967, S. 8 f.; Husemann: Anlagegegenstände 1970, S. 253, S. 291; Kruse: GoB 1970, S. 211, S. 214; Kropff: AktG 1973, Vorb. Anm. 21; Steinbach: Rechnungslegungsvorschriften 1973, S. 129; Biener: Fragen 1975, S. 8

4) Vgl. Schilling in Hachenburg: GmbHG 1959, Anm. 20

te immaterielle Werte gefordert¹⁾.

M.E. ergibt sich aus den GoB auf keinen Fall eine Aktivierungspflicht für entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte; denn aus den GoB folgen keine strengeren Bilanzierungspflichten, als den Aktiengesellschaften vom Gesetzgeber auferlegt werden (argumentum a fortiori).

Die Bilanzierungsfähigkeit selbst geschaffener immaterieller Werte ist vor dem neuen Aktiengesetz überwiegend bejaht worden²⁾, allerdings mit deutlichen Gegenstimmen.³⁾

Aus den Gegenargumenten⁴⁾ - das ist vor allem die Unsicherheit der Werte - läßt sich das aktienrechtliche Aktivierungsverbot nicht zwingend ableiten, da letztlich alle Vermögensgegenstände mehr oder weniger unsi-

zu § 42; Döllerer: Rechnungslegung 1965, S. 1408; Boelke: Bewertungsvorschriften 1970, S. 139 - 141; Maul: Bilanzierung 1972, S. 7 f.; ders.: Anlagewerte 1973, S. 23 - 27

1) Vgl. Schilling in Hachenburg: GmbHG 1959, Anm. 20 zu § 42; Christoffers: Problematik 1970, S. 165 ff.; Goerdeler: Jahresabschluß 1970, S. 165 f.; IdW-Referentenentwurf 1970, S. 159; Lück: Rechnungslegung 1970, S. 115 f.; Jacobs: Ertragsteuerbilanz 1971, S. 57 f.; WP-Handbuch 1973, S. 707

2) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1957, § 129 Tz. 29, § 133 Tz. 147; Mutze: Aktivierung 1960, S. 29 - 31

3) Vgl. Döllerer: Entwicklungskosten 1957, S. 983 ff.; Flume: Entwicklungskosten 1958, S. 1045 - 1050; Saage: Reserven 1959, S. 69 - 71

4) Vgl. insbesondere Kropff: AktG 1973, § 153 Anm.

cher sind; m.E. spricht allerdings die Wertung des Gesetzgebers im Zuge der aktienrechtlichen und steuerrechtlichen Neuregelung für ein generelles Aktivierungsverbot¹⁾.

Ein solches Aktivierungsverbot entspräche auch der neueren internationalen Tendenz: sowohl das Gutachten des Financial Accounting Standards Board in den USA als auch der Entwurf des Institute of Chartered Accountants in England and Wales sehen, unabhängig voneinander, ein Aktivierungsverbot für Forschungs- und Entwicklungskosten vor²⁾; dies wird in der Hauptsache begründet mit der typischen Unsicherheit solcher Werte und mit dem Fehlen exakter Kriterien, anhand derer die in (relativ wenigen) Ausnahmefällen sachgerechte Aktivierung geprüft werden könnte.

Angesichts dieser doch unklaren Sachlage muß man dem empirischen Befund besonderes Interesse entgegenbringen. Wie jedoch Tabelle 13 zeigt, ist bei fast der Hälfte der Industrieunternehmen nicht erkennbar, ob die aktivierten immateriellen Anlagewerte von Dritten erworben worden sind, da entsprechende Hinweise in der Bilanz oder im Geschäftsbericht fehlen (Tab. 13, 2 c).

Da Unternehmen dieser Größe, zumindest soweit sie eine selbständige Produktionstätigkeit ausführen, wohl auch über selbst geschaffene immaterielle Anlagewerte (know-how u.ä.) verfügen, ist aufgrund dieses empirischen Ergebnisses eine Aussage über die Bilanzierungspraxis für originäre immaterielle Werte nicht möglich, wohl allerdings ein "Vor-Urteil" über die

-
- 1) Vgl. Begründung zum Regierungsentwurf des Aktiengesetzes, nach Kropff: AktG 1965, S. 244
 - 2) Financial Accounting Standards Board (Hrsg.): Statement No. 2 1974, S. 83; Institute of Chartered Accountants in England and Wales (Hrsg.): ED 14 1975, S. 86

Qualität der Berichterstattung.

Tab. 13: Bilanzierung selbst geschaffener immaterieller Anlagewerte

	abs.	rel.	Bemerkungen
1. Es wird über die Nichtaktivierung selbstgeschaffener immaterieller Anlagewerte berichtet	8	20,0	1
2. Es werden ohne Berichterstattung immaterielle Anlagewerte bilanziert			
a) generelle Anwendung aktienrechtlicher Vorschriften	9	22,5	
b) Ansatz nur mit einem Merkposten	5	12,5	
./. Doppelzählung	./. 1	./. 2,5	
c) Behandlung selbstgeschaffener immaterieller Anlagewerte nicht erkennbar	19	47,5	
	40	100,0	
3. Immaterielle Anlagewerte werden nicht bilanziert	19		
	59		
4. Banken, Versicherungen, Bausparkassen	147		
	206		

1 Bei drei Unternehmen (087, 088, 200) ist aus den Angaben über den Inhalt der "sonstigen Aufwendungen" ersichtlich, daß jedenfalls Forschungs- und Entwicklungskosten nicht aktiviert werden.

d) Bilanzierung von Betriebserweiterungskosten

Im Bereich der Sonderposten des Anlagevermögens (Kosten der Ingangsetzung, Geschäftswert) hat das Aktiengesetz 1965 eine wesentliche Änderung gebracht, nämlich ein Bilanzierungsverbot für Betriebserweiterungskosten (§ 153 Abs. 4 AktG); aufgrund der Nicht-Übernahme dieser "Bewertungs"-Vorschrift besteht nunmehr Unklarheit über ihre Bedeutung für die nach dem Publizitätsgesetz Rechnung legenden Unternehmen.

Die Meinungen in der Literatur sind ziemlich gleichwertig in die beiden möglichen Lager gespalten, daß entweder die aktienrechtliche Regelung von 1937¹⁾

Vgl. aber auch die eingehende Kritik von Bierman/Dukes: Accounting 1975, S. 48 ff.

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968,

oder aber diejenige von 1965¹⁾ den für die anderen Rechtsformen gültigen Bilanzierungsgrundsatz wiedergibt²⁾.

Darüber hinaus liegt keine Einigkeit vor, ob § 42 Nr. 2 GmbHG, der die Aktivierung von Organisations- und Verwaltungskosten verbietet, denn überhaupt eine Aktivierung von Betriebseinrichtungskosten zulässt; eine Bilanzierung würde nämlich zweifellos gegen den Wortlaut verstoßen. Trotzdem wird sie für zulässig gehalten, weil durch die Änderung der fast gleichlautenden aktienrechtlichen Vorschriften im Jahre 1931 auch § 42 GmbHG insoweit für obsolet gehalten wird und weil die Aktivierung von Betriebseinrichtungskosten als Ausnahmetatbestand ("Bilanzierungshilfe") auch eine Ausnahme vom generellen Verbot erlaubt³⁾.

Aus diesen beiden Gründen ist m.E. die Aktivierung von Ingangsetzungskosten zuzulassen; diese interessieren hier jedoch weniger, da ein Unternehmen kaum in

§ 149 Tz. 98; Boelke: Bewertungsvorschriften 1970, S. 146; Forster: Referentenentwurf 1970, S. 98; Goerdeler: Jahresabschluß 1970, S. 165 f.; IdW: Referentenentwurf 1970, S. 159 f.; WP-Handbuch 1973, S. 707; Biener: Fragen 1975, S. 8

- 1) Vgl. Pöugin: GoB 1968, S. 236; Kropff: AktG 1973, Vorb. Anm. 21; Steinbach: Rechnungslegungsvorschriften 1973, S. 134
wohl auch Kormann: Bewertungsprobleme 1966, S. 1278 f.; Husemann: Anlagegegenstände 1970, S. 297
- 2) Unklar Greiffenhagen: Betriebseinrichtungskosten 1964, S. 5, S. 7; Baumbach/Hueck: GmbHG 1970, § 42 Anm. 6
- 3) Vgl. Greiffenhagen: Betriebseinrichtungskosten 1964, S. 3, S. 5; Baumbach/Hueck: GmbHG 1970, § 42 Anm. 6 a.A. Schilling in Hachenburg: GmbHG 1959, Anm. 22 zu § 42; Scholz: GmbHG 1964, § 42 Anm. 14; Boelke: Bewertungsvorschriften 1970, S. 27; Steinbach: Rechnungslegungsvorschriften 1973, S. 134

den ersten Jahren die Größenkriterien des Publizitätsgesetzes erreicht (höchstens aufgrund von § 2 Abs. 1 durch Verschmelzungen u.ä.).

Für die Kosten der Betriebserweiterung muß m.E. gelten, daß, wenn die damalige aktienrechtliche Änderung eine Auslegung von § 42 GmbHG gegen seinen Wortlaut begründen konnte, daß dann auch die jetzige aktienrechtliche Einschränkung dieser Bilanzierungshilfe auf die GmbH Anwendung finden muß; eine Aktivierung von Betriebserweiterungskosten kann damit nicht mehr zugestanden werden.

Dennoch weisen zwei Unternehmen (O38, 167) Aktivposten aus, die einmal als "Betriebseinrichtungskosten" und einmal als "Kosten der Betriebseinrichtung" bezeichnet werden. Bei beiden handelt es sich um Tochtergesellschaften amerikanischer Konzerne; beide verzichten auf jegliche Erwähnung im Geschäftsbericht, geben aber an, generell die aktienrechtlichen Vorschriften beachtet zu haben. Dieser letzte Umstand deutet trotz der "weiten" Bezeichnung darauf hin, daß es sich um echte Eingangsetzungskosten handelt, was zwar bei Unternehmen dieser Größe außergewöhnlich, aber gerade bei Tochtergesellschaften großer Konzerne etwa aufgrund einer organisatorischen Neustrukturierung denkbar ist.

Aus dem empirischen Befund ergeben sich also keine Anhaltspunkte dafür, ob in der Praxis Betriebserweiterungskosten für bilanzierungsfähig gehalten werden.

4. Ergebnis

Zur Ermittlung der GoB müssen - bei Fehlen einer Norm mit Rechtsquelleneigenschaft - nach der hier vertre-

tenen Meinung Handelsbrauch und Argument aus der Natur der Sache einander gegenübergestellt und zugleich die entsprechenden aktienrechtlichen Bestimmungen als Begrenzung beachtet werden.

In der wohl wesentlichsten Streitfrage, der Wertuntergrenze, folgt - bei Unterstellung eines solchen Handelsbrauchs - die Zulässigkeit stiller Reservenbildung, wie dies auch von der herrschenden Meinung bejaht wird; die empirische Untersuchung liefert jedoch keinen Anhaltspunkt für die Existenz eines solchen Handelsbrauchs. Im Gegenteil, soweit aus den Angaben im Geschäftsbericht überhaupt Schlüsse gezogen werden können, scheint die Erwartung von Adler/Düring/Schmaltz, das Aktiengesetz 1965 werde, wie zuvor das Gesetz von 1937, in der Praxis als GoB anerkannt werden¹⁾, sich heute schon - zumindest bei Großunternehmen - erfüllt zu haben.

III Gliederung und Inhalt des Jahresabschlusses

Das Publizitätsgesetz sieht für Industrieunternehmen die Anwendung der aktienrechtlichen Gliederungsvorschriften (§§ 151, 157 AktG), nur unwesentlich an die Besonderheiten der GmbH angepaßt, vor; für Kreditinstitute, Bausparkassen und Versicherungen gelten nach § 5 Abs. 2 Ziff. 1 die entsprechenden Formblätter.

Die Regelungen des Aktiengesetzes über den Inhalt des Jahresabschlusses (§§ 152, 158 AktG) sind von allen

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 149 Tz. 98

Ähnlich die Erwartung von Biener (PublG 1969, S. 1098), die publizitätspflichtigen Großunternehmen würden im Interesse ihres internationalen Ansehens offene statt stiller Reserven bilden.

Unternehmen mit Ausnahme der Sparkassen zu befolgen.

1. Gliederung der Bilanz

Beim empirischen Befund über die Gliederung der Bilanz (Tab. 14) fällt auf, daß die Mehrzahl der Industrieunternehmen (61,0 %) in teils positiver, teils negativer Weise vom vorgeschriebenen Schema abweicht, wohingegen die Formblätter streng befolgt werden.

Tab. 14: Gliederungsschema der Bilanz

	Banken		Versicherungen		Industrie		Gesamt		Bemerkungen
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	
1. Es wird das aktienrechtliche Gliederungsschema/Formblatt angewandt	136	100,0	11	100,0	23	39,0	170	82,5	
2. Es wird das aktienrechtliche Gliederungsschema/Formblatt mit Abweichungen verwandt	-	-	-	-	36	61,0	36	17,5	
a) mit Zusammenfassungen	-	-	-	-	(8)	(13,6)	(8)	(3,9)	1
b) mit Erweiterungen	-	-	-	-	(23)	(39,0)	(23)	(11,2)	2
c) mit sonstigen Abweichungen (Umstellungen)	-	-	-	-	(13)	(22,0)	(13)	(6,3)	3
./.. Doppelzählungen	-	-	-	-	(./ 8)	(./13,6)	(./8)	(./3,9)	
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	

1 8 Unternehmen mit insgesamt 9 Zusammenfassungen

2 23 Unternehmen mit insgesamt 27 Erweiterungen

3 13 Unternehmen mit insgesamt 14 Abweichungen

Soweit das Gliederungsschema erweitert worden ist, bestehen keine Bedenken hinsichtlich der Zulässigkeit (§ 151 Abs. 1 AktG). Die Erweiterungen betreffen hauptsächlich 15 Unternehmen (25,4 %), die Verbindlichkeiten gegenüber Unterstützungseinrichtungen und Stiftungen gesondert ausweisen; dies mag daher rühren, weil die Unternehmen ihre soziale Tätigkeit herausstreichen wollen oder weil sie meinen, daß solche Verbindlichkeiten bei einer Bilanzanalyse anders, nämlich

günstiger (etwa in bezug auf die Frage der Rückzahlung bzw. Prolongation) beurteilt werden müssen. In drei Fällen kommen Erweiterungen durch den gesonderten Ausweis von Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zustande¹⁾.

Zusammenfassungen erscheinen grundsätzlich bedenklich. Die Nicht-Angabe der Rechtsgrundlage von Sonderposten mit Rücklageanteil und die Nicht-Aufteilung des Betrags im Falle mehrerer Rechtsgrundlagen waren die Hauptfälle solcher Zusammenfassungen; darauf wird weiter unten näher eingegangen²⁾. Als Zusammenfassung wurde auch das Fehlen des nach § 152 Abs. 4 AktG aufzumachenden Rücklagespiegels gerechnet, was in zwei Fällen vorkam. Diese Zusammenfassung stellt einen eindeutigen Gesetzesverstoß dar; sie zieht allerdings bei Aktiengesellschaften - im Gegensatz zum fehlenden Anlagespiegel - nicht die Nichtigkeit des Jahresabschlusses nach sich, da durch Fehlen der Rücklagenbewegungen nicht die "Klarheit und Übersichtlichkeit ... wesentlich beeinträchtigt" werden (so das Kriterium in § 256 Abs. 4 AktG).

Die neben den Erweiterungen und Zusammenfassungen vorgenommenen Änderungen betreffen Umstellungen im Gliederungsschema. Hier sind namentlich die uniformen Umstellungen zum Zwecke eines exponierten Ausweises der flüssigen Mittel zu nennen: elf Unternehmen (18,6 %) weisen die Komponenten des Geldvermögens an letzter Stelle des Umlaufvermögens (nach "sonstige

1) Außerdem z.B. gesonderter Ausweis des Fuhrparks (037, 041), gesonderter Ausweis geringwertiger Wirtschaftsgüter (141, 194), gesonderter Ausweis von Steuerrückstellungen (081, 151), Trennung der fertigen Erzeugnisse von den Waren (043, 151)

2) Vgl. S. 57

Vermögensgegenstände") aus; dort werden - soweit vorhanden - die Positionen "Wechsel", "Schecks", "Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben", "Guthaben bei Kreditinstituten" und "Wertpapiere", die im aktienrechtlichen Schema zwar auch aufeinander folgen, aber doch im Rahmen des Umlaufvermögens etwas "versteckt" sind, gesammelt ausgewiesen, in zehn Fällen sogar als "Flüssige Mittel" überschrieben¹⁾. Diese Umstellungen bedeuten eine stärkere Betonung des - z.B. in der anglo-amerikanischen Bilanzgliederung dominierenden - Liquiditätsaspekts²⁾ unter Verletzung des dem aktienrechtlichen Schema auch zugrunde liegenden Ablaufprinzips^{3, 4)}; da jedoch die Nachteile geringfügig sind, sind die Umstellungen m.E. als zulässig anzusehen⁵⁾.

-
- 1) Einen solchen gesammelten Ausweis schlagen Steinle/Wiedemeyer (Gliederung 1973 I, S. 142) für den sog. Weltabschluß vor; a.A. Peupelmann: Gliederungsschemen 1973, S. 1859; daraufhin differenzierend Steinle/Wiedemeyer: Gliederung 1973 II, S. 2207
 - 2) Vgl. Peupelmann: Gliederungsvorschriften 1965, S. 1527; Lück: Rechnungslegung 1970, S. 56 - 59; Jonas: Abschlüsse 1972, S. 1786; ders.: Tendenzen 1974, S. 1299
 - 3) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 151 Tz. 22; Lück: Rechnungslegung 1970, S. 56; Heinen: Handelsbilanzen 1974, S. 160 f.
 - 4) Nur an einer Gesellschaft (196) besteht eine nennenswerte Beteiligung aus dem anglo-amerikanischen Raum (50 %); eine weitere Gesellschaft (190) ist zu 100 % in sonstigen ausländischen Händen.
 - 5) Weitere Umstellungen wurden vorgenommen bei den Verbindlichkeiten (040), bei den Forderungen an verbundene Unternehmen (123) und bei den Rückstellungen (124); hierfür sind keine Rechtfertigungsgründe erkennbar.

2. Inhalt der Bilanz

Durch die Übernahme von § 152 AktG bezüglich des Bilanzinhalts werden vor allem die Einschränkungen hinsichtlich der Bildung von Rückstellungen (Abs. 7) und des Inhalts der Rechnungsabgrenzungsposten (Abs. 9) auch für publizitätspflichtige Unternehmen bedeutsam; dadurch kann für manche eine Änderung der Bilanzierung notwendig werden wie zuvor für Aktiengesellschaften, was allerdings keine besonderen Probleme aufwirft.

Im Rahmen dieser empirischen Erhebung wurde besonders der Ausweis von Sonderposten mit Rücklageanteil, von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, von Rückstellungen für Instandhaltungsaufwand und Kulanzleistungen und von eigenen Anteilen bei GmbHs untersucht, weil hier teils noch Probleme bestehen, teils auch nur die praktische Bedeutung dieser Posten interessiert; Tabelle 15 gibt einen Überblick über den empirischen Befund zu diesen Tatbeständen.

Bei den Sonderposten mit Rücklageanteil fordert das Gesetz für Nichtbanken ausdrücklich, daß die dem Sonderposten zugrunde liegende steuerliche Vorschrift anzugeben ist (§ 152 Abs. 5 AktG); hiergegen verstoßen drei Industrieunternehmen (Tab. 15, A 3). Sofern Sonderposten aufgrund mehrerer Vorschriften gebildet werden, wird es allgemein für zulässig gehalten, daß die Aufteilung im Geschäftsbericht statt in der Bilanz vorgenommen wird¹⁾; bei den 19 Mehrfachnennungen erfolgt die betragsmäßige Zuordnung in 13 Fällen, also weit überwiegend, trotzdem schon in der Bilanz, in

1) Vgl. Claussen: AktG 1971, § 152 Anm. 21; Kropff: AktG 1973, § 152 Anm. 36
abgeschwächt Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 152 Tz. 69

zwei Fällen im Geschäftsbericht und bei vier Unternehmen unzulässigerweise überhaupt nicht.

Tab. 15: Zum Inhalt der Bilanz

Von der Gesamtsumme der Banken (136), Versicherungen (11) und Industrieunternehmen (59) weisen jeweils aus:

	Banken abs. rel.	Versicherungen abs. rel.	Industrie abs. rel.	Gesamt abs. rel.
A Sonderposten mit Rücklageanteil				
1. unter Angabe der steuerlichen Vorschrift(en) in der Bilanz	8 5,9	3 27,3	32 54,2	43 20,9
2. unter Angabe der steuerlichen Vorschrift(en) im Geschäftsbe- richt	2 1,5	- -	2 3,4	4 1,9
3. ohne Angabe der steuerlichen Vorschrift(en)	9 6,6	- -	3 5,1	12 5,8
B Wertberichtigungen				
1. Einzelwertberichtigungen	- -	6 54,5	5 8,5	11 5,3
2. Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen / vorgeschriebene Sammelwertberichtigung	116 85,3	8 72,7	39 66,1	163 79,1
C Rückstellungen				
1. Rückstellung für Instandhaltung	- -	- -	7 11,9	7 3,4
2. Rückstellung für Kulanzleistungen	- -	- -	1 1,7	1 0,5
D Eigene Anteile	- -	1 9,1	2 3,4	3 1,5

Am weitaus häufigsten wird ein Sonderposten zur Übertragung der stillen Reserven gemäß § 6 b EStG gebildet (19 Fälle); daneben findet sich im Industriebereich auch häufiger eine Preissteigerungsrücklage gemäß § 74 EStDV (neun Fälle).

Abweichend von der herrschenden Meinung glauben Peupelmann und Münch, daß auch der Importwarenabschlag gemäß § 80 EStDV und die Wertberichtigungen nach § 7c EStG als Sonderposten ausgewiesen werden müssen, also nicht als objektgebundene Bewertungsvergünstigungen

aktivisch von den jeweiligen Bilanzpositionen abgezogen werden müssen¹⁾. In der Praxis zeigt sich eine klare Trennung zwischen beiden Arten der Sonderposten: soweit erkennbar, wird der Importwarenabschlag nur in einem von (mindestens) neun Fällen als Sonderposten ausgewiesen, d.h. die herrschende Meinung wird befolgt, während die 7c-Wertberichtigung in elf von (mindestens) 19 Fällen als Sonderposten passiviert wird und damit die zweithäufigste Sonderpostenart darstellt.

Bei den Banken wird die Angabe der steuerlichen Rechtsgrundlage der Sonderposten mit Rücklageanteil sehr uneinheitlich gehandhabt, wie Tabelle 15, A zeigt. Darin spiegelt sich die unklare Rechtslage wider; denn obwohl die Formblattverordnung § 152 Abs. 5 AktG für Banken (mit Ausnahme der Sparkassen) nicht außer Kraft setzt, lassen das Formblatt selbst und insbesondere die sonst sehr detaillierten Bilanzierungsrichtlinien²⁾ aufgrund einer fehlenden positiven Anordnung den Schluß zu, daß eine Angabe der Rechtsgrundlage nicht erforderlich ist.

Zum empirischen Befund hinsichtlich der Wertberichtigungen zeigt Tabelle 15, B, daß die passivische Vornahme von Einzelwertberichtigungen und damit der Bruttoausweis des Vermögens nur sehr selten vorkommen, obwohl § 152 Abs. 6 AktG und auch die anderen Bilanzierungsvorschriften den Unternehmen im Anlage- und teilweise auch im Umlaufvermögen weitestgehend freie Hand lassen.

Für jede Bilanzposition darf nur entweder der Brutto-

1) Vgl. Peupelmann: Sonderposten 1969, S. 2045 f.;
Münch: Sonderposten 1973, S. 838 f.
a.A. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968,
§ 152 Tz. 74

2) Abgedruckt in Hammer/Montag: Bilanzen 1968, S. 171;
WP-Handbuch 1973, S. 350, S. 396, S. 404 f.

oder der Nettoausweis gewählt werden ("Grundsatz der Einheitlichkeit"¹⁾); sofern jedoch der getrennte Ausweis dazu dienen soll, steuerliche Sonderabschreibungen sichtbar zu machen, wird eine Durchbrechung des Grundsatzes für zulässig gehalten²⁾. Diese Möglichkeit zusätzlicher Informationsversorgung nutzen nur drei Unternehmen, obwohl 38 Industrieunternehmen über die Vornahme steuerlicher Sonderabschreibungen berichten³⁾.

Bei Industrieunternehmen ist äußerst umstritten, ob sie eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen wegen des allgemeinen Kreditrisikos nur passivisch oder - wie Banken - auch aktivisch berücksichtigen dürfen^{4,5)}. Die Untersuchung zeigt, daß zwei Drittel der Industrieunternehmen die Pauschalwertberichtigung auf der Passivseite ausweisen (Tab. 15, B 2); das andere Drittel hat wohl nicht auf eine Pauschalwertberichtigung verzichtet⁶⁾, sondern sie aktivisch berücksichtigt, wie auch bei vier Unternehmen aus der Berichterstattung

-
- 1) Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 152 Tz. 78 f.
 - 2) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 152 Tz. 79; Kropff: AktG 1973, § 152 Anm. 40 m.w.N.
 - 3) Ein Unternehmen (204) weist nur 6 b-Abschreibungen passivisch aus. Ein Unternehmen (124) weist diese Sonderabschreibungen als Sonderposten mit Rücklageanteil aus; vgl. dazu Kropff: AktG 1973, § 152 Anm. 35 m.w.N.
 - 4) Vgl. statt vieler Storn: Pauschalwertberichtigung 1975, S. 137 - 139 m.w.N.
 - 5) Allerdings machen nur 20 Banken (14,7 %) von der Möglichkeit des Nettoausweises Gebrauch; so auch für Sparkassen die Erfahrungen von Stannigel (Sparkassen 1968, S. 122) und Schimann (Sammelwertberichtigungen 1974, S. 603).
 - 6) Man kann davon ausgehen, daß ein allgemeines Kreditrisiko bei allen Unternehmen vorhanden ist.

geschlossen werden kann.

Da die Abgrenzung zwischen den speziellen Kreditrisiken - sie müssen aktivisch berücksichtigt werden - und dem allgemeinen Kreditrisiko nur mit einem ziemlichen Spielraum möglich ist¹⁾, sollte man m.E. die Ausweisfrage nicht überbetonen, sondern vielmehr beide Formen zulassen.

Bezüglich der Rückstellungen für Instandhaltungsaufwand und für Kulanzleistungen - für beide Rückstellungsarten besteht keine Passivierungspflicht²⁾ - und der eigenen Anteile bei GmbHs ergibt sich aus dem empirischen Befund eine geringe praktische Relevanz (Tab. 15, C, D).

3. Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung

Anders als bei der Bilanz zeigt sich hinsichtlich der Gewinn- und Verlustrechnung, daß sich neben sämtlichen 147 Verwendern von Formblättern auch 53 von 59 Industrieunternehmen (89,8 %) an das vorgeschriebene Gliederungsschema halten; in den restlichen 6 Fällen werden in geringfügigem Ausmaß Erweiterungen vorgenommen³⁾.

Die Umsatzerlöse werden weitgehend (76,3 %) ohne Mehrwertsteuer ausgewiesen; ansonsten wird die Mehrwert-

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 152 Tz. 85

2) Vgl. statt vieler Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 152 Tz. 159 f.

3) Gesonderter Ausweis von: Erlösminderungen (094, 101), Erlösen aus Nebengeschäften (093, 094, 196), Sonderabschreibungen (088), Auslösungen (037)

steuer offen von den Umsatzerlösen abgesetzt (23,7 %). Die dritte zulässige Form, der echte Bruttoausweis sämtlicher Erträge, hat offensichtlich in der Praxis keinen Anklang gefunden¹⁾.

Kreditinstitute (außer Sparkassen) können ihre Gewinn- und Verlustrechnung nach der Staffel- oder Kontoform aufmachen. 5 von 27 (18,5 %) haben sich für die Staffelform entschieden, die überwiegende Mehrheit (81,5 %) hat die - den Sparkassen vorgeschriebene - Kontoform gewählt.

4. Ausweis von Vermerken zu Bilanzposten

Während es unbestritten ist, daß Unternehmen Positionen des Gliederungsschemas nicht übernehmen müssen, soweit die entsprechenden Tatbestände bei ihnen nicht vorhanden sind (sog. Leerposten)²⁾, wollen Adler/Düring/Schmaltz dieses Prinzip nicht auch auf diejenigen Vermerke angewandt wissen, die zu einzelnen Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zu machen sind ("davon"-Vermerk)³⁾. Sie halten vielmehr eine Fehlanzeige dann für erforderlich, wenn ein durchschnittlicher Bilanzleser, dem das Fehlen des Vermerks nicht auffallen würde, sonst möglicherweise falsche Schlußfolgerungen aus dem Bilanzausweis ziehen könnte; dies wäre bei den Positionen "Ausstehende Einlagen auf das Grundkapital" (davon eingefordert) und "Wech-

1) So auch Kropff: AktG 1973, § 157 Anm. 41; WP-Handbuch 1973, S. 665

2) § 151 Abs. 2 AktG und die entsprechenden Formblätter; vgl. statt vieler Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 151 Tz. 259

3) Vgl. hierzu und zum folgenden Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 151 Tz. 21a - f

sel" (davon bundesbankfähig) möglich¹⁾. Mellerowicz fordert sogar bei allen Vermerken entsprechende Fehlanzeigen²⁾.

Die Handhabung in der Praxis wird in Tabelle 16 gezeigt.

Tab. 16: Ausweis der vermerkpflchtigen Tatbestände

	Banken abs. rel.	Versicherungen abs. rel.	Industrie abs. rel.	Gesamt abs. rel.
1. Fehlanzeigen werden gemacht				
a) immer	46 78,0	5 100,0	10 18,9	61 52,1
b) nur teilweise	- -	- -	11 20,7	11 9,4
2. Fehlanzeigen werden nicht gemacht	13 22,0	- -	32 60,4	45 38,5
	59 100,0	5 100,0	53 100,0	117 100,0
3. Vermerkpflchtige Tatbestände sind immer gegeben	77	6	6	89
	136	11	59	206

Die Ergebnisse bei den Banken und Versicherungen rühren daher, daß sogar Leerposten weitestgehend ausgewiesen werden und darum konsequenterweise auch Fehlanzeigen bei den Vermerken gemacht werden.

Interessanter ist der empirische Befund bei der Industrie, daß nämlich in elf Fällen ein und dasselbe Unternehmen teilweise eine Fehlanzeige macht und teilweise eine solche unterläßt (Tab. 16, 1b). Beachtet man, daß eine Fehlanzeige teils auf einen für das Unternehmen positiven Umstand hinweisen kann (z.B. bei lang-

1) So auch Kropff: AktG 1973, Vorb § 151 Anm. 16

2) Vgl. Mellerowicz/Brönner: Rechnungslegung 1970, Anm. 133 zu § 151, anders aber Anm. 2 zu § 151

fristigen Verbindlichkeiten, die innerhalb von vier Jahren fällig sind), teils aber auf einen negativen (z.B. bei der Diskontfähigkeit von Wechseln), so könnte man versucht sein, hierin die Erklärung zu sehen. Eine entsprechende Untersuchung zeigt allerdings, daß diese Vermutung bei keinem der elf Unternehmen zutrifft; es ist darum kein System erkennbar, nach dem die Unternehmen vorgegangen sind.

Aus Tabelle 16 ist unmittelbar zu ersehen, daß die Argumentation von Mellerowicz keine große Bedeutung gefunden hat. Eine Analyse der einzelnen Fälle zeigt, daß auch Adler/Düring/Schmaltz mit ihrer Meinung nicht durchdringen konnten; zwar werden Fehlanzeigen bei der Position "Wechsel" - ausstehende Einlagen waren nicht zu verzeichnen - noch am ehesten ausgewiesen, aber auch da nur in 37,5 % der Fälle (durchschnittlich 27,7 %).

IV Einzelangaben im Geschäftsbericht

Im Erläuterungsbericht müssen die nach dem Publizitätsgesetz zur Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen nicht nur Angaben über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden machen, worauf unten näher eingegangen wird, sondern auch Angaben über aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse (§ 160 Abs. 3 Nr. 7 AktG) und über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (§ 160 Abs. 3 Nr. 10 AktG).

Über solche Haftungsverhältnisse berichten 138 Unternehmen (67,0 %), nicht zuletzt eine Folge der bei Kreditinstituten selbstverständlichen Verpfändung von Wertpapieren im Rahmen von Lombardkrediten (vgl. Tab. 17).

Tab. 17: Berichterstattung über aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse

	Banken		Versicherungen		Industrie		Gesamt	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
1. Es wird über aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse berichtet	107	78,7	10	90,9	21	35,6	138	67,0
2. Es wird berichtet, daß solche Haftungsverhältnisse nicht vorliegen	28	20,6	1	9,1	31	52,5	60	29,1
3. Keine Berichterstattung	1	0,7	-	-	7	11,9	8	3,9
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0

Beim empirischen Befund fällt auf, daß viele Unternehmen - bei der Industrie sogar die Mehrzahl - ausdrücklich darauf hinweisen, daß solche berichtspflichtige Haftungsverhältnisse nicht vorlagen. Ein derartiger Negativvermerk wird vom Gesetz nicht gefordert¹⁾; seine Häufigkeit überrascht dennoch insofern nicht, als auf einen für das Unternehmen günstigen Umstand hingewiesen wird.

Hinsichtlich der Beziehungen zu verbundenen Unternehmen verlangt das Gesetz eine Berichterstattung nur über Unternehmen mit Sitz im Inland, und zwar in jedem Fall über die Art (Grundlage) der Verbundenheit und über die geschäftlichen Beziehungen, außerdem gegebenenfalls über besondere Vorgänge bei diesen Unternehmen, die auf die Lage der berichtenden Gesellschaft von erheblichem Einfluß sein können (§ 160 Abs. 3 Nr. 10 AktG)²⁾.

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 160 Tz. 84

2) Außerdem sind hier die Angaben nach § 334 Abs. 1 Satz 4 AktG zu machen, falls auf die Erstellung eines (Teil-)Konzernabschlusses verzichtet wird (vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 160 Tz. 200); solche Angaben waren in zwölf Geschäftsberichten zu finden.

Bei der Auswertung der Geschäftsberichte konnte eine Trennung zwischen "Angaben über geschäftliche Beziehungen" und "Angaben über besondere Vorgänge bei den verbundenen Unternehmen" wegen der großen Überschneidungen nicht vorgenommen werden; die teilweise inhaltliche Übereinstimmung dieser Angaben zeigt sich etwa in der Regierungsbegründung zum Aktiengesetz, wo es bezüglich der geschäftlichen Beziehungen heißt, daß hier "die wirtschaftlichen Auswirkungen des Geschäftsverkehrs ... auf die berichtende Gesellschaft anzugeben sein" werden¹⁾.

Wie die empirische Untersuchung (Tab. 18) zeigt, sind verbundene Unternehmen bei Gesellschaften dieser Größenordnung recht häufig; eine Ausnahme bilden lediglich die Sparkassen²⁾, deren Gliederungsschema im übrigen im Gegensatz zu denen der anderen Kreditinstitute den getrennten Ausweis oder die gesonderte Angabe der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen nicht kennt.

Bei der Berichterstattung sind die Unternehmen insofern weit über das gesetzliche Mindestmaß hinausgegangen, als auch sehr häufig Angaben über Unternehmen mit Sitz im Ausland gemacht werden (Tab. 18, C), andererseits zeigt sich, daß Angaben über die Art der Verbundenheit häufiger sind als über die geschäftlichen Beziehungen (Tab. 18, B, 1,2), obwohl das Gesetz bei Unternehmen mit Sitz im Inland beide Angaben verlangt.

Bei der Auswertung der Geschäftsberichte drängt sich teilweise der Eindruck auf, als wären die Angaben oft

1) Begründung zum Regierungsentwurf, nach Kropff: AktG 1965, S. 261

2) Lediglich eine Sparkasse (063) berichtet über verbundene Unternehmen.

Tab. 18: Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

	Banken		Versicherungen		Industrie		Gesamt		Bemerkungen
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	
A Umfang der Berichterstattung									
1. Es wird über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen berichtet	19	14,0	4	36,4	52	88,1	75	36,4	
2. Keine Berichterstattung	117	86,0	7	63,6	7	11,9	131	63,6	1
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	
B Beziehungen zu verbundenen Unternehmen mit Sitz im Inland									
1. Es wird die Art der Verbundenheit angegeben	17	12,5	4	36,4	47	79,7	68	33,0	
2. Es werden geschäftliche Beziehungen und/oder die wirtschaftliche Lage (Bedeutung) angegeben	13	9,6	2	18,2	33	55,9	48	23,3	
./. Doppelzählungen	113	83,6	9	81,8	14	24,1	137	66,7	
3. Keine Angaben	119	87,5	7	63,6	11	18,6	137	66,5	
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	
C Beziehungen zu verbundenen Unternehmen mit Sitz im Ausland									
1. Es wird die Art der Verbundenheit angegeben	2	1,5	-	-	23	39,0	25	12,1	
2. Es werden geschäftliche Beziehungen und/oder die wirtschaftliche Lage (Bedeutung) angegeben	1	0,7	-	-	14	23,4	15	7,3	
./. Doppelzählungen	134	98,5	11	100,0	35	59,2	176	85,4	
3. Keine Angaben	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	
D Ort der Berichterstattung									
1. Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	7	36,9	2	50,0	11	21,2	20	26,7	
2. Konzerngeschäftsbericht	5	26,3	1	25,0	5	9,6	11	14,6	
3. Vorspann im Lagebericht	1	5,3	-	-	17	32,7	18	24,0	2
4. Bericht über Beteiligungen	2	10,5	-	-	18	34,6	20	26,7	
5. Erläuterungen zu Beteiligungen	5	26,3	1	25,0	12	23,1	18	24,0	
6. Erläuterungen zu Forderungen/Verbindlichkeiten	2	10,5	-	-	4	7,7	6	8,0	
7. Erläuterungen zum Eigenkapital	-	-	-	-	9	17,3	9	12,0	3
8. Erläuterungen zur GuV	-	-	-	-	1	1,9	1	1,3	
9. In Anschluß an Erläuterungen	2	10,5	-	-	-	-	2	2,7	
./. Doppelzählungen	19	140,3	4	100,0	25	48,1	30	40,0	
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	
keine Berichterstattung	117		7		7		131		
	136		11		59		206		

1 Von diesen 131 Unternehmen weisen 13 in der Bilanz Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus.

2 Mit zwei Ausnahmen werden an dieser Stelle übergeordnete (herrschende) Unternehmen angegeben.

3 Es handelt sich ausnahmslos um übergeordnete (herrschende) Unternehmen.

nicht zur Erfüllung der Berichterstattungspflicht über Beziehungen zu verbundene Unternehmen, sondern eher "beiläufig" zum Zwecke der Erläuterung gemacht worden (etwa bei den Erläuterungen zu den Positionen Beteiligungen, Forderungen/Verbindlichkeiten); aus diesen Angaben ging meistens eher die Art der Verbundenheit hervor als die geschäftlichen Beziehungen.

Auch die Auswertung des Ortes der Berichterstattung (Tab. 18, D), insbesondere die Häufigkeit der Doppelzählungen, deutet darauf hin, daß es hinsichtlich der Berichterstattung über verbundene Unternehmen doch manchmal an einem "geschlossenen Ganzen" mangelte.

V Berichterstattung über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden und Qualität der Rechnungslegung

1. Messung der Rechnungslegungsqualität

Die Güte der Rechnungslegung kann nicht unmittelbar in der Realität beobachtet werden; sie ist - in den Termini der empirischen Forschung ausgedrückt - keine "manifeste", sondern, wie etwa auch die "Intelligenz" u.ä., eine "latente" Variable¹⁾.

Die nicht direkt meßbare Rechnungslegungsqualität muß hier deshalb durch Umschreibung mit Hilfe eines oder mehrerer direkt meßbarer Merkmale (= Indikatoren) "operationalisiert", d.h. in empirischem Sinne präzisiert werden²⁾; werden mehrere Indikatoren zur Operationali-

1) Vgl. Kriz: Statistik 1973, S. 35

2) Vgl. Opp: Methodologie 1970, S. 130 - 133; Friedrichs: Methoden 1973, S. 78; Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 19 f.; Witte: Forschung 1974, Sp. 1271

sierung herangezogen, so entsteht durch Kombination der einzelnen Indikatoren ein sog. Index¹⁾.

Die Bedeutung dieses Schrittes kann nicht stark genug betont werden: denn mit der Operationalisierung stehen und fallen natürlich die mit ihrer Hilfe gemachten Aussagen; zugleich fließen aber bei jeder Operationalisierung zwangsläufig viele Unwägbarkeiten ein²⁾. Man muß darum bei empirischer Forschung eine Offenlegung der Operationalisierungen fordern.

Die Qualität der Rechnungslegung wird hier im wesentlichen an der Berichterstattung über die von den Unternehmen angewandten Bewertungs- und Abschreibungsmethoden gemessen³⁾. Die Bedeutung dieser Berichterstattung ist wohl unbestritten und wird zudem noch unterstrichen durch die Erweiterung und vor allem Konkretisierung, die der Erläuterungsbericht im Rahmen der Aktienrechtsreform aufgrund der vorher "sehr einschränkend gehandhabten" Praxis⁴⁾ erfahren hat.

Als Indikatoren bieten sich diejenigen Angaben zur Bewertungs- und Abschreibungsmethode an, die von den Unternehmen über entweder berichterstattungspflichtige oder berichterstattungswürdige Tatbestände gemacht werden; die Ausprägung dieser Angaben wird als Maßstab für die Rechnungslegungsgüte herangezogen.

Entsprechend dieser Unterscheidung zwischen berichtspflichtigen und berichtswürdigen Einzeltatbeständen wird auch bei der Beurteilung unterschieden zwischen

1) Vgl. Friedrichs: Methoden 1973, S. 79, S. 165; Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 45 f.

2) So zurecht Schanz: Empirismus 1975, S. 329

3) Vgl. zu den einzelnen Indikatoren S. 71, S. 76

4) Kropff: AktG 1973, § 160 Anm. 24

Tatbeständen, deren Berichterstattung vom Gesetz gefordert wird und dementsprechend eine "bloße" Gesetzes Einhaltung bedeutet, und solchen Tatbeständen, die über die gesetzlichen Mindestvorschriften hinausgehen und somit als Indiz für die Publizitätsfreude der Unternehmen gelten können.

Da sich nicht alle von den Unternehmen gegebenen Erläuterungen zur Feststellung der Berichterstattungs-güte eignen, werden im nächsten Abschnitt die an die Indikatoren zu stellenden Anforderungen dargestellt und die Indikatoren entsprechend ausgewählt.

Die Wiedergabe auch all derjenigen Tatbestände, die diesen Anforderungen nicht genügen, würde den Blick des Lesers vom Wesentlichen ablenken; um jedoch die auch zur Zielsetzung der Arbeit gehörende Deskriptionsfunktion zu erfüllen, werden diese Tatbestände in einem Anhang dargestellt.

2. Anforderungen an die Indikatoren

Jeder Indikator, wie generell jede Operationalisierung, muß den Kriterien der "Validität" und "Reliabilität" genügen; ein Indikator gilt dann als valide, wenn er tatsächlich das mißt, was - indirekt - gemessen werden soll¹⁾, und dann als reliabel, wenn "seine wiederholte Anwendung ... unter den gleichen Bedingungen die gleichen Ergebnisse bringt"²⁾.

1) Vgl. Opp: Methodologie 1970, S. 148; Hartmann: Sozialforschung 1972, S. 110; Friedrichs: Methoden 1970, S. 100; Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 22

2) Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 23; vgl. auch Friedrichs: Methoden 1973, S. 102

Neben diesen allgemeinen Anforderungen, die hier als erfüllt angesehen werden können, sind aber auch spezielle Anforderungen zu beachten, die im folgenden besprochen werden.

a) Indikatoren der Gesetzeseinhaltung

Als Indikatoren der Gesetzeseinhaltung kommen nur Tatbestände in Frage, die die Grundsätze der Materiality, der Nachprüfbarkeit und der Vergleichbarkeit erfüllen.

Diesen Grundsätzen genügen:

- (1) die Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen
- (2) die Berichterstattung über die bei der Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe angewandten Methoden
- (3) die Berichterstattung über die Zusammensetzung der Herstellungskosten der fertigen und unfertigen Erzeugnisse
- (4) die Berichterstattung über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen

a1) Grundsatz der Materiality

Der Grundsatz der Materiality - er wird von Leffson mit "Prinzip der Wesentlichkeit" übersetzt¹⁾ - bedeutet, daß als Indikator nur die Berichterstattung über solche Tatbestände gewählt werden darf, die als wesentlich bezeichnet werden können.

1) Leffson: GoB 1972, S. 58; vgl. auch Lück: Materiality 1975, S. 13

Die Beurteilung der Materiality sollte natürlich so wenig wie möglich dem "Gefühl" des einzelnen Forschers überlassen bleiben¹⁾; es ist darum begrüßenswert, daß zur Wesentlichkeit einzelner Angaben empirische Untersuchungen aus den USA vorliegen. Zu nennen sind:

(1) Singhvi/Desai²⁾

Sie gewichten anhand von Voruntersuchungen und durch Befragung von Finanzanalysten die Bedeutung von 34 bestimmten Einzelinformationen auf einer ordinalen Skala von 1 bis 4, mit 4 als größtem Gewicht.

Danach haben Informationen über die Abschreibungsmethode und Informationen über die Bewertung des Vorratsvermögens - es wird dort nicht genauer aufgeteilt - den Gewichtungsfaktor 3. Die Bedeutung anderer Bewertungsangaben wurde nicht untersucht.

(2) Buzby³⁾

Buzby hat Finanzanalysten hinsichtlich der Zuordnung von 39 Einzelinformationen für eine Anlageentscheidung auf einer Rangskala von 0 (= im Geschäftsbericht überflüssig) bis 4 (= absolut essentiell) befragt.

Hier erhalten Angaben über die Abschreibungsmethoden einen Wert von 3,71 und Angaben über die Bewertung im Vorratsvermögen einen solchen von 3,64.

(3) Chandra⁴⁾

Chandra klärt durch Befragung von 318 Wirtschaftsprüfern und 180 Finanzanalysten, welchen Skalenwert (1 = sehr unwichtig, 5=sehr wichtig) sie als Anleger 58 bestimmten Einzelinformationen zuordnen würden.

1) Vgl. Copeland/Fredericks: Disclosure 1968, S. 109

2) Singhvi/Desai: Disclosure 1971, S. 129 ff.

3) Buzby: Disclosure 1974, S. 423 ff.

4) Chandra: Disclosure 1974, S. 733 ff.

Für die hier interessierenden Informationen über die Abschreibungsmethoden und die Bewertungsmethoden im Vorratsvermögen ergibt sich ein durchschnittlicher Skalenwert von 4,393 bzw. 4,408.

Als weitere Informationen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden untersucht Angaben über die Bilanzierung bei Übernahmen und Fusionen (4,796), über die Bilanzierung von Forschungs- und Entwicklungskosten (4,372), über die Bilanzierung bei Leasing (3,955) und über die Bilanzierung von Werbekosten (3,300); diese Angaben erfüllen jedoch nicht die sonstigen an die Indikatoren zu stellenden Anforderungen.

Diese drei amerikanischen Untersuchungen - entsprechende Arbeiten liegen in Deutschland meines Wissens nicht vor - bestätigen übereinstimmend die Wesentlichkeit von drei der vier hier gewählten Indikatoren.

Die Tatsache, daß Angaben über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen noch nicht einmal in den Fragenkatalog aufgenommen worden sind, kann mit der geringen Bedeutung solcher Pensionsrückstellungen in den USA erklärt werden¹⁾. Demgegenüber kann es m.E. keine Zweifel darüber geben, daß Pensionsrückstellungen im deutschen Bilanzbild eine große Rolle spielen und daß aufgrund des großen Bewertungsspielraums²⁾ Angaben über den Deckungsgrad als wesentlich anzusehen sind.

Ebenso dürfte m.E. einleuchten, daß der Berichterstattung etwa über die Abschreibungen auf geringwertige Anlagegegenstände und auf Zugänge im Vergleich zur Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen

1) Vgl. Lück: Rechnungslegung 1970, S. 71

2) Vgl. dazu S. 89

keine große Bedeutung einzuräumen ist¹⁾.

a2) Grundsatz der Nachprüfbarkeit

Die Anforderung der Nachprüfbarkeit bezweckt die Auswahl nur solcher Indikatoren, die auch bei Fehlen einer Berichterstattung erkennen lassen, ob ein berichtspflichtiger Vorgang vorhanden ist. Eng damit verbunden ist auch die Anforderung, daß sich nur solche Tatbestände als Indikatoren eignen, die grundsätzlich alle Unternehmen vor die gleiche "Bewährungsprobe" stellen.

In diesem Zusammenhang ist auf einen Tatbestand hinzuweisen, der evtl. im Berichterstattungsindex vermißt werden könnte: die Berichterstattung über die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen. Dieser Tatbestand erfüllt jedoch das Kriterium der Nachprüfbarkeit nicht; werden nämlich bei Sachanlagen neben planmäßigen auch außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen, so ist das für den Außenstehenden nur erkennbar, wenn auch im Geschäftsbericht darüber berichtet wird.

Der mögliche Einwand, daß ja der Wirtschaftsprüfer eine Kontrollfunktion ausübt, so daß von einer fehlenden Berichterstattung auch auf die Nicht-Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen geschlossen werden könnte, erscheint aufgrund der bisherigen Untersuchungen über

1) Möglicherweise wird die Berichterstattung über andere Rückstellungen als Indikator der Rechnungslegungsqualität vermißt, zumal in der Literatur zu Recht auf den erheblichen Ermessensspielraum bei der Bildung von Rückstellungen im Rahmen "vernünftiger kaufmännischer Beurteilung" (§ 156 Abs. 4 AktG) hingewiesen wird (vgl. Leffson: Wesen 1966, 385 f.; Brede: Rückstellungen 1972, S. 985 ff. m.w.N.); im Regelfall erscheint jedoch eine hinreichend klare Erläuterung des Ansatzes bei der Vielzahl der einzelnen Rückstellungen nicht möglich.

die Qualität der Berichterstattung¹⁾ und damit auch über die Qualität der Kontrolle nicht beachtenswert; in dieser Untersuchung wird aus der Kontrolle durch Abschlußprüfer nur der Schluß gezogen, daß, soweit Angaben im Geschäftsbericht gemacht werden, diese auch mit der tatsächlichen Bilanzierung übereinstimmen²⁾.

a3) Grundsatz der Vergleichbarkeit

Bevor man eine Verallgemeinerung der in dieser Arbeit gewonnenen Ergebnisse auch über die untersuchte Gesamtheit hinaus vornimmt, muß der Geltungsbereich der Ergebnisse überprüft werden³⁾.

Diesem Anliegen dient der Grundsatz der Vergleichbarkeit: es sollen aus Vergleichsgründen als Indikatoren nur solche Tatbestände gewählt werden, für die bei gleich gelagerten Untersuchungen anderer Gesamtheiten schon Aussagen vorliegen; als solche Vergleichsuntersuchungen sind die Veröffentlichung von v. Wysocki et al. über Aktiengesellschaften⁴⁾ und die Paralleluntersuchung von Sprißler über Einzelkaufleute und Personengesellschaften⁵⁾ anzusehen.

1) Vgl. S. 103

2) Wie Seemann trotzdem die Befolgung des neuen Aktiengesetzes u.a. an der Berichterstattung über außerplanmäßige Abschreibungen untersuchen (Befolgung 1970, S. 104 - 118) und insbes. trotz vieler Fälle fehlender Berichterstattung den Unternehmen die Einhaltung des Gesetzes bescheinigen konnte (Befolgung 1970, S. 166), erscheint angesichts der obigen Einwände schwer erklärlich.

3) Vgl. zur Generalisierbarkeit Friedrichs: Methoden 1973, S. 393; Witte: Forschung 1974, Sp. 1275

4) v. Wysocki et al.: Berichterstattung 1971, S. 308 ff.

5) Sprißler: Rechnungslegung

Aufgrund fehlender Angaben bei v. Wysocki et al. ist es darum nicht zweckmäßig, etwa die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung in den Index der Gesetzeseinhaltung einzubeziehen.

b) Indikatoren der Publizitätsfreude

An die Indikatoren für die Güte der freiwilligen Rechnungslegung werden Anforderungen hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit und ihrer Nachprüfbarkeit gestellt. Der Grundsatz der Generalisierbarkeit dagegen konnte nicht beachtet werden, da entsprechende Voruntersuchungen fehlen und da in der Paralleluntersuchung von Sprißler aufgrund der grundlegend abweichenden gesetzlichen Konzeption andere Indikatoren als wesentlich anzusehen sind; aus diesem Grund dürfen Aussagen zur Verallgemeinerung der Ergebnisse über die Publizitätsfreude nur mit einer entsprechend größeren Vorsicht gemacht werden.

Als Indikatoren werden ausgewählt:

- (1) die Angabe von Vorjahreszahlen
- (2) die Berichterstattung über Änderungen in der Bewertungsmethode
- (3) die Globalangabe der Bewertungskonzeption

Quantitative Stellungnahmen zur Wesentlichkeit dieser Angaben sind nur teilweise zu finden; immerhin erreicht die Angabe von Vorjahreszahlen bei Singhvi/Desai und auch in einer Untersuchung von Choi den höchstmöglichen Gewichtungsfaktor (4)¹⁾, und Angaben über Methodenänderungen stehen bei Buzby mit 3,87 an der Spitze aller

1) Vgl. Singhvi/Desai: Disclosure 1971, S. 138; Choi: Disclosure 1973, S. 171

Einzelinformationen¹⁾.

Die Angabe von Vergleichszahlen ist bei den untersuchten Unternehmen umso höher einzuschätzen, als sie erstmalig über das Geschäftsjahr 1971 bzw. 1971/72 Rechnung legen müssen, die Angabe der Vorjahrszahlen für den Bilanzleser in vielen Fällen also nicht eine bloße Arbeitserleichterung darstellt.

Die Angabe von Methodenänderungen liegt auch dem Gesetzgeber am Herzen (vgl. § 160 Abs. 2 Satz 4 AktG); eine Berichtspflicht liegt jedoch, wie unten näher erläutert wird²⁾, im Jahre der erstmaligen Rechnungslegung nicht vor.

Der dritte Indikator der Publizitätsfreude ist eine Folge der publizitätsrechtlichen Bewertungsvorschrift, die aufgrund der doch recht unklaren Sachlage hinsichtlich der GoB beinahe als "publizitätsfeindlich" bezeichnet werden kann; es bleibt aber zugleich den Unternehmen unbenommen, eine andere, "publizitätsfreundlichere" Bewertungskonzeptionen (z.B. das Aktiengesetz) zu verfolgen, so daß in der angewandten Bewertungskonzeption auch die Einstellung zur Publizität erkennbar wird. Da die Bewertungskonzeption entscheidend den Wert des veröffentlichten Zahlenwerks beeinflußt, ist dieser Tatbestand auch als wesentlich anzusehen.

3. Darstellung der Indikatoren

a) Indikatoren der Gesetzeseinhaltung

Da man die Gesetzeseinhaltung nur überprüfen kann, so-

1) Vgl. Buzby: Discolure 1974, S. 431

2) Vgl. S. 93

weit überhaupt gesetzliche Anforderungen bestehen, muß an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen werden, daß Kreditinstitute von jeglicher Berichterstattung über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden freigestellt sind (§ 26 a Abs. 2 KWG i.V.m. § 5 Abs. 4)¹⁾; die Berichterstattung erfolgt bei ihnen auf freiwilliger Basis, so daß ein Urteil über ihre Gesetzeseinhaltung nicht möglich ist.

Aus Vergleichsgründen und zur Erfüllung der Deskriptionsfunktion werden dennoch die Angaben der Kreditinstitute zu den einzelnen Tatbeständen aufgeführt; die Einbeziehung der Banken in Aussagen über die Gesetzesbefolgung, insbesondere in den Index der Gesetzeseinhaltung, verbietet sich dagegen von selbst.

Da die vorgenommene empirische Untersuchung sich aus Gründen der Vergleichbarkeit soweit wie möglich an die Untersuchung von v. Wysocki et al. anschließt und darum auch deren Interpretation der gesetzlichen Vorschriften übernimmt, sollen im folgenden die gesetzlichen Berichtspflichten jeweils nur in Grundzügen dargestellt werden; hinsichtlich Einzelheiten sei hier pauschal auf v. Wysocki et al.²⁾ und die angegebene Literatur verwiesen. Ein Vergleich des empirischen Befunds mit den Ergebnissen von v. Wysocki et al. wird im nächsten Kapitel vorgenommen³⁾.

1) Dies wird teilweise als Versehen des Gesetzgebers angesehen, vgl. Krag: Grundsätze 1971, S. 69; Basedow: Bilanzierung 1972, S. 45

2) Vgl. v. Wysocki et al.: Berichterstattung 1971, S. 311 ff.

3) Vgl. S. 116

a1) Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen

Im Geschäftsbericht "sind die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden so vollständig anzugeben, wie es zur Vermittlung eines möglichst sicheren Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft erforderlich ist" (§ 160 Abs. 2 AktG): "Dabei muß für den bilanzkundigen Leser die Gesamttendenz der bilanzpolitischen Maßnahmen erkennbar werden. Für ihn muß also deutlich werden, ob die Gesellschaft bei den Wertansätzen ... zur oberen oder zur unteren Grenze tendiert"¹⁾.

Die Berichtspflicht über die planmäßigen Abschreibungen ist dann als erfüllt anzusehen, wenn bei allen planmäßig abschreibbaren Anlagegegenständen sowohl über die Abschreibungsmethode (linear, degressiv usw.) als auch über die Abschreibungshöhe (-sätze) berichtet wird²⁾.

Zwar muß grundsätzlich nur alle vier Jahre über die Bewertungs- und Abschreibungsmethode berichtet werden (§ 160 Abs. 2 AktG), bei den untersuchten Unternehmen ist aber eine Berichterstattung insofern unerlässlich, als es sich hier um die erstmalige Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz handelt; tatsächlich waren auch Verweise auf irgendwelche freiwillig erstellten Geschäftsberichte weder hier noch bei den übrigen Tatbeständen zu verzeichnen.

Wie aus Tabelle 19, A 1 hervorgeht, wird bei den dazu

1) Kropff: AktG 1973, § 160 Anm. 29; im Original teilweise kursiv

2) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 160 Tz. 33; Ertner: Geschäftsbericht 1968, S. 57; Kropff: AktG 1973, § 160 Anm. 36

Tab. 19: Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen

		Banken		Versicherungen		Industrie		Gesamt		Bemerkungen
		abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	
A Gegenstand und Umfang der Berichterstattung										
1. Es wird über alle Vermögensgegenstände berichtet, deren Nutzungsdauer zeitlich begrenzt ist		23	16,9	6	54,5	58	98,3	87	42,2	
2. Es wird ohne Angabe von Gründen nur teilweise über solche Vermögensgegenstände berichtet		13	9,6	3	27,3	1	1,7	17	8,3	
3. Planmäßige Abschreibungen werden erwähnt, aber keine Angaben über Höhe und Methode		5	3,7	-	-	-	-	5	2,4	
4. Keine Berichterstattung über planmäßige Abschreibungen ohne Angabe von Gründen		95	69,8	2	18,2	-	-	97	47,1	
		136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	
B Berichterstattung über Abschreibungsmethoden										
1. Hinweise auf lineare und/oder degressive Abschreibung (auch teilweise)		3	2,2	1	9,1	53	89,8	57	27,7	1
2. Hinweis auf sonstige Abschreibungsmethoden		4	2,9	1	9,1	-	-	5	2,4	1, 3
3. Kein Hinweis auf Abschreibungsmethoden ohne Angabe von Gründen		129	94,9	9	81,8	6	10,2	144	69,9	
		136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	
C Berichterstattung über Abschreibungshöhe (Abschreibungssätze)										
1. Bezugnahme auf steuerliche Regelungen										
a) Abschreibung entspricht steuerlich zulässigen Höchstssätzen		2	1,5	-	-	13	22,0	15	7,3	1
b) Abschreibung entspricht grundsätzlich steuerlich zulässigen Höchstssätzen		-	-	-	-	1	1,7	1	0,5	1
c) Abschreibung entspricht steuerlichen Grundsätzen, jedoch keine Bezugnahme auf Höchstssätze		26	19,1	7	63,6	26	42,4	58	28,1	
d) sonstige Bezugnahme auf steuerliche Bestimmungen		-	-	-	-	6	10,2	6	2,9	4
2. Angabe der Nutzungsdauern oder der Abschreibungssätze		5	3,7	1	9,1	8	13,6	14	6,8	1
3. Hinweis auf branchenübliche Sätze oder Nutzungsdauern		-	-	-	-	2	3,4	2	1,0	1
4. Lediglich Hinweis auf AktG		1	0,7	-	-	1	1,7	2	1,0	
/./ Doppelzählungen		-	-	-	-	11	18,6	11	5,3	
5. Keine Angaben über Abschreibungshöhe o. Abschreibungssätze		102	75,0	3	27,3	11	18,6	116	56,3	
		136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung Tab. 19)

	Banken		Versiche- rungen		Industrie		Gesamt		Bemer- kungen
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	
D Berichterstattung über Abschreibungs- methoden und Abschreibungshöhe (Abschreibungssätze)									
1. Wegen des Fehlens von abschreibbaren Vermögensgegenständen braucht nicht berichtet zu werden	-	-	-	-	-	-	-	-	2
2. Es wird ausreichend über Abschreibungsmethoden und über Abschreibungshöhe (Abschreibungssätze) berichtet	4	2,9	1	9,1	18	30,5	73	11,2	2
3. Es wird ausreichend nur über die Abschreibungshöhe (-sätze) berichtet	3	2,2	-	-	3	5,1	6	2,9	
4. Es wird ausreichend nur über die Abschreibungsmethode berichtet	3	2,2	1	9,1	35	59,1	39	18,9	
5. Es wird ohne ersichtlichen bzw. ohne ausreichenden Grund weder über die Methode noch über die Höhe (Abschreibungssätze) hinreichend berichtet	126	92,7	9	81,8	3	5,1	138	67,0	
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	

- 1 Hinreichende Teilberichterstattung: diese Klassifizierung wird hier und im folgenden, soweit möglich, von v. Myssocki et al. (Berichterstattung 1971, S. 303 ff.) übernommen bzw. analog dazu entwickelt.
- 2 Hinreichende Gesamtberichterstattung
- 3 Es wird in vier Fällen berichtet, daß der Zugang bei Betriebs- und Geschäftsausstattung und/oder bei Grundstücken und Gebäuden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben wird. Bei einem weiteren solchen Fall (005) wird jedoch in der Bilanz nicht nur ein Merkposten ausgewiesen, so daß es sich bei den Zugängen möglicherweise nur um geringwertige Gegenstände handelt.
- 4 Bei vier Unternehmen deutet die Berichterstattung (Mehrschichtzuschläge, Abschreibung bei Zugängen im ersten bzw. zweiten Halbjahr) eine Beachtung der steuerlichen Vorschriften an. Zwei Unternehmen (082, 190) geben an, daß die Abschreibungen größer (082) bzw. kleiner (190) sind als in der Steuerbilanz.

verpflichteten Unternehmen (Versicherungen und Industrie) weitestgehend (91,4 %) über alle Vermögensgegenstände berichtet; zugleich zeigt sich, daß Banken bis auf eine kleine Minderheit (16,9 %) von ihrer Berichterstattungsfreiheit Gebrauch machen.

Nur bei der Industrie zeigen sich auch hinsichtlich der Angabe der Abschreibungsmethoden ähnlich gute Ergebnisse (Tab. 19, B 1, 2). Neben der im Industriebereich dominierenden linearen und/oder degressiven Abschreibung werden bei drei Banken (O11, O16, O21) und einer Bausparkasse (O91) die Betriebs- und Geschäftsausstattung und bei einer Bank (O11) auch Grundstücke und Gebäude im Jahre der Anschaffung voll abgeschrieben¹⁾. Auf diese Bilanzierungsmethode ist schon im Rahmen der Bewertungsuntergrenze hingewiesen worden; sie galt bis zur Aktienrechtsreform auch bei Aktienbanken als besonderes Gütesiegel²⁾. Zwei Sparkassen (183, 198) und eine Versicherung (181) geben dagegen an, daß auch sie mit der Aktienrechtsreform ihre Bilanzierungsmethode geändert haben.

Über die Abschreibungshöhe berichten 80 % der Versicherungen und Industrieunternehmen und immerhin 25 % der Banken. Damit zeigt sich, daß die von Mellerowicz gestellten, geringeren Anforderungen (nur Angabe der Abschreibungsmethode, nicht aber der Abschreibungssätze oder Nutzungsdauer)³⁾ sich selbst in der Praxis nicht durchgesetzt haben.

1) Aufgrund der (früheren) Gepflogenheiten im Bankensektor werden diese Abschreibungen als planmäßig angesehen, obwohl die Anschaffungskosten nicht über die Jahre der Nutzung verteilt werden.

2) Vgl. S. 44

3) Vgl. Mellerowicz/Brönner: Rechnungslegung 1970, § 160 Anm. 16

In qualitativer Hinsicht wird dieses Ergebnis jedoch dadurch getrübt, daß in einer großen Zahl von Fällen keine exakten Angaben gemacht werden. Die häufigste Berichterstattung ist nämlich der bloße Hinweis auf die Beachtung steuerlicher Vorschriften (Tab. 19, C 1 c), was jedoch die Ausübung des Bewertungsspielraums nicht soweit erkennen läßt, daß diese Angabe als hinreichende Berichterstattung angesehen werden kann. Hier wird zugleich zum ersten Mal die sich generell abzeichnende Tendenz sichtbar, die Bewertungsmethode durch Vergleich mit den steuerlichen Vorschriften zu beschreiben.

Ein Unternehmen (082) berichtet, daß die planmäßigen Abschreibungen über den in der Steuerbilanz geltend gemachten Beträgen liegen, ein weiteres Unternehmen (190) gibt an, um welchen Betrag die steuerlichen Abschreibungen - "bedingt durch die Vorwegnahme von Handelsbilanz-Abschreibungen in vergangenen Jahren" - über den handelsrechtlichen liegen. Diese Angaben sind nicht ausreichend; sie sind in dieser Kürze möglicherweise sogar irreführend, da aus ihnen i.d.R. auf die Legung stiller Reserven (in der Handelsbilanz) geschlossen wird, was jedoch im Einzelfall nicht zutreffen muß¹⁾.

Die Qualität der Gesamtberichterstattung jedes Unternehmens über die planmäßigen Abschreibungen kann durch Zusammenfassung der Angaben über die Methode und die Höhe ermittelt werden. Danach berichten nur 27,1 % der Versicherungen und Industrieunternehmen und nur 2,9 % der Banken ausreichend über beide Aspekte (Tab. 19, D 1, 2). Sofern zumindest teilweise ausreichend

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 154 Tz. 28; Kropff: AktG 1973, § 154 Anm. 19

berichtet wird, sind es in den überwiegenden Fällen Angaben über die Abschreibungsmethoden (Tab. 19, D 3, 4). Aus der Gegenüberstellung der Zahlen in Tabelle 19, D 5 und A 3, 4 läßt sich ersehen, wie viele Berichte zwar Ausführungen enthalten, die aber in keiner Hinsicht zufrieden stellen.

a2) Berichterstattung über die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Hinsichtlich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist zu berichten, nach welcher der verschiedenen zulässigen Methoden die Bewertung erfolgt, d.h. ob Einstandspreise, Durchschnittspreise, Lifo-, Fifo-Werte u.ä. Anwendung finden¹⁾. Sofern die Bewertung nach mehreren Methoden erfolgt, werden teilweise "Angaben über den relativen Anteil der unterschiedlich bewerteten Vermögensgegenstände" verlangt²⁾; da diese Forderung jedoch keine allgemeine Anerkennung hat³⁾, werden auch hier keine so strengen Anforderungen an die Berichterstattung gestellt.

Tabelle 20 gibt einen Überblick über die Berichterstattung der Industrieunternehmen. Banken und Versicherungen weisen naturgemäß keine Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe aus, so daß sie von vornherein ausgegliedert worden sind, wohingegen bei fünf der sechs Handelsunternehmen solche Gegenstände vorhanden sind.

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 160 Tz. 37; Kropff: AktG 1973, § 160 Anm. 37

2) IdW: NA 1/67, S. 129

abschwächend dagegen: Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 160 Tz. 37

3) Vgl. Forster: Pflichten 1965, S. 596; wohl auch Kropff: AktG 1973, § 160 Anm. 37

Tab. 20: Berichterstattung über die bei der Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe angewandten Methoden

	abs.	rel.	Bemerkungen
A Umfang der Berichterstattung			
1. Über die Bewertung der RHB wird berichtet	56	94,9	
2. Keine Angaben zur Bewertung, und zwar			
a) weil in der Bilanz keine RHB ausgewiesen sind	1	1,7	1
b) ohne Begründung	2	3,4	
	59	100,0	
Banken und Versicherungen	147		
	206		
B Angaben zur Bewertung			
1. Bewertung zu Anschaffungs- oder Einstandspreisen	27	48,2	1
2. Durchschnittsbewertung	24	42,8	1
3. Nur Hinweise auf Lifo oder Fifo	-	-	1
4. Nur Bewertung zu den letzten Einstands- oder Einkaufspreisen	2	3,6	1
5. Nur Hinweis auf steuerlich zulässige Wertansätze	1	1,8	1
6. Sonstige Berichterstattung	2	3,6	1, 2
	56	100,0	
A 2 a und b	3		
	59		
C Zusätzliche Angaben (zusätzlich zu B1 und B2 wird hingewiesen auf:)			
1. Den Wertansatz gem. § 155 Abs. 3 Nr. 2 AktG	14	27,4	
2. Die Fifo-Bewertung	1	2,0	
3. Die Lifo-Bewertung	1	2,0	
4. Festwerte	2	3,9	
5. Gruppenwerte	-	-	
6. Sonstige Berichterstattung	1	2,0	3
./. Doppelzählungen	./. 2	./. 3,9	
7. Keine zusätzlichen Angaben	34	66,6	
	51	100,0	
B 3 - 6	5		
A 2 a und b	3		
	59		

1 Hinreichende Berichterstattung

2 "Der Wertansatz ... erfolgte zu Standardwerten, die zum 31. Dezember 1971 den Werten der letzten Zugänge entsprachen" (038);
 "... Einstandspreise der letzten Zugänge, bei Rohstoffe«zugänglich eines Aufschlages für Materialgemeinkosten" (139)

3 "Zwischengewinne aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen sind im Konzernabschluss wegen der vorsichtigen Bewertung der Vorräte in den einzelnen Abschlüssen nicht enthalten" (124)

Fast sämtliche Unternehmen (94,9 %) machen ausreichende Angaben über die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe; ein Handelsunternehmen (1,7 %) braucht wegen Fehlens der Bilanzposition nicht zu berichten.

Als weitaus häufigste Methoden kommen die Bewertung zu Anschaffungs- oder Einstandspreisen (48,2 % der berichtenden Unternehmen; Tab. 20, B 1) und die Durchschnittsbewertung (42,8 %; Tab. 20, B 2) zur Anwendung. Die Lifo- und Fifo-Bewertung spielt in der Praxis überhaupt keine Rolle (Tab. 20, B 3, C 2,3), nicht zuletzt wohl wegen der fehlenden steuerlichen Anerkennung. Über die Bewertung zum niedrigeren Zukunftswert (§ 155 Abs. 3 Nr. 1 AktG) wird nicht berichtet, wohingegen recht häufig (27,4 %) der niedrigere steuerliche Wertansatz (§ 155 Abs. 3 Nr. 2 AktG) Anwendung findet (Tab. 20, C 1).

a3) Berichterstattung über die fertigen und unfertigen Erzeugnisse

Das Aktiengesetz - erst recht natürlich die GoB - gewährt den Unternehmen einen beachtlichen Spielraum bei der Ermittlung von Herstellungskosten, so daß der Wertansatz der fertigen und unfertigen Erzeugnisse schon bei Aktiengesellschaften nach der herrschenden Meinung zwischen den Vollkosten unter Einbeziehung von fixen Kostenbestandteilen als Obergrenze und den variablen ("leistungsabhängigen") Kosten als Untergrenze liegen kann¹⁾.

Gemäß der gesetzlichen Konzeption, bei Bewertungsspiel-

1) Vgl. statt vieler die Übersicht bei Kropff: AktG 1973, § 155 Anm. 12 - 23

Tab. 21: Berichterstattung über die Zusammensetzung der Herstellungskosten der fertigen und unfertigen Erzeugnisse

	abs.	rel.	Bemerkungen
A Umfang der Berichterstattung			
1. Es wird über die Zusammensetzung der HK berichtet	40	67,8	
2. Es wird über die Zusammensetzung der HK nicht berichtet, und zwar			
a) weil wegen des Wirtschaftszweiges fertige und unfertige Erzeugnisse nicht ausgewiesen werden	5	8,5	1, 2
b) ohne nähere Begründung	14	23,7	3
	59	100,0	
Banken und Versicherungen	147		
	206		
B Soweit über die HK berichtet wird, werden die folgenden Angaben gemacht:			
1. HK entsprechen den nach Abschn. 33 EStR mindestens anzusetzenden Kosten	8	20,0	1
2. HK werden unter Beachtung des Abschn. 33 EStR ermittelt	11	27,5	
3. HK entsprechen den Einzelkosten (Fertigungsmaterial + Fertigungslöhne)	-	-	1
4. HK entsprechen den Einzelkosten + Material- und Fertigungsgemeinkosten	4	10,0	1
5. HK entsprechen den Einzelkosten + Material- und Fertigungsgemeinkosten + Abschreibungen	5	12,5	1
6. HK entsprechen den Einzelkosten + aktivierungsfähigen Gemeinkosten	1	2,5	1
7. Sonstige spezifische Angaben	13	32,5	4
./. Doppelzählungen	./, 2	./, 5,0	
	40	100,0	
A 2 a und b	19		
	59		

1 Hinreichende Berichterstattung

2 Ein als Handelsunternehmen einzustufendes Unternehmen (104) berichtet über die Herstellungskosten seiner fertigen und unfertigen Erzeugnisse

3 Ein Unternehmen (178) mußte "auf Grund der ungünstigen Preissituation auf dem Absatzmarkt" die Bewertung retrograd von den erzielbaren Verkaufserlösen vornehmen; dies entbindet jedoch nicht von der Berichterstattung über den Herstellungskostenbegriff, da - je nach Ansatz der Herstellungskosten - möglicherweise die Herstellungskosten niedriger als der Vergleichswert sind.

4 Hier wurden sonstige, nur in Nuancen von den Positionen B 1 - 6 abweichende Formulierungen eingeordnet. In zwei Fällen sind die Angaben nicht umfassend und darum nicht hinreichend (03): "Bei den Herstellungskosten werden auch anteilige Fremdzinsen und Verwaltungskosten berücksichtigt"; 124: "Die Herstellungskosten ... enthalten keine Verwaltungs- und Vertriebskosten".

räumen Erläuterungspflichten vorzusehen, ist über den Herstellungskostenbegriff zu berichten¹⁾. Banken und Versicherungen sind wiederum ausgegliedert worden, und diesmal entfällt auch bei fünf der sechs Handelsunternehmen eine Berichtspflicht (Tab. 21, A 2a).

Für den Auswerter bestehen beim Herstellungskostenbegriff mehr als sonst Schwierigkeiten, die oft nur in Nuancen voneinander abweichenden Erläuterungen einzelnen Kategorien zuzuordnen; diese Schwierigkeiten spiegeln sich in der großen Zahl "sonstiger Angaben" wider (Tab. 21, B 7).

Zwei Drittel der Industrieunternehmen erläutern die Herstellungskosten der fertigen und unfertigen Erzeugnisse. Die Angabe "Beachtung der steuerlichen Vorschriften", die wegen der steuerlichen Bewertungswahlrechte nicht als ausreichend angesehen werden kann, ist wiederum am häufigsten in den Geschäftsberichten zu finden (Tab. 21, B 2).

In keinem Fall wird berichtet, daß die Herstellungskosten lediglich den Einzelkosten entsprechen (Tab. 21, B 3); eine solche Bilanzierung würde der herrschenden Meinung zur aktienrechtlichen Untergrenze widersprechen²⁾. Der empirische Befund wirft also auch hier die Frage auf, ob nicht alle Unternehmen sich trotz der Freiheiten, die die GoB gewähren, an die aktienrechtliche Untergrenze angepaßt haben; dies kann jedoch nicht aufgrund einer einmaligen Untersuchung, vor allem auch angesichts der Dunkelziffer von 23,7 % nicht

1) Vgl. IdW: NA 1/67, S. 129; Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 160 Tz. 38; Kropff: AktG 1973, § 160 Anm. 37

2) Vgl. statt vieler Kropff: AktG 1973, § 155 Anm. 14 - 17

berichtenden Gesellschaften, beantwortet werden.

Die Angaben zum Herstellungskostenbegriff geben in 72,5 % der Fälle ausreichend Auskunft über den Wertansatz. Von allen Industrieunternehmen, also einschließlich der nicht berichtenden Firmen und unter Einrechnung der nicht zur Berichterstattung verpflichteten Handelsunternehmen, wird der Tatbestand allerdings nur von 57,6 % ausreichend erfüllt.

a4) Berichterstattung über die Pensionsrückstellungen

Haben Unternehmen Pensionszusagen erteilt, so besteht nach herrschender Meinung - und diese ist durch das BGH-Urteil vom 14.2.1974 nochmals bestätigt worden¹⁾ - für die Unternehmen lediglich ein Passivierungswahlrecht für diese Verpflichtungen und damit ein erheblicher Bilanzierungs- und Bewertungsspielraum²⁾.

Werden für diese Verpflichtungen Rückstellungen gebildet, so sind wegen des Bewertungsspielraums Angaben über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen erforderlich, gegebenenfalls also über einen Deckungsfehlbetrag³⁾.

Werden trotz erteilter Pensionszusagen keine Rückstellungen gebildet, so sind nach Ansicht der Wirtschaftsprüfer Angaben über den Umfang der Verpflichtungen i.d.R. erforderlich⁴⁾; diese Forderung wird jedoch in

1) Abgedruckt in: DB 1974, S. 716 f.

2) Vgl. statt vieler Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 152 Tz. 161; Kropff: AktG 1973, § 152 Anm. 65 f.

3) Vgl. IdW: NA 1/67, S. 129; Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 160 Tz. 41; Kropff: AktG 1973, § 160 Anm. 38

4) Vgl. IdW: NA 2/68, S. 133; WP-Handbuch 1973, S. 511

Teb. 22: Berichterstattung über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen

	Banken abs. rel.		Versicherungen abs. rel.		Industrie abs. rel.		Gesamt abs. rel.		Bemer- kungen
A Umfang der Berichterstattung									
1. Über den Deckungsgrad wird berichtet	56	41,2	2	18,2	50	84,7	108	52,4	
2. Über den Deckungsgrad wird nicht berichtet, und zwar									
a) weil Pensionsrückstellungen nicht vorhanden sind	2	1,5	-	-	1	1,7	3	1,5	1,2
b) ohne Begründung	78	57,3	9	81,8	8	13,6	95	46,1	
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	
B Soweit über den Deckungsgrad berichtet wird, werden die folgenden Angaben gemacht:									
1. Die Rückstellung oder die Zuführung entspricht versicherungsmathematischen Grundsätzen	52	92,9	2	100,0	42	84,0	96	88,9	1
2. Es besteht ein Fehlbetrag	-	-	-	-	4	8,0	4	3,7	1
3. Die Rückstellung oder die Zuführung entspricht dem steuerlich Zulässigen	-	-	1	50,0	19	38,0	20	18,5	
4. Es wurde ein Diskontierungszinssatz in bestimmter Höhe der Rückstellungsberechnung zugrunde gelegt	2	3,6	-	-	8	16,0	10	9,3	
5. Sonstige Angaben zum Deckungsgrad	18	32,1	1	50,0	19	38,0	36	35,2	3
./. Doppelzählungen	./16	./28,6	./2	./100,0	./42	./84,0	./60	./55,6	
	56	100,0	2	100,0	50	100,0	108	100,0	
A 2a und b	80		9		9		98		
	136		11		59		206		

1 Hinreichende Berichterstattung

2 Das Industrieunternehmen (099) weist auf das Bestehen einer Ruhegehaltskasse hin.

3 In 32 Fällen wird auf einen Deckungsgrad von 100 % hingewiesen, in den restlichen Fällen ist die Berichterstattung nicht hinreichend, weil auf das Bestehen eines Fehlbetrages nur hingewiesen wird (ohne Betragsangabe).

der übrigen Literatur nicht erhoben und von Kropff unter Hinweis auf die Beratungen zum Aktiengesetz sogar abgelehnt¹⁾. Im Anschluß an v. Wysocki et al. wird hier darum bei Fehlen von Pensionsrückstellungen keine Berichterstattung verlangt. Das betrifft allerdings nur ein Industrieunternehmen und zwei Kreditinstitute, also 1,5 % aller 206 Unternehmen (Tab. 22, A 2 a); dabei weist das Industrieunternehmen (099) im Geschäftsbericht auf das Bestehen einer selbständigen Ruhegehalts- und Unterstützungskasse hin, so daß möglicherweise eine Passivierung von Pensionsrückstellungen ohnehin nicht in Betracht käme.

Über den Deckungsgrad ihrer Pensionsrückstellungen berichten 84,7 % aller Industrieunternehmen, 18,2 % der Versicherungen und 41,2 % der Banken (Tab. 22, A 1). Fast alle berichtenden Unternehmen geben an, daß die Rückstellung oder die Zuführung versicherungsmathematischen Grundsätzen entspricht (Tab. 22, B 1), was eine hinreichende Berichterstattung darstellt. Als ausreichend ist auch anzusehen, wenn auf einen Deckungsgrad von 100 % hingewiesen (Tab. 22, B 5) oder eine bestehende Unterdeckung betragsmäßig konkretisiert wird (Tab. 22, B 2). Dagegen kann aus der Bezugnahme auf steuerliche Vorschriften, der dritthäufigsten Angabe (Tab. 22, B 3), wegen des steuerlichen Nachholungsverbots nicht hinreichend genau auf den Deckungsgrad geschlossen werden.

Wie aus den Doppelzählungen ersichtlich, werden i.d.R. mehrere Angaben gemacht, so daß oft eine ungenügende Angabe durch eine andere hinreichende ausgeglichen wird. Darum sind die Erläuterungen bei den 108 berichtenden Gesellschaften in 102 Fällen insgesamt gesehen

1) Vgl. Kropff: AktG 1973, § 160 Anm. 38

ausreichend. Von den Industrieunternehmen und Versicherungen erfüllen, unter Einschluß der nicht berichtenden Firmen und des einen Unternehmens ohne Pensionsrückstellungen, 68,6 % die Berichtspflicht über den Deckungsgrad.

b) Indikatoren der Publizitätsfreude

Anders als bei den vorangegangenen Tatbeständen zur Gesetzeseinhaltung erübrigt sich bei den Indikatoren der Publizitätsfreude eine Unterteilung nach Industrie, Versicherungen und Banken, weil die Indikatoren für alle Unternehmen über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen und somit alle Unternehmen vor die gleiche "Bewährungsprobe" gestellt werden.

b1) Angabe von Vorjahreszahlen

In der betriebswirtschaftlichen Literatur herrscht Einigkeit darüber, daß eine einzelne Bilanz noch nicht allzuviel aussagt, sondern vor allem im Mehrjahresvergleich zu betrachten ist¹⁾.

Während normalerweise dafür frühere Geschäftsberichte herangezogen werden können, wird hier die erstmalige öffentliche Rechnungslegung von Unternehmen untersucht; die Angabe von Vorjahreszahlen bedeutet in diesem Fall nicht eine bloße Arbeitserleichterung für den Bilanzleser, sondern ist Ausdruck einer gesteigerten Publizitätsbereitschaft.

1) Vgl. Coenenberg: Jahresabschluß 1974, S. 314 f.; Leffson: GoB 1972, S. 296 und vor allem Schmalenbach (Bilanz 1962, S. 53 f.), dessen Bilanztheorie die Vergleichbarkeit besonders betont.

Von einer solchen Publizitätsfreude kann allerdings nur bei 13,1 % der Unternehmen gesprochen werden (Tab. 23).

Tab. 23: Angabe von Vorjahreszahlen

	abs.	rel.	Bemerkungen
1. Es werden Vergleichszahlen angegeben	27	13,1	1
2. Es werden keine Vergleichszahlen angegeben	179	86,9	2
	206	100,0	

1 publizitätsfreudig

2 Neun Unternehmen geben entweder in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Vergleichszahlen an.

b2) Berichterstattung über Änderungen in der Bewertungsmethode

Das Gesetz fordert, daß in jedem Geschäftsbericht wesentliche Änderungen der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden erörtert werden (§ 160 Abs. 2 Satz 4 AktG i.V. m. § 5 Abs.4).

Diese Anforderung kann jedoch nicht an die Geschäftsberichte aus dem Jahre 1971 (bzw. 1971/72) gestellt werden; denn dadurch würde die Rechnungslegungspflicht - entgegen § 23 Abs. 1 - letztlich auch auf das Jahr 1970 ausgedehnt werden.

Die Sachlage ist m.E. anders zu beurteilen als bei der erstmaligen Anwendung dieser Vorschrift auf Aktiengesellschaften. Aktiengesellschaften mußten nämlich schon vor der Reform von 1965 ihren Jahresabschluß erläutern und nach ziemlich einhelliger Meinung (nicht allerdings in der tatsächlichen Handhabung) wesentli-

che Bewertungsänderungen angeben¹⁾; es wurde darum zu Recht eine Berichterstattung nach der nunmehr konkretisierten und teilweise erweiterten Vorschrift schon bei erstmaliger Anwendung des neuen Aktiengesetzes gefordert²⁾.

Angaben über Bewertungsänderungen stellen hier dagegen eine freiwillige Berichterstattung dar. Die besondere Bedeutung dieser Angaben ergibt sich daraus, daß man aus den Änderungen, die oft mit Änderungen in der Gesamttendenz der bilanzpolitischen Maßnahmen (also mehr zur oberen oder zur unteren Wertgrenze) verbunden sein werden, evtl. Rückschlüsse auf die Lage der Gesellschaft ziehen kann.

Tsb. 24: Berichterstattung über Änderungen in der Bewertungsmethode

	abs.	rel.	Bemerkungen
1. Es wird über die Vornahme von Bewertungsänderungen berichtet	3	1,5	1
2. Es wird berichtet, daß keine Bewertungsänderungen vorgenommen wurden	5	2,4	1
3. Keine Berichterstattung über Bewertungsänderungen	198	96,1	
	206	100,0	

1 publizitätsfreudig

Zu einer solchen erweiterten Berichterstattung konnten sich nur acht Unternehmen (3,9 %) entschließen, wobei

- 1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1957, § 128 Tz. 29 f.; Knoche: Bewertungsänderungen 1967, S. 3 f.
- 2) Vgl. Goerdeler: Geschäftsbericht 1966, S. 119; Knoche: Bewertungsänderungen 1967, S. 55; Adler/Düring/Schmaltz: Rechnungslegung 1968, § 160 Tz. 82, § 14 EG Tz. 41

in fünf Fällen auf die Beibehaltung der Bewertungsmethoden hingewiesen wird (Tab. 24). Bei den acht Firmen handelt es sich ausnahmslos um Industrieunternehmen.

b3) Bewertungskonzeption

Das Publizitätsgesetz überläßt die Regelung der Bewertung den GoB, was sehr große Spielräume für die Unternehmen zur Folge hat; diese Spielräume beruhen zum einen auf Wahlrechten, die von den GoB zugelassen werden, und zum anderen auf dem doch recht unklaren Begriff "GoB", was den Unternehmen die Gelegenheit bietet, vieles ohne Möglichkeit des Gegenbeweises unter die GoB zu subsumieren¹⁾.

Obwohl die Bewertungsmethoden offengelegt werden müssen, können diese zusätzlichen Spielräume angesichts der doch teilweise unbefriedigenden Berichterstattung vom Bilanzleser nicht begrüßt werden. Hinzu kommt, daß die - nicht zuletzt aufgrund der unklaren Sachlage²⁾ - mögliche, unbegrenzte Legung stiller Reserven zwar bei hinreichender Berichterstattung sichtbar wird, daß aber die Auflösung solcher Rücklagen "still" erfolgen kann.

Diese Situation ist für den Bilanzleser unbefriedigend; da den Unternehmen das Recht freisteht, die Bewertung nicht nach den GoB, sondern nach einer anderen, strengeren Bewertungskonzeption vorzunehmen, ist darum unter dem Gesichtspunkt der Publizitätsbereitschaft die Anwendung (und Angabe) einer solchen Konzeption geboten.

1) Vgl. Federmann: Bilanzierung 1971, S. 72

2) So auch Saage: Reservepolitik 1966, S. 73

Die aktienrechtlichen und die steuerrechtlichen Grundsätze stellen solche strengeren Bewertungssysteme dar, wie man beispielsweise bei Betrachtung der Bewertungsuntergrenze sieht. Bei Anwendung der aktien- oder steuerrechtlichen Vorschriften hat der Jahresabschluß einen höheren Informationsgehalt, weil dann von vornherein feststeht, daß weniger Spielräume und damit weniger Manipulationsmöglichkeiten gegeben sind.

Tabelle 25 - sie wurde schon im Zusammenhang mit der Bewertungsuntergrenze herangezogen¹⁾ - gibt einen Überblick über die Aussagen in den Geschäftsberichten zur Bewertungskonzeption.

Tab. 25: Globalangabe der angewandten Bewertungskonzeption

	abs.	rel.	Bemerkungen
1. Die Bewertung erfolgt nach aktienrechtlichen Grundsätzen	19	9,2	1,2
2. Die Bewertung erfolgt nach steuerrechtlichen Grundsätzen	6	2,9	1
3. Die Bewertung erfolgt nach aktienrechtlichen und steuerrechtlichen Grundsätzen	2	1,0	1,3
4. Kein Hinweis auf die angewandte Bewertungskonzeption	179	86,9	
	206	100,0	

1) publizitätsfreudig

2) Davon gehören zwei Unternehmen (093, 094) einem Konzern mit einer Aktiengesellschaft als Obergesellschaft an.

3) Ein Unternehmen (196) gehört zu 50 % einer Aktiengesellschaft.

Danach wenden 13,1 % der Unternehmen aktien- oder steuerrechtliche Bewertungsgrundsätze an; diese Unternehmen können als publizitätsfreudig bezeichnet werden.

Darüber hinaus weisen 13 Unternehmen (6,3 %) lediglich auf eine vorsichtige Bilanzierung hin, sieben (3,4 %) gar auf eine Beachtung der gesetzlichen Vorschriften.

1) Vgl. S. 44

Diese Angaben sind als etwaige Erläuterung der Bewertungskonzeption ungeeignet, da sie nur Selbstverständlichkeiten beinhalten.

4. Verschmelzung der Indikatoren zum Gesamturteil

a) Probleme der Indexbildung

Im vorangegangenen Abschnitt ist untersucht worden, was über die Tatbestände, die als Indikatoren der Gesetzeinhaltung und der Publizitätsfreude ausgewählt worden sind, berichtet wird und ob die Angaben als ausreichend angesehen werden können; dabei standen die Einzeltatbestände im Vordergrund. Will man dagegen ein Gesamturteil über die Berichterstattung der Unternehmen abgeben, so muß man die einzelnen Indikatoren für jedes Unternehmen zusammenfassen; dadurch entsteht ein sog. Index¹⁾.

Jeder Index bedeutet "eine Reduktion des Merkmalsraumes"²⁾, weil der durch die verschiedenen Indikatoren charakterisierte mehrdimensionale Eigenschaftsraum zu einer eindimensionalen Skala verdichtet wird³⁾; diese Reduktion des Merkmalsraumes muß nicht von Nachteil sein, soweit, wie hier, die Indikatoren jeweils nur einzelne Aspekte einer latenten Variable messen, eine Zusammenfassung daher zwangsläufig ist.

Die Problematik der Indexbildung ist in der Art und Weise begründet, wie die Einzeltatbestände miteinander verknüpft werden, d.h. wie unterschiedliche Konstellationen

1) Vgl. Friedrichs: Methoden 1973, S. 79, S. 165; Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 45 f.

2) Friedrichs: Methoden 1973, S. 167

3) Vgl. Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973; S. 45

tionen der Indikatoren auf der neuen Skala abgebildet werden¹⁾.

Bei den hier gebildeten Indizes der Gesetzeseinhaltung und der Publizitätsfreude erfolgt die Verknüpfung additiv, ohne Gewichtung der unterschiedlichen Tatbestände. Es wird also davon ausgegangen, daß beispielsweise eine ausreichende Berichterstattung nur über die planmäßigen Abschreibungen in bezug auf die Gesetzeseinhaltung identisch ist mit einer ausreichenden Berichterstattung nur über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen, daß eine ausreichende Berichterstattung bei irgendwelchen zwei der vier Tatbestände identisch ist mit einer ausreichenden Berichterstattung bei irgendwelchen anderen zwei der vier Tatbestände usw.

Für eine solche Gleichgewichtung der Indikatoren der Gesetzeseinhaltung spricht zum einen, daß auch das Gesetz keine Rangfolge dieser Angaben kennt; zum anderen ergibt sich aus den empirischen Untersuchungen über den Informationswert dieser Angaben, wie oben schon dargestellt²⁾, in etwa eine Gleichgewichtigkeit.

Über die Bedeutung der Indikatoren der Publizitätsfreude konnten nur teilweise empirische Aussagen gefunden werden. Diese deuten eine Gleichgewichtigkeit an³⁾; mangels anderer Anhaltspunkte wird darum auch bei der Publizitätsfreude auf eine Gewichtung verzichtet.

Die Gesetzeseinhaltung bzw. Publizitätsfreude wird durch die Anzahl der ausreichend erfüllten Tatbestände gemessen. Da vier (bzw. drei) Indikatoren verwendet werden, ergeben sich fünf (bzw. vier) Abstufungen

1) Vgl. ebenda, S. 46

2) Vgl. S. 72 f.

3) Vgl. S. 76 f.

der Gesetzeseinhaltung (bzw. Publizitätsfreude),
nämlich

4:0 (d.h. alle vier Tatbestände werden erfüllt)

3:1 (d.h. drei Tatbestände werden erfüllt, ein
Tatbestand wird nicht erfüllt)

2:2 (d.h. zwei Tatbestände werden erfüllt)

1:3 (d.h. ein Tatbestand wird erfüllt)

0:4 (d.h. kein Tatbestand wird erfüllt)

und entsprechend für die Publizitätsfreude Abstufungen von 3:0 bis 0:3.

Auf der Skala, auf der die Gesetzeseinhaltung gemessen wird, bedeutet dabei beispielsweise die Kategorie 2:2, daß das Gesetz besser befolgt wird als in der Kategorie 1:3 und schlechter als in der Kategorie 3:1. Solche ordinalen Aussagen sind in diesem Zusammenhang ausreichend; die Frage, ob nicht auch quantitative Aussagen über die Unterschiede möglich sind, d.h. die Frage des Meßniveaus der Indizes, wird im Verlauf der Arbeit jedoch noch untersucht werden müssen¹⁾.

b) Index der Gesetzeseinhaltung

Bei der Prüfung der Gesetzeseinhaltung müssen Kreditinstitute außer Betracht bleiben; aber auch eine Einbeziehung der Versicherungen in den Index muß unterbleiben, da nur zwei der vier Indikatoren bei ihnen überprüft werden können²⁾.

Der Index der Gesetzeseinhaltung muß darum auf die 59 Industrie- und Handelsunternehmen beschränkt werden.

1) Vgl. S. 109

2) Eine Gegenüberstellung der Industrieunternehmen und Versicherungen wird (S. 139) anhand eines eingeschränkten Indizes vorgenommen.

Die Zusammenfassung der vier Indikatoren bei diesen Unternehmen ergibt sich aus Tabelle 26.

Tab. 26: Index der Gesetzeseinhaltung

Verhältnis zwischen der ausreichenden und der nicht ausreichenden Berichterstattung	abs.	rel.
4 : 0	10	16,9
3 : 0	27	45,8
2 : 2	13	22,0
1 : 3	8	13,6
0 : 4	1	1,7
	59	100,0

Es zeigt sich, daß bei der Mehrzahl der Unternehmen die Berichterstattung hinsichtlich mindestens drei Tatbeständen ausreichend ist (62,7 %) und daß nur wenige Unternehmen nicht mindestens zweimal ausreichend berichtet haben (15,3 %).

Wenn auch der Tendenz nach die ausreichende Berichterstattung überwiegt, so stellt sich doch die Frage, ob man insgesamt von einer Gesetzeseinhaltung durch die Unternehmen sprechen kann; dabei würde man m.E. allzu strenge Maßstäbe anlegen, wollte man dafür die Erfüllung aller vier berichtspflichtigen Tatbestände bei allen Unternehmen verlangen.

Die Frage der Gesetzeseinhaltung könnte man von der Anzahl der durch die Abschlußprüfer erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerke abhängig machen; denn mit dem uneingeschränkten Testat wird auch die Übereinstimmung des Geschäftsberichts mit den gesetzlichen Anforderungen bestätigt, wohingegen bei Verstößen ge-

gen die Erläuterungspflichten gemäß § 160 Abs. 2 AktG der Bestätigungsvermerk mindestens eingeschränkt werden müßte¹⁾.

Trotz der differenzierten Berichterstattung weisen jedoch alle Unternehmen, also auch Unternehmen, die keinen oder nur einen Tatbestand erfüllt haben, einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk auf²⁾. Die Bestätigungsvermerke können deshalb nicht als Maßstab für die Gesetzeseinhaltung herangezogen werden.

Seemann will im Anschluß an Radbruch bei einzelnen Tatbeständen dann von einer Gesetzeseinhaltung sprechen, wenn sie in wenigstens 50 % aller Fälle erfolgt³⁾; dabei hält er selbst diesen Wert für sehr großzügig⁴⁾.

Ein Schwellenwert von 50 % erscheint m.E. zu niedrig. Von einer Gesetzesbefolgung kann nur gesprochen werden, wenn deutlich mehr als nur die Hälfte das Gesetz einhalten; das muß umso mehr gelten, als die anzuwendenden Gesetzesbestimmungen keine gravierenden Unklarheiten enthalten und die Unternehmer (und Abschlußprüfer) auf weitestgehend übereinstimmende Kommentierungen zurückgreifen konnten. Die Grenze wird darum hier bei 75 % gesetzt.

Es wäre allerdings unrealistisch zu erwarten, daß drei Viertel der Unternehmen alle Tatbestände erfüllen wür-

1) Vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Prüfung 1971, § 167, Tz. 60

2) Bei einem Unternehmen (O55) ist die Veröffentlichung des Bestätigungsvermerks unterblieben; daraus kann aber nicht auf die Verweigerung des Vermerks geschlossen werden (vgl. § 10 Abs. 4 i.V.m. § 178 Abs. 1 Nr. 1 AktG)

3) Vgl. Seemann: Befolgung 1970, S. 6 f.

4) Vgl. ebenda, S. 166

den. Es soll darum schon dann eine Gesetzeseinhaltung festgestellt werden, wenn 75 % der Unternehmen hinsichtlich 75 % der Tatbestände (also drei) ausreichende Angaben machen.

Da die Kategorien 4:0 und 3:1 nur 62,7 % der Unternehmen umfassen, ist anhand dieser, m.E. nicht zu strengen Zurückweisungsregel festzustellen, daß die Industrieunternehmen das Gesetz nicht einhalten.

c) Index der Publizitätsfreude

Da hinsichtlich der Indikatoren der Publizitätsfreude in den einzelnen Wirtschaftszweigen keine Besonderheiten vorliegen, können alle Unternehmen - also nicht nur Industrieunternehmen - in den Index einbezogen werden.

Die Verteilung der 206 Unternehmen auf die vier Stufen der Publizitätsfreude wird in Tabelle 27 wiedergegeben.

Tab. 27: Index der Publizitätsfreude

Verhältnis zwischen der publizitätsfreudigen und der nicht publizitätsfreudigen Berichterstattung	abs.	rel.
3 : 0	1	0,5
2 : 1	10	4,9
1 : 2	39	18,9
0 : 3	156	75,7
	206	100,0

Es zeigt sich, daß lediglich 24,3 % bereit sind, überhaupt auch nur eine derjenigen Angaben zu machen, die als Indiz für eine über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehende Publizitätsbereitschaft gelten können. Selbst ein oberflächlicher Vergleich beider Indizes verdeutlicht, daß das Niveau der Publizitätsfreude wesentlich niedriger ist als das Niveau der Gesetzeseinhaltung.

Die Anwendung einer Zurückweisungsregel zur Entscheidung, ob man den Unternehmen insgesamt eine Publizitätsbereitschaft bescheinigen kann, ist eigentlich nur noch Formsache: auch wenn man geringere Maßstäbe als bei der Gesetzeseinhaltung anlegt und die Unternehmen als publizitätsfreudig bezeichnet, wenn nur 50 % auch nur einen Tatbestand erfüllen, kann von Publizitätsfreude bei diesen Unternehmen keine Rede sein. Selbst wenn man die erforderliche Quote auf 25 % vermindert, kann keine Publizitätsfreude festgestellt werden; eine solche Forderung erschiene mir dessenungeachtet zu niedrig.

5. Ergebnis

Es bleibt als Ergebnis dieses Untersuchungsabschnitts festzuhalten, daß die Unternehmen weder publizitätsfreudig sind noch - bezogen auf den Industriebereich - das Gesetz einhalten.

Ausgehend von den Ergebnissen früherer Untersuchungen über die Berichterstattungspraxis mag es zwar nicht mehr überraschend sein, daß Vorschriften über die Rechnungslegung nicht strikt befolgt werden¹⁾, es ist

1) Vgl. Castan: Börsengesellschaften 1969, S. 318; v. Wysocki: Konzernrechnungslegung 1969, S. 93 - 95;

dennoch unbefriedigend.

Als Erklärung für diese Art der Gesetzesbefolgung läßt sich vermuten, daß die Unternehmen einerseits zu einer restriktiven Informationsversorgung neigen¹⁾ und daß sie andererseits erfahrungsgemäß wissen, daß die Mißachtung des Gesetzes keine negativen Folgen nach sich zieht²⁾. Die Grundeinstellung der Unternehmen zur öffentlichen Rechnungslegung kann - wenn überhaupt - nur langfristig beeinflußt werden³⁾; eine Verbesserung der Gesetzeseinhaltung läßt sich also zunächst nur durch Verschärfung der Sanktionen erreichen.

Zur Zeit bestehen vor allem indirekte Sanktionsmöglichkeiten aufgrund der wirtschaftlichen Nachteile, die an eine Einschränkung oder Versagung des Bestätigungsvermerks anknüpfen⁴⁾. Wie jedoch der Vergleich zwischen dem Bestätigungsvermerk und der Gesetzeseinhaltung gezeigt hat, wird diese Sanktionsmöglichkeit von den

ders.: Konzernrechnungslegung 1970, S. 130 f.; Seemann: Befolgung 1970, S. 166 f.; v. Wysocki et al.: Berichterstattung 1971, S. 334; Haas/Osthoff: Versicherungswirtschaft 1973, S. 604; Jäger/Vogelgesang: Aktienbanken 1973, S. 428

- 1) Vgl. Kappler: Informationsverhalten 1972, S. 158
- 2) Vgl. in diesem Zusammenhang zu den negativen Auswirkungen empirischer Untersuchungen v. Wysocki: Konzernrechnungslegung 1970, S. 133
- 3) Das wird auch als "Generationsproblem" bezeichnet; vgl. van Delden: PublG 1968, S. 32; Ennest: PublG 1973, S. 9
- 4) Das Registergericht braucht dagegen nicht zu prüfen, ob der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht dem Gesetz entsprechen (§ 9 Abs. 3 Satz 2); dazu wäre es auch kaum in der Lage, vgl. Adler/Düring/Schmaltz: Prüfung 1971, § 177 Tz. 16

Wirtschaftsprüfern nicht konsequent eingesetzt. Inwieweit sie allerdings nicht noch Schlimmeres durch Androhung einer Einschränkung oder Verweigerung des Testats verhindert haben, kann nicht beurteilt werden. Die dennoch sehr großzügige Auslegung ihres Ermessensspielraums bei der Erteilung eines uneingeschränkten Bestätigungsvermerks ist als Nebenprodukt der Untersuchung festzuhalten.

Die fehlende Bereitschaft, über das gesetzliche Mindestmaß hinaus freiwillig Informationen anzubieten, ist nicht überraschend: dieses Ergebnis ist angesichts des heftigen Widerstandes, den die Wirtschaft dem Entwurf eines Publizitätsgesetzes entgegengebracht hat¹⁾, nur konsequent, zumal ja selbst vom Gesetz geforderte Informationen nur unvollständig abgegeben werden. Weiterhin darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die gewählten Indikatoren ohne Zweifel den Unternehmen ein hohes Maß an Publizitätsbereitschaft abverlangen, weil sie teils Informationen über nicht-publizitätspflichtige Jahre betreffen und teils den freiwilligen Verzicht auf ein vom Gesetz zugestandenes Verschleiernspotential bedeuten.

1) Vgl. insbesondere o.V.: Hearing 1969

D Analyse von Einflußfaktoren der Rechnungslegung

Nachdem im vorigen Kapitel die Rechnungslegung zunächst in lediglich deskriptiver Form dargestellt, sodann ein Gesamturteil über die Gesetzeseinhaltung und die freiwillige Publizitätsbereitschaft gebildet und ein globaler Erklärungsversuch für dieses Niveau der Rechnungslegung unternommen worden ist, soll nunmehr das Zustandekommen dieses Ergebnisses analysiert werden; dazu soll untersucht werden, ob sich Einflußfaktoren finden lassen, die in signifikanter Weise auf die Rechnungslegungsqualität eingewirkt haben.

I Theoretische Grundlagen

1. Grundlagen der Hypothesenprüfung

In Anlehnung an die heute allgemein anerkannte Popper-Albert-Schule des kritischen Rationalismus¹⁾ wird die Suche nach Einflußfaktoren auf die Rechnungslegung in der Form von Hypothesenprüfungen vorgenommen²⁾; es wird also zunächst jeweils eine Hypothese, d.h. eine "Behauptung eines Zusammenhangs zwischen mehreren Phänomenen"³⁾, aufgestellt und im Anschluß daran empirisch überprüft.

Unter idealen Bedingungen könnten solche Hypothesen

1) Vgl. Popper: Logik 1966, S. 13 - 21; Albert: Probleme 1964, S. 47 - 60

2) Vgl. zur Vorgehensweise insbesondere Hauschildt: Organisation 1970, S. 8 f.; Witte: Theorie 1974, S. 186 - 189

3) Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 30; vgl. auch Hartmann: Sozialforschung 1972, S. 88; Friedrichs: Methoden 1973, S. 103, S. 105

aus einer "Theorie der Rechnungslegung" abgeleitet werden; die Hypothesenprüfung wäre also eine empirische Prüfung der Theorie. Hier fehlt es jedoch an einer solchen Theorie; zwar liegen Hypothesen zur Rechnungslegung - teils unterschwellig, teils explizit formuliert - in der Literatur vor, und andere Hypothesen lassen sich mit einer gewissen Plausibilität aufstellen, jedoch kann von einer Theorie als einem System von Aussagen¹⁾ nicht gesprochen werden²⁾.

Dieser Theoriemangel ist bei der Interpretation der Hypothesen zu berücksichtigen; denn Hypothesen behaupten zunächst nur eine "Merkmalskoinzidenz"³⁾, und nur diese Koexistenz wird überprüft⁴⁾. Die Interpretation einer solchen Merkmalskoinzidenz als Kausalzusammenhang, d.h. als Ursache-Wirkungs-Verhältnis⁵⁾ - das ist ja beabsichtigt, da Einflußfaktoren der Rechnungslegung gesucht werden -, beruht dagegen allein auf der hinter der Hypothese steckenden Theorie⁶⁾; beim Fehlen einer geschlossenen Theorie müssen darum an die Plausibilität der Hypothesen, die nun allein Grundlage für die Kausalinterpretation ist, erhöhte Anforderungen gestellt

1) Vgl. zum Theoriebegriff Opp: Methodologie 1970, S. 50; Heinen: Einführung 1974, S. 14; Witte: Forschung 1974, Sp. 1266 f.

2) Vgl. Coenenberg: Jahresabschluß 1974, S. 452 f.; Heinen: Handelsbilanzen 1974, S. 36 - 38
Als ersten Ansatz kann man die Arbeit von Kappler (Informationsverhalten 1972) ansehen.

3) Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 31

4) Vgl. ebenda, S. 192; Kappler: Informationsverhalten 1972, S. 271

5) Hier werden an die Kausalität nicht die strengen Anforderungen gestellt wie bei Stegmüller (Kausalität 1970, S. 157 ff.; insbesondere S. 163 - 167); vgl. auch Scheuch/Rüschmeyer: Soziologie 1965, S. 350

6) Vgl. Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 192

werden.

Dieser Theoriemangel macht sich auch bei der Art der Hypothesen bemerkbar: es werden`im folgenden nämlich, obwohl der Einfluß verschiedener unabhängiger Variablen auf die gleiche abhängige Variable untersucht wird, trotzdem immer monokausale Beziehungen unterstellt, d.h. jeder Einflußfaktor wird jeweils als einzige Erklärung für die abhängige Variable angesehen, obwohl eine multikausale Erklärung, die durch Verknüpfung der unabhängigen Variablen entsteht, vom Gedanklichen her vielleicht eher überzeugen könnte. Solange eine Theorie der Berichterstattung und somit die Grundlage einer solchen multikausalen Hypothese fehlt, können aber nur monokausale Erklärungen angestrebt werden; erst nach dieser (Vor-)Stufe ist die Suche nach einer multikausalen Erklärung sinnvoll¹⁾.

2. Statistische Grundlagen

Die Hypothesenprüfung erfolgt mithilfe statistischer Tests, die Aufschluß geben sollen zum einen über die Signifikanz der untersuchten Einflußgröße, d.h. über "die Frage, ob zwei Variablen überhaupt zusammenhängen"²⁾, und zum anderen über die Korrelation zwischen abhängiger und unabhängiger Variable, d.h. über die "Stärke des Zusammenhangs"³⁾.

1) Vgl. Hauschildt: Bilanzanalyse 1971, S. 348

2) Kriz: Statistik 1973, S. 211; vgl. auch Hartmann: Sozialforschung 1972, S. 158; Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 196

3) Kriz: Statistik 1973, S. 211; vgl. auch Hartmann:

Die Statistik stellt eine Vielzahl von Signifikanz- und Korrelationstests zur Verfügung, die sich allerdings voneinander durch jeweils andere Voraussetzungen in bezug auf das Datenmaterial unterscheiden. Bei der Auswahl unter diesen Tests ist darauf zu achten, die Hypothesen einem strengen Test zu unterziehen¹⁾, d.h. es ist - natürlich unter Beachtung der Fragestellung - der Test anzuwenden, der durch seine Voraussetzungen die weitestgehende Ausnutzung der Informationen des Datenmaterials verspricht²⁾.

Eines der grundlegenden Kriterien des Untersuchungsmaterials, das bei der Testwahl beachtet werden muß, dessen Ausprägung hier aber umstritten sein könnte, ist das Meßniveau der abhängigen Variable, d.h. ob eine Nominal-, Ordinal- oder Kardinalskala (= Intervall- oder Ratioskala) vorliegt³⁾. Als abhängige Variable werden hier unterschiedliche Formen der Berichtserstattungsqualität untersucht, im wesentlichen am Index der Gesetzes Einhaltung und am Index der Publizitätsfreude gemessen; dabei stellt sich nun die Frage, auf die schon bei der Indexbildung hingewiesen wurde, ob nämlich diese Indizes eine kardinale oder lediglich eine ordinale Skalierung aufweisen.

Bei Annahme eines nur ordinalen Meßniveaus bedeutet beispielsweise die Kategorie 2:2 beim Index der Gesetzes Einhaltung, daß das Gesetz besser eingehalten wird als in der Kategorie 1:3 und schlechter als in der Kategorie 3:1; bei kardinaler Interpretation der Ska-

Sozialforschung 1972, S. 155; Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 196

1) Vgl. Opp: Methodologie 1970, S. 269

2) Vgl. Mittenecker: Methoden 1968, S. 109

3) Vgl. zum Meßniveau statt vieler Lienert: Methoden 1973, S. 79 f.

lierung könnte man darüber hinaus angeben, daß das Gesetz in der Kategorie 2:2 im Verhältnis zur Kategorie 1:3 um genau das gleiche Maß besser eingehalten wird, um das es gegenüber der Kategorie 3:1 schlechter eingehalten wird, d.h. daß die Unterschiede in der Gesetzeseinhaltung von Stufe zu Stufe gleich groß sind. Eine solche kardinale Interpretation setzt voraus, daß man zwischen der Anzahl der erfüllten Tatbestände und dem Ausmaß der Gesetzeseinhaltung eine lineare Beziehung annimmt, d.h. jeder zusätzlich erfüllte Tatbestand bedeutet die gleiche Steigerung in bezug auf die Gesetzeseinhaltung.

Diese Linearität darf nicht verwechselt werden mit der Gleichgewichtigkeit der einzelnen Tatbestände: die Gleichgewichtigkeit bedeutet nur, daß es nicht darauf ankommt, welche Tatbestände erfüllt werden, sondern nur, wieviele; sie besagt aber nicht, daß der Umfang der Gesetzeseinhaltung mit jedem weiteren erfüllten Tatbestand um den gleichen Wert steigt.

Für die Annahme einer solchen Linearität zwischen der Anzahl der Tatbestandserfüllungen und der Gesetzeseinhaltung bestehen hier keine Anhaltspunkte. Dabei darf man sich nicht durch die Indexskala verleiten lassen, denn "nicht alles, ... was vom Numerischen her als Meßwert (d.h. als Kardinalskala, d.V.) imponiert, besitzt die Dignität eines Meßwertes"¹⁾. Diese Bedenken müssen auch hier angemeldet werden: die Annahme eines gleichen Abstandes zwischen den Kategorien der Gesetzeseinhaltung kann nicht behauptet werden, da die Gesetzeseinhaltung, als latente Variable, ja nicht direkt, sondern nur über Indikatoren gemessen werden kann; es liegt also, wie typischerweise bei latenten

1) Lienert: Methoden 1973, S. 92

Variablen¹⁾ und bei informellen (also nicht standardisierten) Testskalen²⁾, eine Ordinalskala vor.

Diese Beurteilung der Skalenniveaus hat im wesentlichen zur Folge, daß die statistischen Methoden der Varianzanalyse nicht angewandt werden können, da sie eine kardinalskalierte abhängige Variable voraussetzen³⁾; in Frage kommen eben nur solche Tests, die auf Ranginformationen beruhen.

Entscheidend bei der Testwahl ist neben dem Meßniveau die Frage, ob es sich um sog. abhängige oder unabhängige Messungen handelt; eine abhängige (oder verbundene) Messung ist dadurch gekennzeichnet, daß jedes Untersuchungselement zwei (oder mehr) Beobachtungswerte liefert, die miteinander verglichen werden sollen⁴⁾. So liegt beispielsweise eine abhängige Fragestellung vor, wenn für jedes Unternehmen die Gesetzeinhaltung verglichen wird mit seiner Publizitätsfreude, denn hier werden von jedem Unternehmen zwei Beobachtungswerte gewonnen. Anders ist es dagegen bei unabhängigen Messungen, wenn also beispielsweise die Gesetzeinhaltung in den einzelnen Branchen untersucht wird; hier wird jedes Unternehmen einer bestimmten Branche nur auf ein Merkmal (die Gesetzeinhaltung) überprüft.

Weiterhin ist bei der Testwahl zu berücksichtigen, ob die Variablen dichotomisiert sind, also nur zwei Ausprägungen aufweisen oder ob sie in mehr als zwei Kategorien aufgespalten werden.

1) So Kriz: Statistik 1973, S. 36; vgl. auch Clauß/Ebner: Statistik 1972, S. 25

2) So Lienert: Methoden 1973, S. 92

3) Vgl. Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 178

4) Vgl. Kriz: Statistik 1973, S. 137; Lienert: Methoden 1973, S. 191

Mithilfe dieser drei Kriterien (Meßniveau, Beobachtungsart, Ausprägungsform) läßt sich die Bestimmung des Signifikanz- und Korrelationstests vornehmen.

Als Signifikanztest, d.h. zur Überprüfung, ob zwischen den Variablen ein überzufälliger Zusammenhang besteht, werden folgende vier Tests für die hier vorkommenden Hypothesenprüfungen verwandt:

- (1) bei unabhängiger Messung und Dichotomisierung der unabhängigen Variable: Raatz' Rangsummentest für gruppierte Meßreihen¹⁾
Dieser Test liefert einen sog. u-Wert, der mit dem entsprechenden Tafelwert verglichen werden muß.
- (2) bei unabhängiger Messung und Nicht-Dichotomisierung der unabhängigen Variable:
H-Test von Kruskal und Wallis für gruppierte Meßwerte²⁾
Der sich bei diesem Test ergebende Wert (H/C) ist mit dem der Anzahl der Freiheitsgrade³⁾ entsprechenden χ^2 -Tafelwert zu vergleichen.
- (3) bei abhängiger Messung und Dichotomisierung der Variablen:
 χ^2 -Test von McNemar⁴⁾
- (4) bei abhängiger Messung und Nicht-Dichotomisierung der Variablen:
Symmetrie-Test von Bowker⁵⁾
Bei beiden Tests ergeben sich χ^2 -Werte.

1) Vgl. Lienert: Methoden 1973, S. 233 - 235

2) Vgl. ebenda, S. 265, S. 269 f.

3) Die Anzahl der Freiheitsgrade ist um 1 geringer als die Spaltenanzahl; vgl. ebenda, S. 270

4) Vgl. Clauß/Ebner: Statistik 1972, S. 242 - 244;
Kriz: Statistik 1973, S. 189 - 191; Lienert: Methoden 1973, S. 191 - 195

5) Vgl. Lienert: Methoden 1973, S. 200 - 202

Als Signifikanzniveau (p) - das ist das Risiko, "die Nullhypothese (kein Zusammenhang der Variablen) zu verwerfen und die formulierte Alternativhypothese zu akzeptieren, obgleich in Wirklichkeit die Nullhypothese zutrifft (Fehler der 1. Art)"¹⁾ - wird ein Wert von 5 % ($p = 0,05$) gewählt, d.h. im Durchschnitt wird in 5 % der Fälle die Nullhypothese zu Unrecht abgelehnt; versucht man dieses Risiko durch ein höheres Signifikanzniveau zu vermindern, so steigt zugleich das Risiko eines Fehlers der 2. Art, nämlich "die Nullhypothese zu akzeptieren, obgleich in Wirklichkeit doch ein Zusammenhang zwischen den Variablen besteht"¹⁾. Der Wert von 5 % kann heute als Konvention angesehen werden²⁾.

Ergibt sich aufgrund des Signifikanztests, daß ein Zusammenhang zwischen den untersuchten Variablen besteht, dann wird auch ein Korrelationstest durchgeführt, der über die Stärke des festgestellten Zusammenhanges Auskunft gibt. Um die verschiedenen signifikanten Einflußgrößen hinsichtlich ihrer Stärke miteinander vergleichen zu können, wird als Korrelationstest einheitlich der Kontingenzkoeffizient von Pearson verwandt³⁾; da dieser Koeffizient auf dem χ^2 -Test aufbaut, muß dabei, soweit die erwarteten Häufigkeiten kleiner als 5 sind, die Yates-Korrektur (Kontinuitätskorrektur) durchgeführt werden⁴⁾. Da der Kontingenzkoeffizient von der Anzahl der Zeilen und Spalten in

-
- 1) Friedrichs: Methoden 1973, S. 389; vgl. auch Kriz: Statistik 1973, S. 110 - 112
 - 2) Vgl. Hartmann: Sozialforschung 1972, S. 160; Friedrichs: Methoden 1973, S. 389; Kriz: Statistik 1973, S. 110; Witte: Forschung 1974, Sp. 1274
 - 3) Vgl. Clauß/Ebner: Statistik 1972, S. 260 - 264; Lienert: Methoden 1973, S. 562
 - 4) Vgl. Clauß/Ebner: Statistik 1972, S. 237 f.

der zu untersuchenden Tabelle abhängig ist, wird er mithilfe der Aufwertungskorrektur nach Pawlik relativiert; der Kontingenzkoeffizient (CP) bewegt sich damit, unabhängig von Zeilen- und Spaltenzahl, zwischen 0 und 1¹⁾.

Dieser kleine Einblick in das statistische Instrumentarium mag zur Erklärung der Vorgehensweise genügen. Für eine Demonstration der notwendigen Rechenoperationen bei diesen Tests sei auf den Anhang verwiesen.

II Analyse der Rechnungslegungsqualität

Die Analyse der Rechnungsqualität soll mit der Frage nach dem Geltungsbereich ihrer Ergebnisse eingeleitet werden; es soll darum zuerst erörtert werden, inwieweit die hier beabsichtigte Analyse raum-zeitlich beschränkte oder aber unbeschränkte Erkenntnisse über die Rechnungslegung liefert, ob also die Ergebnisse eine Verallgemeinerung zulassen. Der Wunsch zur Verallgemeinerung der Ergebnisse stellt sich dabei insbesondere aufgrund der bisherigen Vernachlässigung empirisch-verifizierender Erforschung der Rechnungslegung.

1. Raum-Zeit-Bezug der Analyse

Grundsätzlich besitzen empirische Ergebnisse Gültigkeit nur für die Grundgesamtheit, die untersucht worden ist, d.h. hier für die Großunternehmen bestimmter Rechtsformen für das Jahr 1971 (bzw. 1971/72).

1) Vgl. Clauß/Ebner: Statistik 1972, S. 263 f.; Lienert: Methoden 1973, S. 562 - 564

Sofern sich jedoch andere Gesamtheiten von der untersuchten nicht unterscheiden, sie also alle einer größeren, homogenen Grundgesamtheit zugeordnet werden können, ist eine Generalisierung der Ergebnisse über den engen Untersuchungsbereich hinaus möglich¹⁾.

Durch eine Kontrollerhebung kann die Generalisierbarkeit der Aussagen überprüft werden ("externe Validität"²⁾). Eine solche Kontrollerhebung wird hier in zweifacher Hinsicht durchgeführt: einmal werden auch die Geschäftsberichte für 1972 (bzw. 1972/73) eines Teils der untersuchten Unternehmen auf Unterschiede zum Vorjahrsbericht hin überprüft (Zeitbezug) und zum anderen erfolgt ein Vergleich mit empirischen Untersuchungen über die Rechnungslegung anderer Unternehmen (Raumbezug).

Der Zeitvergleich wird bei den Unternehmen vorgenommen, die ihren Geschäftsbericht auch für das Jahr 1972 übersandt haben; insgesamt waren das acht Industrieunternehmen (13,6 %, bezogen auf die jeweilige Teilgesamtheit), eine Versicherung (9,1 %), 41 Sparkassen, von denen aber nur zehn, zufällig gezogene Berichte berücksichtigt worden sind (9,2 %), und sieben sonstige Kreditinstitute (25,9 %).

Bezogen auf die vier Indikatoren der Gesetzeseinhaltung und auf die drei Indikatoren der Publizitätsfreude läßt sich sagen, daß die Rechnungslegungsqualität unverändert ist und nur minimale Veränderungen zum Positiven wie zum Negativen aufweist. Lediglich die Angabe von Vorjahreszahlen ist im Zeitvergleich deut-

1) Vgl. zur Problematik der Generalisierbarkeit Friedrichs: Methoden 1973, S. 393; Witte: Forschung 1974, Sp. 1275

2) Witte: Forschung 1974, Sp. 1270

lich besser geworden; es wurde jedoch schon bei der Vorstellung dieses Indikators betont, daß er nur im Jahre 1971 als Indiz einer besonderen Publizitätsfreude angesehen werden kann.

Diese Feststellung unveränderter Berichterstattung deckt sich mit dem Ergebnis von v. Wysocki über die Entwicklung der Konzernrechnungslegung von Aktiengesellschaften über zwei Jahre; auch dort waren nur geringe Verbesserungen und Verschlechterungen zu verzeichnen, die sich insgesamt in etwa ausgeglichen haben¹⁾.

Ferner stimmt dieses Ergebnis mit der These von Kappeler überein, daß psychologische Widerstände gegen die Änderung von Bilanzierungssattitüden bestehen²⁾, so daß das Publizitätsverhalten grundsätzlich im Zeitablauf konstant bleibt.

Aus diesen Gründen scheint es gerechtfertigt, der Untersuchung Bedeutung über das eine Jahr hinaus zuzusprechen, d.h. in zeitlicher Hinsicht eine Verallgemeinerung vorzunehmen.

Ob die Untersuchung auch für Unternehmen anderer Rechtsformen und Größe sprechen kann, soll durch einen Vergleich mit der Paralleluntersuchung von Sprißler über die Rechnungslegung der Einzelkaufleute und Personengesellschaften nach dem Publizitätsgesetz³⁾ und der repräsentativen Erhebung von v. Wysocki et al. über die Rechnungslegung der Aktiengesellschaften⁴⁾ über-

1) Vgl. v. Wysocki: Konzernrechnungslegung 1970, S. 130 f.

2) Vgl. Kappler: Informationsverhalten 1972, S. 226

3) Sprißler: Rechnungslegung

4) v. Wysocki et al.: Berichterstattung 1971

prüft werden.

Der Vergleich erfolgt nur an den Indikatoren der Gesetzeseinhaltung; ein Vergleich kann bezüglich der Publizitätsfreude nicht durchgeführt werden, da bei Sprißler andere Tatbestände als relevant anzusehen sind, was möglicherweise zu Verzerrungen führen könnte, und da vor allem bei v. Wysocki et al. keine Aussagen über die Publizitätsfreude getroffen werden. Die Generalisierbarkeit kann darum nur hinsichtlich der Gesetzeseinhaltung untersucht werden.

Während die Gegenüberstellung mit den Zahlen von Sprißler keine Schwierigkeiten bereitet, ist bei der Untersuchung von v. Wysocki et al. zu beachten, daß dort von einer Stichprobe auf die Gesamtheit aller Aktiengesellschaften hochgerechnet worden ist und darum Aussagen über die Gesamtheit nur innerhalb eines Unschärfebereichs getroffen werden konnten - es wird hier als Vergleichswert die Mitte dieses Bereichs herangezogen - und daß dort Verweise auf die Berichterstattung in Vorjahrsberichten, unabhängig von der Qualität der dortigen Berichterstattung, als ausreichend eingestuft wurden, wodurch sich auch nach Ansicht der Autoren ein zu günstiges Bild ergibt¹⁾; aus Vergleichsgründen wird hier eine Proportionalisierung dieser Verweiskefälle vorgenommen, d.h. eine Aufteilung in "ausreichend" und "nicht ausreichend" in dem Verhältnis, wie es bei den nicht verweisenden Aktiengesellschaften festgestellt wurde. Da sich die Untersuchung von v. Wysocki et al. auf Versicherungen und Industrieunternehmen erstreckt, werden auch hier neben den Industrieunternehmen Versicherungen in den Vergleich einbezogen.

1) Vgl. v. Wysocki et al.: Berichterstattung 1971, S. 334

Tab. 28: Vergleich empirischer Untersuchungen

a) Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen

Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen	Adler		Sprisler		v. Wysocki et al.		Ergebnis
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	
1. ausreichend	19	27,1	13	46,4	101	48,1	H/C = 9,49 p < 0,01
2. nicht ausreichend	51	72,9	15	53,6	109	51,9	
	70	100,0	28	100,0	210	100,0	

b) Berichterstattung über die bei der Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe angewandten Methoden

1. ausreichend	56	96,6	19	70,4	110	67,1	H/C = 24,90 p < 0,001
2. nicht ausreichend	2	3,4	8	29,6	54	32,9	
	58	100,0	27	100,0	164	100,0	
3. kein Ausweis von RHB	12		1		46		
	70		28		210		

c) Berichterstattung über die Zusammensetzung der Herstellungskosten der fertigen und unfertigen Erzeugnisse

1. ausreichend	29	53,7	14	56,0	48	38,4	H/C = 9,09 p < 0,025
2. nicht ausreichend	25	46,3	11	44,0	77	61,6	
	54	100,0	25	100,0	125	100,0	
3. kein Ausweis von fertigen und unfertigen Erzeugnissen	16		3		85		
	70		28		210		

d) Berichterstattung über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen

1. ausreichend	47	68,1	20	71,4	102	60,4	H/C = 6,42 p < 0,05
2. nicht ausreichend	22	31,9	8	28,6	67	39,6	
	69	100,0	28	100,0	169	100,0	
3. kein Ausweis von Pensionsrückstellungen	1		-		41		
	70		28		210		

Die drei Untersuchungen werden in Tabelle 28 einander gegenübergestellt und mithilfe des Kruskal-Wallis-Tests auf Unterschiede im Verhältnis der ausreichenden zur nicht ausreichenden Berichterstattung überprüft; dabei zeigt sich, daß zwischen den Unternehmensgruppen hinsichtlich aller vier Tatbestände signifikante, teilweise hochsignifikante Unterschiede bestehen. Inwieweit die Differenzen auf Rechtsform- oder auf Größenunterschiede zurückzuführen sind, ist nicht offensichtlich; allerdings liegen die Ergebnisse der zwei Untersuchungen über das Publizitätsgesetz teilweise recht nahe bei einander (vgl. Tab. 28 c, d), so daß man möglicherweise die Größe als einen wesentlichen Einflußfaktor ansehen könnte.

Auf jeden Fall kann die Untersuchung nicht ohne weiteres über den Kreis der einbezogenen Unternehmen hinaus verallgemeinert werden, wohingegen in zeitlicher Hinsicht ihre Aussagen nicht nur für das Jahr 1971 gültig sind.

2. Einflußfaktoren der Rechnungslegung

Die Analyse der Rechnungslegungsqualität ist im folgenden nach vermuteten Einflußfaktoren aufgebaut; diese werden dabei grundsätzlich jeweils in ihrer Wirkung sowohl auf die Gesetzeseinhaltung wie auf die Publizitätsfreude untersucht, da - in dem derzeitigen Forschungsstadium - die Hypothesen im allgemeinen nicht genauer spezifiziert werden können.

Die Gesetzeseinhaltung und die Publizitätsfreude werden an den im vorigen Kapitel entwickelten Indizes gemessen; da in den Index der Gesetzeseinhaltung nur Industrie- und Handelsunternehmen einbezogen werden,

folgt daraus, daß die Wirkung der Einflußfaktoren auf die Gesetzeseinhaltung immer nur bei den Industrie- und Handelsunternehmen überprüft werden kann.

a) Branche

Als erste Variable soll die Branchenzugehörigkeit der Unternehmen untersucht werden; in der Literatur wird hinter dieser Variable oft ein Einfluß auf die Rechnungslegung vermutet¹⁾, jedoch nur selten begründet.

Lediglich v. Wysocki et al. und Frings liefern für diese Hypothese eine Begründung. So haben v. Wysocki et al. bei ihrer Erhebung festgestellt, daß von einem Branchenverband Richtlinien zur Berichterstattung herausgegeben und diese auch von den entsprechenden Unternehmen befolgt worden sind²⁾; sofern also auch andere Verbände solche Richtlinien erstellen und diese inhaltlich voneinander abweichen, ergäbe sich zwangsläufig ein Brancheneinfluß auf die Rechnungslegung. Frings begründet seine Vermutung im wesentlichen mit der unterschiedlichen Konkurrenzsituation in den einzelnen Branchen: je größer die Konkurrenz, desto größer könnten auch die Risiken der Publizität eingeschätzt werden, desto schlechter wäre also die Publizität³⁾; daneben führt er als Begründung an, "Industriezweige, die als sehr spekulativ angesehen werden, könnten versucht sein, durch bessere Publizität das Vertrauen der Anleger (bzw. der Öffentlichkeit, d.V.)

1) Vgl. v. Wysocki: Konzernrechnungslegung 1970, S. 132; Kappler: Informationsverhalten 1972, S. 273, Fußnote 2

2) Vgl. v. Wysocki et al.: Berichterstattung 1971, S. 320

3) Vgl. Frings: Berichterstattung 1975, S. 285

in ihre Industrie zu erhöhen"¹⁾, und deutet auch "die Möglichkeit eines Industrieführers in Sachen Publizität" an²⁾.

Die Literaturmeinungen zum Brancheneinfluß werden nur sehr allgemein formuliert; Aussagen über das Publizitätsniveau in den einzelnen Branchen bzw. über konkrete Publizitätsunterschiede zwischen bestimmten Branchen finden sich nicht. Soweit ersichtlich liegt auch bisher keine empirische Untersuchung über den Brancheneinfluß vor. Umso dringender erscheint darum eine Überprüfung dieses doch oft auch nur implizit unterstellten Zusammenhangs.

Es werden darum folgende Hypothesen aufgestellt:

Hypothese 1 a

Die Branche hat einen Einfluß auf die Gesetzeseinhaltung.

Hypothese 1b

Die Branche hat einen Einfluß auf die Publizitätsfreude.

Der Einfluß auf die Gesetzeseinhaltung kann, wie schon erwähnt, nur an Unternehmen des Sektors Industrie/Handel überprüft werden. Hinsichtlich der Publizitätsfreude wird die Variable "Branche" einmal global aufgespalten in die Wirtschaftsbereiche Banken - Versicherungen/Bausparkassen - Industrie/Handel, zum anderen werden die einzelnen Sektoren nochmals einer Feineinteilung unterzogen, um auch eventuelle Unterschiede innerhalb der Sektoren aufzuspüren; lediglich bei den Versicherungen und Bausparkassen erscheint eine weite-

1) Frings: Berichterstattung 1975, S. 287

2) Ebenda, S. 288

re Aufteilung aufgrund der geringen Anzahl nicht sinnvoll.

Mithilfe des Kruskal-Wallis-Tests können bei der Gesetzeseinhaltung signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen des Industriebereichs festgestellt werden ($p < 0,025$; vgl. Tab. 29, a); auch die Stärke des Zusammenhangs ist als hoch anzusehen ($CP = 0,64$). Hinsichtlich ihrer Gesetzeseinhaltung schneiden dabei vor allem der Maschinenbau, aber auch Handel und Verkehr gut ab, während die Chemie und die hier als "Sonstige" zusammengefaßten Industrien deutlich unter dem Durchschnitt liegen.

Wenn sich damit auch Hypothese 1 a bestätigt hat, so ist das Ergebnis insofern unbefriedigend, als die aufgezeigten Unterschiede nicht erklärt werden können; das Ergebnis kann dennoch positiv aufgenommen werden, falls es zu weiteren Forschungen bezüglich dieser Hypothese anregt.

Hinsichtlich der Publizitätsfreude können sogar hochsignifikante Unterschiede ($p < 0,001$) zwischen den Wirtschaftssektoren nachgewiesen werden, und zwar sind Industrie- und Handelsunternehmen weitaus publizitätsbereiter als andere Unternehmen. Dies ist weniger auf deren besondere Publizitätsfreude zurückzuführen - das Publizitätsniveau ist ja absolut gesehen sehr niedrig - als vielmehr auf eine vollkommen fehlende Publizitätsbereitschaft bei den Banken; sie machen offensichtlich von der publizitätsmäßigen Sonderstellung, die ihnen der Gesetzgeber bezüglich sonst berichtspflichtiger Tatbestände auf ihr Betreiben hin eingeräumt hat¹⁾, auch hinsichtlich anderer berichts-

1) Vgl. die Regierungsbegründung zum Aktiengesetz, nach Kropff: AktG 1965, S.550 f.

Tab. 29: Einflußfaktor Branche

a) in bezug auf die Gesetzeseinhaltung

Ge- setzes- ein- haltung	Bran- che	Handel, Verkehr abs.	Metall- erzeugung abs.	Maschinen- bau abs.	Elektro- technik abs.	Chemie abs.	Lebens- Cenus- mittel abs.	sonstige abs.	Ergeb- nis
4 : 0		1	-	4	1	1	3	-	H/C=15,60 p < 0,025 CP = 0,64
3 : 1		6	3	7	4	6	-	1	
2 : 2		-	-	1	1	2	4	5	
1 : 3		-	1	-	-	5	-	2	
0 : 4		-	-	-	1	-	-	-	
		7	4	12	7	14	7	8	

b) in bezug auf die Publizitätsfreude der Industrie

Publi- zitäts- freude	Bran- che								
3 : 0		-	-	-	-	-	-	1	H/C = 3,12 p > 0,70
2 : 1		-	2	3	1	2	-	1	
1 : 2		3	-	4	2	4	2	2	
0 : 3		4	2	5	4	8	5	4	
		7	4	12	7	14	7	8	

c) in bezug auf die Publizitätsfreude aller Unternehmen

Publi- zitäts- freude	Bran- che	Banken abs. rel.	Versicherungen abs. rel.	Industrie abs. rel.	Ergebnis
3 : 0		- -	- -	1 1,7	H/C = 23,74 p < 0,001 CP = 0,39
2 : 1		1 0,7	- -	9 15,3	
1 : 2		20 14,7	2 18,2	17 28,8	
0 : 3		115 84,6	9 81,8	32 54,2	
		136 100,0	11 100,0	59 100,0	

d) in bezug auf die Publizitätsfreude der Kreditinstitute (KI)

Publi- zitäts- freude	Bran- che	Sparkassen abs. rel.	sonst. Öffentl.- rechtl. KI abs. rel.	Privatrecht- liche KI abs. rel.	Ergebnis
3 : 0		- -	- -	- -	H/C = 1,36 p > 0,50
2 : 1		- -	1 4,5	- -	
1 : 2		15 13,8	4 18,2	1 20,0	
0 : 3		94 86,2	17 77,3	4 80,0	
		109 100,0	22 100,0	5 100,0	

würdiger Tatbestände Gebrauch. Auch Hypothese 1b hat sich somit bewährt.

Bei der stärkeren Aufteilung der Wirtschaftszweige zeigen sich dagegen weder innerhalb der Banken noch innerhalb der Industrie signifikante Unterschiede hinsichtlich der Publizitätsfreude (Tab. 29, b, d).

Die Signifikanz der Branche muß auch bei den folgenden Hypothesenprüfungen berücksichtigt werden; denn es besteht die Gefahr, falls zwischen der Branche und dem jeweils zu untersuchenden Einflußfaktor ein Zusammenhang besteht und die Branchen sich darum einseitig verteilen, daß dann mögliche Unterschiede durch die Branchenkonstellation überlagert werden, bzw. daß aufgrund der Branchenverteilung Unterschiede zu Unrecht signifikant erscheinen. Es muß darum bei den folgenden Hypothesenprüfungen immer beachtet werden, ob solche Überlagerungen im Einzelfall wahrscheinlich sind¹⁾.

b) Unternehmensgröße

Mit am häufigsten wird in der Literatur die Unternehmensgröße als ein entscheidender Faktor der Publizität angesehen; diese Ansicht findet sich etwa bei v. Wysocki und Kappler²⁾.

Begründet wird der vermutete Zusammenhang zwischen Größe und Rechnungslegung damit, daß die Kosten der Publi-

1) Statistisch kann dies festgestellt werden, indem man die Branche jeweils als sog. Testvariable einführt (vgl. Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 199 f.). Dies wurde bei der Publizitätsfreude auch durchgeführt, scheiterte aber bei der Gesetzes Einhaltung daran, daß die zusätzliche Aufteilung der Unternehmen auf sieben Branchen zu zu geringen Felderbesetzungen geführt hätte.

2) Vgl. v. Wysocki: Konzernrechnungslegung 1970, S.

zität für kleinere Unternehmen zu hoch sein könnten, während größere Unternehmen ohnehin ein internes Informationssystem unterhalten müßten¹⁾, ferner daß die Unternehmensfinanzierung, insbesondere über den Kapitalmarkt, durch eine größere Publizitätsbereitschaft erleichtert und diese Möglichkeit vor allem von größeren Unternehmen erkannt und wahrgenommen wird¹⁾, ferner daß kleinere Unternehmen eher mit der Publizität tatsächlich verbundene bzw. ihr nur unterstellte Wettbewerbsnachteile befürchten²⁾ und schließlich daß große Unternehmen eher im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen und einer größeren öffentlichen Kontrolle ausgesetzt sind³⁾, eine Tatsache, die in Deutschland nicht zuletzt durch die Verabschiedung des Publizitätsgesetzes unterstrichen wird.

Während das Kostenargument nicht so recht zu überzeugen vermag, insbesondere hinsichtlich der Rechnungslegung im Erläuterungsbericht, und das Finanzierungsargument vielleicht besser als eigenständige These - etwa als Einflußfaktor "Inanspruchnahme des Kapitalmarkts" - unabhängig von der Größe überprüft werden sollte, sprechen doch noch das Wettbewerbs- und das Öffentlichkeitsargument für die Richtigkeit der Größenthese.

Dieser Zusammenhang wurde auch in bisherigen empirischen Untersuchungen verschiedentlich überprüft. So sind nach Havermann die Geschäftsberichte großer Unternehmen informativer⁴⁾, wobei allerdings nicht ersicht-

132 f.; Kappler: Informationsverhalten 1972, S. 197

- 1) Vgl. Singhvi/Desai: Disclosure 1971, S. 131; Frings: Berichterstattung 1975, S. 286
- 2) Vgl. Singhvi/Desai: Disclosure 1971, S. 131; Frings: Berichterstattung 1975, S. 287
- 3) Vgl. Frings: Berichterstattung 1975, S. 286; Gosmann: Firms 1973, S. 2
- 4) Vgl. Havermann: Publizitätsfreudigkeit 1963, S. 227

lich ist, ob sich diese Aussage auf den Erläuterungs- oder lediglich auf den Lagebericht bezieht. Auch haben v. Wysocki et al. beim Vergleich mit der Veröffentlichung von Castan, der im Gegensatz zu ihrer repräsentativen Stichprobe nur die 100 größten börsennotierten Aktiengesellschaften untersucht hat¹⁾, zwar nicht durchwegs, aber doch überwiegend einen Publizitätsvorsprung bei Castan festgestellt²⁾. Ebenso konnten Singhvi/Desai in den USA einen entsprechenden Zusammenhang aufzeigen^{3, 4)}. Es können darum folgende, teilweise bewährte Hypothesen aufgestellt werden:

Hypothese 2 a

Die Unternehmensgröße hat einen Einfluß auf die Gesetzeseinhaltung.

Hypothese 2 b

Die Unternehmensgröße hat einen Einfluß auf die Publizitätsfreude.

Für die Messung der Unternehmensgröße hat sich in Wissenschaft und Praxis keine allgemein anerkannte Maßgröße herausgebildet. Hier wird als Größenkriterium der "integrierte Größenindex" angewendet, der schon bei Beschreibung des empirischen Feldes vorgestellt worden ist⁵⁾; dieser Index relativiert bekanntlich anhand der publizitätsrechtlichen Schwellenwerte und hat den Vorteil, branchenunabhängig zu sein.

1) Vgl. Castan: Börsengesellschaften 1969, S. 270

2) Vgl. v. Wysocki et al.: Berichterstattung 1971, S. 334

3) Vgl. Singhvi/Desai: Disclosure 1971, S. 131

4) Vgl. auch den Hinweis von Buzby (Disclosure 1974, S. 424) auf empirische Untersuchungen von ihm und Cerf.

5) Vgl. S. 21

Anhand dieser Kennziffer werden Unternehmen mit einem Skalenwert über 4,0 als "groß" klassifiziert (das entspricht beispielsweise einem Industrieunternehmen mit einer Bilanzsumme von 500 Millionen DM, Umsätzen von 1 Milliarde DM und/oder 20 000 Beschäftigten); von den übrigen Unternehmen werden diejenigen mit einem Wert bis 2,0, die also - angesichts des 3-Jahre-Kriteriums und unter Berücksichtigung normaler Wachstumsraten - gerade die Publizitätsgrenze überschreiten, als "klein", die restlichen (über 2,0 bis 4,0) als "mittel" bezeichnet.

Tab. 30: Einflußfaktor Unternehmensgröße

a) in bezug auf die Gesetzes Einhaltung

Gesetzeseinhaltung	klein		mittel		groß		Ergebnis
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	
4 : 0	5	25,0	3	13,0	2	12,5	H/C = 0,17 p > 0,90
3 : 0	6	30,0	12	52,2	9	56,3	
2 : 2	5	25,0	4	17,4	4	25,0	
1 : 3	4	20,0	3	13,0	1	6,2	
0 : 4	-	-	1	4,4	-	-	
	20	100,0	23	100,0	16	100,0	

b) in bezug auf die Publizitätsfreude

Publizitätsfreude							Ergebnis
3 : 0	1	1,3	-	-	-	-	H/C = 1,75 p > 0,30
2 : 1	3	4,0	3	4,3	4	6,4	
1 : 2	10	13,3	16	23,2	13	21,0	
0 : 3	61	81,4	50	72,5	45	72,6	
	75	100,0	69	100,0	62	100,0	

Wegen der Dreiteilung erfolgt auch hier für die Signifikanzprüfung die Anwendung des Kruskal-Wallis-Tests. Dabei zeigen sich weder hinsichtlich der Gesetzes Einhaltung noch hinsichtlich der Publizitätsfreude signi-

fikante Unterschiede zwischen kleinen, mittleren und großen Unternehmen (vgl. Tab. 30); die Hypothesen 2 a und b sind also falsifiziert worden.

Dieses Ergebnis bedarf insofern einer Interpretation, als die Größenthese ja schon mehrfach eine Bestätigung in der Realität gefunden hat und auch keine Anhaltspunkte vorliegen, daß eine andere Klasseneinteilung zu einem anderen Ergebnis geführt hätte.

Da es sich bei den hier untersuchten Unternehmen allesamt um Großunternehmen handelt, kann als mögliche Erklärung vermutet werden, daß eine weitere Unterteilung dieser Großunternehmen nicht sinnvoll ist. Bei aller Vorsicht bei der Verallgemeinerung der Untersuchungsergebnisse empfiehlt sich daher, die Größenhypothese in ihrer Wenn-Komponente einzuschränken durch eine Grenze, ab der von einem Größenzuwachs die Rechnungslegung vermutlich nicht mehr zusätzlich beeinflusst wird, und eine Überprüfung an einer solchen Grundgesamtheit vorzunehmen, in dem Unternehmen aller Größenklassen vertreten sind.

Beruft man sich auf Illetschko, so läßt sich dieses Ergebnis auch anders erklären; Illetschko sieht nämlich bezüglich des Publizitätsverhaltens die Unternehmensgröße im wesentlichen in der Anzahl der Anteilseigner repräsentiert¹⁾. Die bisherigen vorläufigen Bestätigungen der Größenhypothese (gemessen an Bilanzsumme, Umsätzen und ähnlichen Kriterien) könnten dann auf eine hohe Korrelation zwischen der so gemessenen Unternehmensgröße und der letztlich ursächlichen Anzahl der Anteilseigner zurückgeführt werden; eine solche Korre-

1) Vgl. Illetschko: Publizität 1958, S. 423; er spricht von der "rechtlich-interessierten Öffentlichkeit", was Anteilseigner, Dauergläubiger, Registergericht u.ä. umfaßt (S. 421).

lation haben Moore/Buzby bei Aktiengesellschaften in den USA festgestellt¹⁾.

Bedenkt man, daß die hier untersuchten Unternehmen als GmbHs oder Öffentlich-rechtliche Institute wohl nur wenige Anteilseigner haben, so läge das empirische Ergebnis durchaus im Rahmen dieser anders operationalisierten Größenthese. Auch diese Hypothese müßte an einem anders strukturierten Untersuchungsmaterial überprüft werden.

c) Wirtschaftsprüfer

Da der Wirtschaftsprüfer einmal als Experte auf dem Gebiet der Rechnungslegung und zum anderen durch Sanktionen in Form der Einschränkung oder Versagung des Bestätigungsvermerks auf den Jahresabschluß und Geschäftsbericht einwirken kann, kann auch der Wirtschaftsprüfer als Einflußgröße der Publizität angesehen werden.

Diese These wird auch in der Literatur vertreten, und zwar behauptet Kappler, daß "die Bilanzinformationen von Firmen, die sich von unbekannten bzw. kleinen Prüfungsgesellschaften prüfen lassen, ... nicht sehr brauchbar" sind²⁾. Diesen möglichen Zusammenhang betrachten Frishkoff, Gosmann und Goldman/Barlev unter dem Gesichtspunkt einer vermutlich stärkeren Kundenabhängigkeit kleinerer Prüfungsgesellschaften; allerdings bezeichnet Frishkoff diese These als vorläufig reine Spekulation³⁾, und auch Gosman und Goldman/

1) Vgl. Moore/Buzby: Disclosure 1972, S. 583

2) Kappler: Informationsverhalten 1972, S. 198

3) Vgl. Frishkoff: Investigation 1970, S. 128

Barlev stehen ihr recht skeptisch gegenüber¹⁾.

Demgegenüber ist mehrmals überprüft und auch bestätigt worden, daß in den USA die Emissionshäuser zur Erhöhung des Vertrauens bei den Anlegern auf die Wahl einer großen Prüfungsgesellschaft bestehen, auch wenn das einen Prüferwechsel bedeutet²⁾.

Für die These spricht auch, daß Singhvi/Desai bei ihrer empirischen Untersuchung in den USA einen signifikanten Zusammenhang zwischen Berichterstattungsqualität und Größe der Prüfungsgesellschaft aufgedeckt haben³⁾.

Es werden darum auch hier die folgenden Hypothesen überprüft:

Hypothese 3 a

Die Größe der Prüfungsgesellschaft hat einen Einfluß auf die Gesetzeseinhaltung.

Hypothese 3 b

Die Größe der Prüfungsgesellschaft hat einen Einfluß auf die Publizitätsfreude.

Zur Operationalisierung der unabhängigen Variable wird die Größe am Marktanteil gemessen, wie er von Schruff für das Jahr 1968/69 festgestellt worden ist⁴⁾. Mangels anderer Anhaltspunkte werden Prüfungsgesell-

1) Vgl. Gosman: Firms 1973, S. 8; Goldman/Barlev: Auditor 1974, S. 716

2) Vgl. Carpenter/Strawser: Displacement 1971, S. 55, S. 58; Coffman: Displacement 1974, S. 66, S. 68

3) Vgl. Singhvi/Desai: Disclosure 1971, S. 133

4) Vgl. Schruff: Wirtschaftsprüfer 1973, S. 203 - 208

schaften mit einem Marktanteil bis zu 1 % als "klein", die übrigen als "groß" bezeichnet.

Der Begriff der Prüfungsgesellschaft muß auf Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften beschränkt werden, da zur Größe der Prüfungsverbände keine Angaben vorliegen; diese Beschränkung ist jedoch auch zweckmäßig, weil das Argument der Kundenabhängigkeit auf Prüfungsverbände nicht in gleicher Weise zutrifft wie auf Wirtschaftsprüfer.

Zum empirischen Feld muß bei diesen Hypothesenprüfungen angemerkt werden, daß der Prüfer bei einem Industrieunternehmen nicht ermittelt werden konnte, Hypothese 3 a also nur an 58 Unternehmen überprüft wird, und daß nur 38 Kreditinstitute, Versicherungen und Bausparkassen von Wirtschaftsprüfern geprüft werden, so daß bei der Untersuchung der Publizitätsfreude 96 Unternehmen zur Verfügung stehen.

Wegen der Dichotomisierung der unabhängigen Variable kann hier der Rangsummentest von Raatz angewandt werden; danach besteht zwischen der Größe der Prüfungsgesellschaft und der Gesetzeseinhaltung bzw. Publizitätsfreude kein signifikanter Zusammenhang (vgl. Tab. 31).

Die Falsifikation der Hypothesen¹⁾ legt die Vermutung nahe, daß überhaupt keine oder keine von der Größe der Prüfungsgesellschaft beeinflusste Kundenabhängigkeit vorliegt; damit erscheint auch eine Beschränkung der Mandantenwahl, falls das Auftragshonorar einen bestimmten Anteil der Gesamthonorare übersteigt, als

1) Auch die Wahl eines Marktanteils von 2 % als Trennlinie verändert das Ergebnis nicht; vgl. zur Zulässigkeit dieser Vorgehensweise Witte: Informationsverhalten 1972, S. 31, S. 51 f.

Maßnahme zur Sicherung der Unabhängigkeit der Abschlußprüfer¹⁾ wenig sinnvoll.

Tab. 31: Einflußfaktor Wirtschaftsprüfer

a) in bezug auf die Gesetzes Einhaltung

Gesetzeseinhaltung \ Marktanteil des WP	groß		klein		Ergebnis
	abs.	rel.	abs.	rel.	
4 : 0	6	16,2	4	19,0	u = 0,36 p > 0,70
3 : 1	18	48,7	9	42,9	
2 : 2	9	24,3	3	14,3	
1 : 3	4	10,8	4	19,0	
0 : 4	-	-	1	4,8	
	37	100,0	21	100,0	

b) in bezug auf die Publizitätsfreude

Publizitätsfreude					Ergebnis
	abs.	rel.	abs.	rel.	
3 : 0	-	-	1	3,0	u = 0,23 p > 0,80
2 : 1	8	12,7	2	6,1	
1 : 2	16	25,4	9	27,3	
0 : 3	39	61,9	21	63,6	
	63	100,0	33	100,0	

d) Nationalität

In der Literatur wird überwiegend die Meinung vertreten, die Publizitätsbereitschaft im Ausland, insbesondere in den USA, sei wesentlich größer als in Deutschland²⁾, wobei nach Ansicht von Amerikanern ihr Publizitätsvorsprung sich auf ganz Kontinentaleuropa bezieht³⁾. Lediglich vereinzelt wird diese These eines Publizitätsgefälles in Zweifel gezogen⁴⁾.

1) Vgl. den Vorschlag von Kicherer: Abschlußprüfung 1970, S. 126

2) Vgl. Illetschko: Publizität 1958, S. 424; Havermann: Publizitätsfreudigkeit 1963, S. 193, S. 195

3) Vgl. Firth: Examination 1973, S. 17; Choi: Disclosure 1974, S. 246

4) Vgl. Belash: Diskussionsbeitrag 1962, S. 291; Siebert: Diskussionsbeitrag 1962, S. 118, S. 120

Tatsächlich konnte Frings bei einem Vergleich deutscher und amerikanischer börsennotierter Aktiengesellschaften einen Publizitätsvorsprung amerikanischer Gesellschaften feststellen¹⁾).

Wenn auch alle hier untersuchten Unternehmen in dem Sinne "deutsch" sind, daß sie alle ihren Sitz in Deutschland haben, so können doch manche als "ausländisch" angesehen werden, soweit sie nämlich von ausländischen Unternehmen beherrscht werden. Liegt eine solche Beherrschung vor, so könnte man eine Beeinflussung des Publizitätsverhaltens erwarten, sei es daß die herrschende Gesellschaft die Beachtung der entsprechenden ausländischen Gepflogenheiten verlangt, sei es, daß bei der ausländischen Gesellschaft automatisch eine Anpassung an die ausländische Mentalität erfolgt, etwa weil die oberste Geschäftsleitung aus Ausländern besteht.

Verbunden mit der These eines ausländischen Publizitätsvorsprungs werden folgende Hypothesen formuliert:

Hypothese 4 a

Die Nationalität hat einen Einfluß auf die Gesetzes-einhaltung.

Hypothese 4 b

Die Nationalität hat einen Einfluß auf die Publizitätsfreude.

Aufgrund des behaupteten besonderen Publizitätsniveaus in den USA sollen zur Prüfung dieser Hypothesen "amerikanische" Unternehmen den "deutschen" gegenübergestellt werden. Dabei können als amerikanisch solche

1) Vgl. Frings: Berichterstattung 1975, S. 305, S. 307

Unternehmen gelten, die im Mehrheitsbesitz von amerikanischen Konzernen stehen, ferner ein Unternehmen, dessen Stammkapital paritätisch von zwei US-Gesellschaften gehalten wird; als deutsch werden die Unternehmen angesehen, die (a) inländischen Konzernen untergeordnet sind, an denen (b) mehrere inländische Gesellschaften jeweils zwischen 25 % und 50 % des Kapitals besitzen oder die (c) selbständig sind. In die Gegenüberstellung werden jene Firmen nicht einbezogen, deren Kapital mehrheitlich in sonstigen ausländischen Händen liegt oder zu je 50 % in In- und Ausland verteilt ist. Anhand dieser Operationalisierung stehen sich im Industriebereich 13 amerikanische und 34 deutsche Unternehmen gegenüber.

Hinsichtlich der Publizitätsfreude wird bewußt auf eine Einbeziehung von Banken und Versicherungen verzichtet, da von diesen 147 Unternehmen 146 als inländisch anzusehen sind und bei einer solchen einseitigen Verteilung eine Verzerrung aufgrund des Brancheneinflusses eintreten würde; auch Hypothese 4 b wird darum an den Industrieunternehmen überprüft.

Auch hier findet bei der Hypothesenprüfung der Rangsummentest von Raatz Anwendung: bei der Gesetzeseinhalten sind keinerlei Unterschiede festzustellen, während tendenziell, ohne allerdings das erforderliche Signifikanzniveau zu erreichen ($p > 0,16$), inländische Unternehmen sogar publizitätsfreudiger sind.

Bei der Interpretation des Ergebnisses ist zu beachten, daß die Nationalitätshypothese aus zwei Elementen besteht, einmal aus der Behauptung eines Publizitätsgefälles zwischen In- und Ausland und zum anderen aus der Behauptung, daß sich ausländische Publizitätsstandards auf ausländisch beherrschte Gesellschaften

auswirken. Welcher Hypothesenteil letztlich zur Falsifizierung der Nationalitätsthese geführt hat, kann nicht entschieden werden.

Tab. 32: Einflussfaktor Nationalität

a) in bezug auf die Gesetzes Einhaltung

Ge- setzes- einhaltung	Natio- nali- tät	deutsch abs. rel.	amerikanisch abs. rel.	Ergebnis
4 : 0		6 17,7	2 15,4	u = 0,06 p > 0,90
3 : 1		17 50,0	7 53,8	
2 : 2		7 20,6	2 15,4	
1 : 3		3 8,8	2 15,4	
0 : 4		1 2,9	- -	
		34 100,0	13 100,0	

b) in bezug auf die Publizitätsfreude

Publizitätsfreude				
3 : 0	1 2,9	- -		u = 1,39 p > 0,16
2 : 1	7 20,6	2 15,4		
1 : 2	11 32,4	2 15,4		
0 : 3	15 44,1	9 69,2		
	34 100,0	13 100,0		

Denkbar erscheint auch, daß der in der Literatur behauptete Publizitätsvorsprung in den USA sich auf den Lagebericht bezieht¹⁾ - dessen Bedeutung auch nicht unterschätzt werden darf - wohingegen die hier untersuchten Rechnungslegungstatbestände inhaltlich dem Erläuterungsbericht zuzurechnen sind.

e) Versandungsbereitschaft

Auf die Bitte um Übersendung ihres Geschäftsberichtes

1) Die Untersuchung von Frings umfaßt auch den Lagebericht; vgl. Frings: Berichterstattung 1975, S. 274 - 276

haben nicht alle publizitätspflichtigen Unternehmen positiv reagiert; durch die anderweitige Beschaffung aller fehlenden Berichte besteht die Möglichkeit, dem non-response-Problem nachzugehen, d.h. zu untersuchen, ob sich diese Unternehmen in ihrem Publizitätsverhalten von den versendungsbereiten Unternehmen unterscheiden.

Bei einer ähnlichen Untersuchung glauben v. Wysocki et al., ein Publizitätsgefälle zwischen den versendungsbereiten und den nicht-versendungsbereiten Gesellschaften feststellen zu können¹⁾.

Sofern hier der Einfluß der Versendungsbereitschaft auf die Rechnungslegung untersucht werden soll, so steckt dahinter weniger die Vermutung eines unmittelbaren Einflusses als vielmehr die Vermutung, daß die Versendungsbereitschaft ihrerseits von der allgemeinen Publizitätseinstellung eines Unternehmens beeinflusst wird und daß somit in der Versendungsbereitschaft die allgemeine Publizitätseinstellung als eigentliche Einflußgröße zum Ausdruck kommt²⁾.

Es können darum folgende Hypothesen aufgestellt werden:

Hypothese 5 a

Die Versendungsbereitschaft hat einen Einfluß auf die Gesetzeseinhaltung.

Hypothese 5 b

Die Versendungsbereitschaft hat einen Einfluß auf die Publizitätsfreude.

1) Vgl. v. Wysocki et al.: Berichterstattung 1971, S. 334

2) Eine etwaige Korrelation zwischen Rechnungslegung

Von einer Versandungsbereitschaft soll nur gesprochen werden, wenn der vollständige Geschäftsbericht übersandt worden ist, also insbesondere nicht bei Übersendung lediglich des Jahresabschlusses.

Da nur zwei Banken und Versicherungen als nicht-versandungsbereit eingestuft werden müssen, ergäbe sich wegen des Brancheneinflusses bei Einschluß dieser Unternehmen in die Untersuchung eine Verzerrung; die Untersuchung muß darum auch hinsichtlich der Publizitätsfreude auf den Industriebereich beschränkt werden.

Tab. 33: Einflußfaktor Versandungsbereitschaft

a) in bezug auf die Gesetzes-einhaltung

Gesetzes-einhaltung	Versandungs-bereitschaft	versandungs-bereit		nicht versandungs-bereit		Ergebnis
		abs.	rel.	abs.	rel.	
4 : 0		7	19,4	3	13,1	u = -0,13 p > 0,90
3 : 1		15	41,8	12	52,2	
2 : 2		7	19,4	6	26,1	
1 : 3		7	19,4	1	4,3	
0 : 4		-	-	1	4,3	
		36	100,0	23	100,0	

b) in bezug auf die Publizitätsfreude

Publizitätsfreude						
		abs.	rel.	abs.	rel.	
3 : 0		-	-	1	4,3	u = 1,22 p > 0,20
2 : 1		7	19,4	2	8,7	
1 : 2		12	33,3	5	21,8	
0 : 3		17	47,3	15	65,2	
		36	100,0	23	100,0	

Der Raatz-Test deckt weder hinsichtlich der Gesetzes-einhaltung noch hinsichtlich der Publizitätsfreude signifikante Unterschiede zwischen beiden Unternehmensgruppen auf (vgl. Tab. 33); tendenziell sind aller-

und Versandungsbereitschaft ist somit als "Scheinkorrelation" zu deuten; vgl. Mayntz/Holm/Hübner: Einführung 1973, S. 199 - 201

dings versendungsbereite Gesellschaften auch etwas publizitätsfreudiger ($p > 0,20$).

Die Hypothesen haben sich also nicht bestätigt. Das könnte darauf zurückgeführt werden, daß die Versendungsbereitschaft nicht ausschließlich von der Publizitätseinstellung bestimmt wird; es hat sich nämlich gezeigt, daß die gleichen Unternehmen bei der Untersuchung von Schmidt über das Publizitätsgesetz teilweise anders auf die Bitte um Übersendung ihres Geschäftsberichts reagiert haben¹⁾.

f) Laufende Publizität

Henniger hat eine Aufstellung über die vor der Einführung der Publizitätspflicht gezeigte freiwillige Publizitätsbereitschaft von 47 der 59 untersuchten Industrieunternehmen veröffentlicht²⁾.

Auch von der Einstellung zu dieser "laufenden Publizität" sind Auswirkungen auf die Rechnungslegung im gleichen Sinne denkbar wie bei der Versendungsbereitschaft.

Es sollen deshalb folgende Hypothesen überprüft werden:

Hypothese 6 a

Die laufende Publizität hat einen Einfluß auf die Gesetzeseinhaltung.

Hypothese 6 b

Die laufende Publizität hat einen Einfluß auf die Publizitätsfreude.

1) Vgl. S. 14 , Fußnote 5

2) Vgl. S. 24

Die Überprüfung dieser 47 Industrieunternehmen mithilfe des Rangsummentests von Raatz kann keinen signifikanten Zusammenhang bei der Gesetzes Einhaltung, wohl aber einen bei der Publizitätsfreude ($p < 0,05$) entdecken (vgl. Tab. 34).

Tab. 34: Einflußfaktor laufende Publizität

a) in bezug auf die Gesetzes Einhaltung

Gesetzes- Einhaltung \ laufende Publizität	vorhanden		nicht vorhanden		Ergebnis
	abs.	rel.	abs.	rel.	
4 : 0	3	15,8	6	21,4	u = -1,11 p > 0,25
3 : 0	12	63,1	9	32,1	
2 : 2	3	15,8	8	28,6	
1 : 3	1	5,3	5	17,9	
0 : 4	-	-	-	-	
	19	100,0	28	100,0	

b) in bezug auf die Publizitätsfreude

Publizitätsfreude				u = -2,03 p < 0,05 CP= 0,35
3 : 0	-	-	1	3,6
2 : 1	6	31,6	3	10,7
1 : 2	8	42,1	8	28,6
0 : 3	5	26,3	16	57,1
	19	100,0	28	100,0

Es zeigt sich damit, daß eine frühere freiwillige Publizitätsbereitschaft auch nach Einführung der Publizitätspflicht durch freiwillige Mehrpublizität fortgesetzt wird.

g) Behördenaufsicht

Die Rechnungslegung nach Aktien- und Publizitätsgesetz unterliegt - außer bei Sparkassen - der Kontrolle durch Wirtschaftsprüfer. Die Effizienz dieser Kontrolle wird maßgeblich von der Unabhängigkeit der Wirt-

schaftsprüfer beeinflußt; es wird darum in der Literatur zur institutionellen Sicherung der als gefährdet angesehenen Unabhängigkeit vereinzelt eine behördliche Aufsicht über die von den Wirtschaftsprüfern vorgenommenen Pflichtprüfungen gefordert¹⁾.

Für die Rechnungslegung der Versicherungen und Bausparkassen besteht heute schon gemäß § 81 (i.V.m. § 112) Versicherungsaufsichtsgesetz eine solche zweite Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde, der gemäß § 55 Abs. 1 VAG der Geschäftsbericht und gemäß § 59 VAG der Prüfungsbericht vorgelegt werden müssen. Da die Kontrolle durch die Registergerichte, die gemäß § 9 Abs. 3 den Geschäftsbericht lediglich auf die Durchführung einer Abschlußprüfung prüfen, mit derjenigen, wie sie im Versicherungsaufsichtsgesetz vorgesehen ist, nicht verglichen werden kann²⁾ und da schon festgestellt worden ist, daß die Industrieunternehmen insgesamt gesehen das Gesetz nicht einhalten³⁾, drängt sich die Frage auf, ob denn die Gesetzeseinhaltung bei den Versicherungen und Bausparkassen besser ist.

Da sich die Fragestellung nur auf die Gesetzeseinhaltung bezieht, wird hier folgende eine Hypothese aufgestellt:

Hypothese 7

Die behördliche Aufsicht hat einen Einfluß auf die Gesetzeseinhaltung.

1) Vgl. die Literaturübersicht bei v. Wysocki: Prüfungswesen 1972, S. 138, Fußnote 83

2) Vgl. Ackermann: Versicherungsaufsicht 1952, S. 262 f.; Linhardt: Versicherungsbetriebe 1970, Sp. 1848

3) Vgl. S. 102

Der Vergleich zwischen den beaufsichtigten und aufsichtsfreien Unternehmen bzw. Prüfern kann nicht mithilfe des bisher verwandten "Index der Gesetzes Einhaltung" durchgeführt werden, da nur zwei der dabei zugrunde liegenden vier Tatbestände auch bei Versicherungen anzutreffen sind. Es wird darum ein abgewandelter Index erstellt, der auf den zwei gemeinsamen Tatbeständen (Berichterstattung über Abschreibungen, Berichterstattung über Pensionsrückstellungen) beruht.

Tab. 35: Einflussfaktor Behördenaufsicht

Gesetzes- einhaltung	Behörden- aufsicht	vorhanden		nicht vorhanden		Ergebnis
		abs.	rel.	abs.	rel.	
2 : 0		-	-	15	25,4	u = 3,61 p < 0,001
1 : 1		3	27,3	34	57,6	
0 : 2		8	72,7	10	17,0	
		11	100,0	59	100,0	

Mithilfe des Raatz-Tests zeigt sich ein hochsignifikanter Unterschied ($p < 0,001$) zwischen beiden Unternehmensgruppen, allerdings halten nicht etwa die Versicherungen und Bausparkassen, sondern die Industrieunternehmen das Gesetz signifikant besser ein (vgl. Tab. 35).

Wenn auch dieses Ergebnis sicherlich nicht mit dem Fehlen einer Behördenaufsicht erklärt werden kann, so sollten jedenfalls an die Einführung einer zweiten Kontrolle keine hohen Erwartungen geknüpft werden.

h) Berichterstattungstatbestand

Bisher wurde bei der Analyse des Publizitätsverhaltens die Rechnungslegung immer als Ganzes betrachtet; nun stellt sich aber - im Anschluß an eine These von Havermann - die Frage, ob die Berichterstattung eines Unternehmens bei den einzelnen Tatbeständen unterschiedlich ist. Havermann hat nämlich bei seiner Untersuchung über Aktiengesellschaften festgestellt, daß die Erläuterungen zum Vorratsvermögen - etwa im Vergleich zur Berichterstattung über Abschreibungen¹⁾ - "übereinstimmend bei allen Gesellschaften zu den schwächsten Punkten der Berichterstattung" gehören²⁾. In diesem Zusammenhang weist er - offensichtlich als mögliche Erklärung - darauf hin, daß sich das Vorratsvermögen zur Bildung und Auflösung stiller Reserven besonders eignet³⁾.

Verallgemeinert man diese Feststellung, so läßt sich folgende Vermutung über die Gesetzeseinhaltung anstellen:

Hypothese 8

Der Berichterstattungstatbestand hat einen Einfluß auf die Gesetzeseinhaltung.

Zur Überprüfung werden die zwei Berichterstattungstatbestände des Vorratsvermögens, die Berichterstattung über Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und über fertige und unfertige Erzeugnisse, der Berichterstattung über Abschreibungen gegenübergestellt; dabei werden jeweils die Unternehmen, die entsprechende Positionen nicht

1) Vgl. Havermann: Publizitätsfreudigkeit 1963, S. 265

2) Ebenda, S. 234

3) Vgl. ebenda, S. 234 f.

ausweisen und darum von einer Berichterstattung befreit sind, außer Betracht gelassen.

Der Vergleich der Berichterstattungsqualität zweier verschiedener Tatbestände stellt eine abhängige Fragestellung dar; es wird darum der McNemar-Test angewandt. In beiden Fällen zeigen sich dabei signifikante Unterschiede ($p < 0,01$ bzw. $0,001$), und zwar ist die Berichterstattung im Umlaufvermögen besser als im Anlagevermögen (vgl. Tab. 36).

Tab. 36: Einflußfaktor Berichterstattungsstatbestand

a) Vergleich der Berichterstattung über Abschreibungen und über Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe \ Abschreibungen	ausreichend abs.	nicht ausreichend abs.	Ergebnis
ausreichend	17	39	$\chi^2 = 36,10$ $p < 0,001$
nicht ausreichend	1	1	
	18	40	

b) Vergleich der Berichterstattung über Abschreibungen und über fertige und unfertige Erzeugnisse

fertige und unfertige Erzeugnisse			
ausreichend	11	18	$\chi^2 = 6,79$ $p < 0,001$
nicht ausreichend	5	20	
	16	38	

Das Ergebnis widerspricht der Feststellung von Havermann; die aufgezeigten Unterschiede lassen sich darum nicht mit dem Hinweis auf eine mögliche Stille-Reserven-Politik erklären.

Mangels einer anderen plausiblen Erklärung für dieses Ergebnis soll eine kausale Inter-

pretation des empirischen Befunds durch Erhebung des Berichterstattungstatbestands zum Einflußfaktor unterbleiben.

1) Gleichförmigkeitsthese

Im vorigen Kapitel ist festgestellt worden, daß die Informationsversorgung durch die Unternehmen im Bereich der Gesetzeseinhaltung besser ist als auf dem Gebiete der Publizitätsfreude¹⁾. Diese gleiche Aussage soll nunmehr daraufhin überprüft werden, ob Unternehmen, die bezüglich der Gesetzeseinhaltung relativ gut eingestuft werden, auch sehr publizitätsfreudig sind und ob entsprechend eine ungenügende Gesetzesbeachtung mit einer geringen freiwilligen Publizität einhergeht.

Geht man, wie etwa Kappler²⁾, von einer negativen Einstellung der Unternehmen gegenüber der Publizität aus - und dafür liefert gerade die Entstehungsgeschichte des Publizitätsgesetzes genügend Anhaltspunkte -, so ist die obige Gleichförmigkeitsthese plausibel: nur wer überhaupt bereit ist, die gesetzlichen Mindestinformationen bereitzustellen, wird eine darüber hinausgehende freiwillige Informationspolitik betreiben³⁾.

Diese Überlegung ermöglicht die Formulierung der folgenden Hypothese:

Hypothese 9

Die Gesetzeseinhaltung hat einen Einfluß auf die Publizitätsfreude.

1) Vgl. S. 103

2) Vgl. Kappler: Informationsverhalten 1972, S. 158

3) Vgl. zur Berichterstattung als "Ausdruck einer unternehmerischen Strategie": Lücke: Bilanzstrategie 1969, S. 2286

Durch Vergleich der beiden entsprechenden Indexwerte jedes Unternehmens - das läßt sich zwangsläufig nur bei Industrieunternehmen durchführen - wird das gleichförmige Verhalten überprüft.

Auch hier liegt eine abhängige Fragestellung vor, die wegen der mehrfachen Unterteilung der Variablen mit Hilfe des Symmetrie-Tests von Bowker untersucht wird. Das Testergebnis entspricht nicht Hypothese 9, die Gesetzes-einhaltung bedingt also nicht die Publizitätsfreude (vgl. Tab. 37).

Tab. 37: Gleichförmigkeitsthese

Ge- setzes- einhaltung	Publizi- täts- freude	3 : 0 abs.	2 : 1 abs.	1 : 2 abs.	0 : 3 abs.	Ergebnis
4 : 0		-	1	3	6	$\chi^2 = 22,96$ $p < 0,01$
3 : 1		-	6	9	12	
2 : 2		1	2	3	7	
1 : 2		-	-	2	6	
0 : 4		-	-	-	1	
		1	9	17	32	

Die Widerlegung der Gleichförmigkeitsthese zieht auch die These einer bewußten Informationspolitik durch die Unternehmen mit in Zweifel; es ist aber auch eine Interpretation des Untersuchungsergebnisses möglich, die mit der doch plausiblen These der bewußten Informationspolitik konform geht:

Danach wird zwar eine bewußte Informationsversorgung betrieben, die Falsifizierung von Hypothese 9 ist aber darauf zurückzuführen, daß die publizitätsfreudigen

Unternehmen nur nach eigener Ansicht die gesetzlichen Mindestinformationen bereitgestellt haben, während das - objektiv gesehen - nicht der Fall ist.

3. Ergebnis

Die Analyse der Rechnungslegung sollte einen Versuch darstellen, wesentliche Eigenschaften der Grundgesamtheit auf ihren von der Literatur behaupteten Einfluß auf die Rechnungslegung zu untersuchen; dabei konnte lediglich die Auswirkung der Rechtsform nicht überprüft werden, da eine Branchenverzerrung eingetreten wäre.

Bei der Analyse der Rechnungslegung haben sich zwei signifikante Einflußgrößen herausgestellt, einmal die Branche, und zwar sowohl in bezug auf die Gesetzeseinhaltung ($CP = 0,64$) als auch in bezug auf die Publizitätsfreude ($CP = 0,39$), und zum anderen die laufende Publizität, und zwar nur in bezug auf die Publizitätsfreude ($CP = 0,35$). Dabei ist der Einfluß, der von der Branchenzugehörigkeit insbesondere auf die Gesetzesbefolgung ausgeht, als recht hoch zu werten, wie sich am Kontingenzkoeffizienten ersehen läßt.

Dagegen haben die meisten Variablen (Unternehmensgröße, Wirtschaftsprüfer, Nationalität, Versandungsbereitschaft, Behördenaufsicht, Berichterstattungstatbestand, Gleichförmigkeit) nicht die von ihnen vermuteten Wirkungen gezeigt.

Eine Generalisierung der gewonnenen Ergebnisse ist nicht ohne weiteres möglich; es erscheint darum empfehlenswert, insbesondere diejenigen Hypothesen, deren Falsifikation nicht mit Besonderheiten der untersuch-

ten Grundgesamtheit erklärt werden konnte, einer weiteren, allgemeinen Bewährungsprobe auszusetzen.

E Zusammenfassung

Als Ergebnis der Untersuchung können folgende Feststellungen getroffen werden:

1. Die auf die GoB verlagerte Regelung der Bewertung im Jahresabschluß ist durch Heranziehung sowohl von Handelsbräuchen als ^{auch} von deduktiven Überlegungen zu ermitteln, wobei die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften die Anforderungen der GoB nach oben hin begrenzen (argumentum a fortiori).

Die Analyse der Geschäftsberichte, die allerdings als Analyse der Berichterstattung nur beschränkte Aussagen über einen Handelsbrauch erlaubt, deutet darauf hin, daß die strengeren aktienrechtlichen Regelungen auch von den nach dem Publizitätsgesetz zur Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen befolgt werden.

2. Die Angaben im Erläuterungsbericht stehen nicht mit den gesetzlichen Vorschriften im Einklang; eine Gesetzeseinhaltung kann - bezogen auf die Industrieunternehmen - insgesamt gesehen nicht festgestellt werden.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, daß die Wirtschaftsprüfer dennoch in allen Fällen die Übereinstimmung der Rechnungslegung mit dem Gesetz bescheinigt haben; von der Einführung einer Behördenaufsicht oder einer honorarabhängigen Mandatsbeschränkung sind allerdings - nach den Ergebnissen dieser Untersuchung - keine positiven Impulse zu erwarten.

Die Neigung zur freiwilligen Mehrinformation ist bei den Unternehmen kaum ausgeprägt; von einer Publizitätsfreude kann nicht gesprochen werden.

3. Die Rechnungslegungsqualität ist - zumindest über einen kurzen Zeitraum - konstant; demgegenüber sind in der Qualität Unterschiede zwischen den untersuchten und anderen publizitätspflichtigen Unternehmen zu verzeichnen, so daß in dieser Hinsicht eine Verallgemeinerung der Untersuchungsergebnisse unterbleiben muß.
4. Die Gesetzeseinhaltung und Publizitätsfreude der untersuchten Gesellschaften werden durch die Branchenzugehörigkeit bestimmt, die Publizitätsfreude zusätzlich noch von der früheren freiwilligen Publizität.

Dagegen ging insbesondere von der Unternehmensgröße, dem Wirtschaftsprüfer, der Nationalität und der Versandungsbereitschaft kein Einfluß auf die Rechnungslegung aus.

TABELLENVERZEICHNIS

	Seite
Tab. 1: Versendungsbereitschaft und Abschlußstichtag	15
Tab. 2: Rechtsformen	16
Tab. 3: Branchenzugehörigkeit	18
Tab. 4: Betriebsgröße der Industrie- und Handelsunternehmen	20
Tab. 5: Betriebsgröße der Kreditinstitute und Bausparkassen, gemessen am Ge- schäftsvolumen	20
Tab. 6: Betriebsgröße der Versicherungen, gemessen an den Prämieinnahmen	20
Tab. 7: Publizitätspflicht auslösende Größenkriterien	19
Tab. 8: Integrierte Kennziffer für Betriebs- größe	22
Tab. 9: Zeitpunkt der Veröffentlichung der Jahresabschlüsse im Bundesan- zeiger	23
Tab. 10: Konzernbindungen der GmbHs	25
Tab. 11: Prüfende Organe und deren Markt- teile	27
Tab. 12: Globalangabe der angewandten Be- wertungskonzeption	44
Tab. 13: Bilanzierung selbst geschaffener immaterieller Anlagewerte	50
Tab. 14: Gliederungsschema der Bilanz	54
Tab. 15: Zum Inhalt der Bilanz	58
Tab. 16: Ausweis der vermerkpflchtigen Tatbestände	63
Tab. 17: Berichterstattung über aus der Bilanz nicht ersichtliche Haf- tungsverhältnisse	65

	Seite
Tab. 18: Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	67
Tab. 19: Berichterstattung über die planmässigen Abschreibungen	80
Tab. 20: Berichterstattung über die bei der Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe angewandten Methoden	85
Tab. 21: Berichterstattung über die Zusammensetzung der Herstellungskosten der fertigen und unfertigen Erzeugnisse	87
Tab. 22: Berichterstattung über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen	90
Tab. 23: Angabe von Vorjahreszahlen	93
Tab. 24: Berichterstattung über Änderungen in der Bewertungsmethode	94
Tab. 25: Globalangabe der angewandten Bewertungskonzeption	96
Tab. 26: Index der Gesetzeseinhaltung	100
Tab. 27: Index der Publizitätsfreude	102
Tab. 28: Vergleich empirischer Untersuchungen	118
Tab. 29: Einflußfaktor Branche	123
Tab. 30: Einflußfaktor Unternehmensgröße	127
Tab. 31: Einflußfaktor Wirtschaftsprüfer	132
Tab. 32: Einflußfaktor Nationalität	135
Tab. 33: Einflußfaktor Versandungsbereitschaft	137
Tab. 34: Einflußfaktor laufende Publizität	139
Tab. 35: Einflußfaktor Behördenaufsicht	141
Tab. 36: Einflußfaktor Berichterstattungbestand	143

	Seite
Tab. 37: Gleichförmigkeitsthese	145

A n h a n g

Tab. 1: Anlagespiegel bei Kreditinstituten	154
Tab. 2: Berichterstattung über die Abschreibungen auf planmäßig abschreibbare Zugänge	155
Tab. 3: Berichterstattung über die Behandlung geringwertiger Gegenstände des Anlagevermögens	156
Tab. 4: Berichterstattung über die außerplanmäßigen Abschreibungen	157
Tab. 5: Berichterstattung über Zuschreibungen im Anlagevermögen	158
Tab. 6: Berichterstattung über den Herstellungskostenbegriff im Anlagevermögen (ohne Kreditinstitute und Versicherungen)	158
Tab. 7: Berichterstattung über die Bewertung von Beteiligungen	159
Tab. 8: Berichterstattung über die Bewertung von Wertpapieren bei Kreditinstituten und Versicherungen	159
Tab. 9: Berichterstattung über die Bewertung von Forderungen (ohne Kreditinstitute)	160
Tab. 10: Berichterstattung über den Ansatz einer Pauschalwertberichtigung (ohne Kreditinstitute)	160
Tab. 11: Berichterstattung über die Be-	

	Seite
wertung von Forderungen bei Kreditinstituten	161
Tab. 12: Berichterstattung über andere Rückstellungen	161

A Tabellenanhang

Tab. 1: Anlagespiegel bei Kreditinstituten

§ 3 der Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Kreditinstituten verpflichtet diese, im Geschäftsbericht einen Anlagespiegel zu veröffentlichen.

	abs.	rel.	Bemerkungen
1. Es wird - soweit ersichtlich - ein vollständiger Anlagespiegel gemacht	92	67,6	1
2. Der Anlagespiegel ist unvollständig davon:	31	22,8	
Abgänge und Abschreibungen bzw. Zugänge und Zuschreibungen werden teilweise oder immer zusammengefaßt	(17)	(12,5)	
3. Ein Anlagespiegel fehlt vollkommen	13	9,6	
	136	100,0	

1 Hinreichende Berichterstattung; diese Klassifizierung wird hier und im folgenden von v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971, S. 308 ff.), soweit möglich, übernommen bzw. analog dazu entwickelt.

Tab. 2: Berichterstattung über die Abschreibungen auf planmäßig abschreibbare Zugänge

Gemäß § 160 Abs. 2 Satz 3 AktG haben alle Nichtbanken "zu den einzelnen Posten des Anlagevermögens die Abschreibungen und Wertberichtigungen anzugeben, die auf Zugänge des Geschäftsjahrs gemacht worden sind."

	Banken		Versicherungen		Industrie		Gesamt		Bemerkungen
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	
1. Vollständige Berichterstattung bei allen planmäßig abschreibbaren Zugängen	2	1,5	2	18,2	50	84,7	54	26,2	1
2. Bericht fehlt; es sind keine planmäßig abschreibbaren Zugänge vorhanden	-	-	-	-	-	-	-	-	
3. Bericht fehlt; ob planmäßig abschreibbare Zugänge vorhanden sind, kann wegen vollständig oder teilweise fehlenden Anlagespiegels nicht überprüft werden	13	9,5	1	9,1	-	-	14	6,8	
4. Berichterstattung erfolgt nicht bei allen ersichtlichen, planmäßig abschreibbaren Zugängen	2	1,5	-	-	5	8,5	7	3,4	
5. Bericht fehlt, obwohl aus der Bilanz bzw. dem GB planmäßig abschreibbare Zugänge ersichtlich sind	119	87,5	8	72,7	4	6,8	131	63,6	
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	

1 Hinreichende Berichterstattung

Tab. 3: Berichterstattung über die Behandlung geringwertiger Gegenstände des Anlagevermögens
Hinsichtlich der geringwertigen Gegenstände des Anlagevermögens "muß im Geschäftsbericht die Abschreibungsmethode (§ 160 Abs. 2 Satz 2 AktG) und, da es sich um Zugänge des betreffenden Jahres handelt, der Abschreibungsbetrag (§ 160 Abs. 2 Satz 3 AktG) angegeben werden" (v. Wysocki et al: Berichterstattung 1971, S. 320).

	Banken abs. rel.	Versicherungen abs. rel.	Industrie abs. rel.	Gesamt abs. rel.	Bemerkungen
1. Volle Abschreibung im Jahr der Anschaffung mit Angabe des Abschreibungsbetrages einschl. der Angabe, daß geringwertige Vermögensgegenstände nicht angeschafft worden sind	1 0,7	- -	9 15,3	10 4,8	1
2. Volle Abschreibung im Jahr der Anschaffung ohne Angabe des Abschreibungsbetrages	6 4,4	2 18,2	35 59,3	43 20,9	
3. Nur Angabe des Abschreibungsbetrages	- -	2 18,2	- -	2 1,0	
4. Keine Berichterstattung	129 94,9	7 63,6	15 25,4	151 73,3	
	136 100,0	11 100,0	59 100,0	206 100,0	

1 Hinreichende Berichterstattung

Tab. 4: Berichterstattung über die außerplanmäßigen Abschreibungen

Die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibung ist gemäß § 160 Abs. 2 Satz 4 AktG zu "erörtern"; eine Angabe der betragsmäßigen Auswirkung ist nicht erforderlich, die Notwendigkeit der Angabe der Beweggründe ist unstritten (vgl. Adler/Düring/Schmalz: Rechnungslegung 1968, § 160 Tz. 45 ff.; Kropff: AktG 1973, § 160 Anm. 42 ff.). Da diese Angaben die Vergleichbarkeit des Jahresabschlusses mit dem Vorjahr ermöglichen sollen, handelt es sich bei der erstmaligen Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz um eine freiwillige Berichterstattung.

	Banken		Versicherungen		Industrie		Gesamt	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
A Umfang der Berichterstattung								
1. Es wird über außerplanmäßige Abschreibungen berichtet	24	17,6	5	45,5	49	83,0	78	37,9
2. Es wird über außerplanmäßige Abschreibungen nicht berichtet								
a) obwohl erkennbar außerplanmäßig abgeschrieben wurde (Finanzanlagevermögen, Grundstücke ohne Bauten)	10	7,4	1	9,0	1	1,7	12	5,8
b) nicht erkennbar, ob außerplanmäßig abgeschrieben wurde	102	75,0	5	45,5	4	6,8	111	53,9
3. Es findet sich der Hinweis, daß außerplanmäßige Abschreibungen nicht vorgenommen wurden	-	-	-	-	5	8,5	5	2,4
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0
B Berichterstattung über die Ursachen von außerplanmäßigen Abschreibungen								
1. Die Rechtsgrundlagen werden angegeben	2	8,3	-	-	7	14,3	9	11,5
2. Lediglich Hinweis auf steuerliche Zulässigkeit	-	-	-	-	7	14,3	7	9,0
3. Die Art wird angegeben, nicht die Rechtsgrundlage	11	45,8	1	20,0	9	18,4	21	26,9
4. Rechtsgrundlage und Art werden angegeben	4	16,7	4	80,0	23	46,9	31	39,8
5. Hinweis auf steuerliche Zulässigkeit und Art	7	29,2	-	-	3	6,1	10	12,8
6. Kein Bericht über Ursachen im Rahmen der Gesamtberichterstattung	-	-	-	-	-	-	-	-
	24	100,0	5	100,0	49	100,0	78	100,0
A 2 und A 3	112		6		10		128	
	136		11		59		206	
C Berichterstattung über die Beträge von außerplanmäßigen Abschreibungen								
1. Vollständige oder unvollständige Angabe des Betrages in einer Summe	9	37,5	1	20,0	18	36,7	28	35,9
2. Betragsangabe nur für einzelne Arten	7	29,2	1	20,0	12	24,5	20	25,6
3. Vollständige Angabe der Beträge für die einzelnen Arten	1	4,1	1	20,0	5	10,2	7	9,0
4. Kein Bericht über die Beträge im Rahmen der Gesamtberichterstattung	7	29,2	2	40,0	14	28,6	23	29,5
	24	100,0	5	100,0	49	100,0	78	100,0
A 2 und A 3	112		6		10		128	
	136		11		59		206	
D Berichterstattung über Ursachen und Beträge der außerplanmäßigen Abschreibungen								
1. Sowohl Angabe von Ursachen als auch von Beträgen	17	70,8	3	60,0	35	71,4	55	70,5
2. Angabe von Ursachen, nicht von Beträgen	7	29,2	2	80,0	14	28,6	23	29,5
3. Angabe von Beträgen, nicht von Ursachen	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Weder Angabe von Ursachen noch von Beträgen im Rahmen der Gesamtberichterstattung	24	100,0	5	100,0	49	100,0	78	100,0
A 2 und A 3	112		6		10		128	
	136		11		59		206	

Tab. 5: Berichterstattung über Zuschreibungen im Anlagevermögen

Zuschreibungen bedeuten eine Änderung der Bewertungs- und Abschreibungsmethode (§ 160 Abs. 2 Satz 4 AktG), über die bei der erstmaligen Rechnungslegung nicht berichtet werden muß.

	Banken		Versicherungen		Industrie		Gesamt		Bemerkungen
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	
1. Es wird über die Ursachen der Zuschreibungen berichtet									
a) zur Anpassung an die Steuerbilanz	2	1,5	-	-	5	8,5	7	3,4	
b) aus sonstigen Gründen	2	1,5	-	-	10	17,0	12	5,8	1
2. Die Vornahme von Zuschreibungen wird lediglich erwähnt	7	5,1	-	-	2	3,4	9	4,4	
3. Es werden im Anlagespiegel zwar Zuschreibungen ausgewiesen, es wird aber nicht darüber berichtet	-	-	-	-	15	25,4	15	7,3	
./.. Doppelzählungen	-	-	-	-	./.. 3	./.. 5,1	./.. 3	./.. 1,5	
4. Es werden keine Zuschreibungen ausgewiesen	98	72,1	6	54,5	30	50,8	134	65,1	
5. Die Vornahme von Zuschreibungen ist wegen fehlenden Anlagespiegels nicht erkennbar	27	19,8	5	45,5	-	-	32	15,5	
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	

1 In fünf Fällen handelt es sich um Aufzinsungen, in drei Fällen um die Auflösung einer Wertberichtigung, in drei Fällen um die Rückgängigmachung überhöhter Abschreibungen

Tab. 6: Berichterstattung über den Herstellungskostenbegriff im Anlagevermögen (ohne Kreditinstitute und Versicherungen)

Da der Gesetzgeber beim Herstellungskostenbegriff den Unternehmen einen sehr großen Spielraum eingeräumt hat, "sind Angaben darüber erforderlich, ob und inwieweit nicht aktivierungspflichtige Kosten ... aktiviert sind" (IdW: NA 1/67, S. 129).

	abs.	rel.	Bemerkungen
1. Es wird berichtet:			
a) HK entsprechend dem Mindestwert nach Abschn. 33 EStR	4	6,8	1
b) HK unter Beachtung des Abschn. 33 EStR	4	6,8	
c) HK = Einzelkosten (Fertigungsmaterial + Fertigungslöhne)	-	-	
d) HK = Einzelkosten + Material- und Fertigungsgemeinkosten	7	11,8	1
e) HK = Einzelkosten + Material- und Fertigungsgemeinkosten + Abschreibung	1	1,7	1
f) HK = Einzelkosten + aktivierungsfähige Gemeinkosten	2	3,4	1
g) sonstige spezifische Angaben	3	5,1	2
h) nur Hinweis auf GoB oder AktG	-	-	
./.. Doppelzählungen	./.. 4	./.. 6,8	
2. Es wird nicht berichtet	42	71,2	
	59	100,0	

1 Hinreichende Berichterstattung

2 Nur in einem Fall (038) wird der Herstellungskostenbegriff hinreichend klar und umfassend beschrieben, in den anderen zwei Fällen wird lediglich die Aktivierung von Fremdkapitalzinsen erwähnt.

Tab. 7: Berichterstattung über die Bewertung von Beteiligungen

Eine Berichterstattung über die Bewertung von Beteiligungen erscheint nicht erforderlich, da grundsätzlich keine Methodenwahlrechte und kein Bewertungsspielraum besteht, so daß jede Berichterstattung zwangsläufig nur Selbstverständliches wiedergeben muß, und da selbst dort, wo ein solcher Spielraum vorhanden ist (zum Teil im Rahmen der außerplanmäßigen Abschreibungen), bei der erstmaligen Rechnungslegung nicht darauf eingegangen werden muß.

	Banken		Versicherungen		Industrie		Gesamt	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
1. Es wird berichtet, daß								
a) die Bewertung unter Beachtung des Niederstwertprinzips erfolgte	-	-	1	9,1	1	1,7	2	1,0
b) die Bewertung zu Anschaffungskosten erfolgte	-	-	2	18,2	10	16,9	12	5,8
c) die Bewertung zu Anschaffungskosten oder niedrigerem zulässigen Wert erfolgte	-	-	-	-	9	15,3	9	4,4
d) außerplanmäßig Abschreibungen vorgenommen wurden	14	10,3	2	18,2	17	28,8	33	16,0
e) sonstige	-	-	-	-	2	3,4	2	1,0
./. Doppelzählungen	-	-	./ 1	./ 9,1	./ 11	./ 18,6	./ 12	./ 5,8
2. Es wird über die Bewertung nicht berichtet	118	86,8	7	63,6	28	47,4	153	74,2
3. Es sind keine Beteiligungen vorhanden	4	2,9	-	-	3	5,1	7	3,4
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0

Tab. 8: Berichterstattung über die Bewertung von Wertpapieren bei Kreditinstituten und Versicherungen

Da Kreditinstitute von der Pflicht zur Angabe der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden freigestellt sind, handelt es sich insoweit um eine freiwillige Berichterstattung; zu beachten ist die den Kreditinstituten eingeräumte Möglichkeit zur Legung stiller Reserven.

	Banken		Versicherungen		Gesamt		Bemerkungen
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	
A Aufteilung der Wertpapiere in AV und UV							
1. Es wird über die Aufteilung berichtet	46	33,8	-	-	46	31,3	1
2. Es wird über die Aufteilung nicht berichtet	90	66,2	11	100,0	101	68,7	2
	136	100,0	11	100,0	147	100,0	
B Angabe der Bewertungsmethode							
1. Es findet sich der Hinweis auf das Niederstwertprinzip	42	30,9	6	54,5	48	32,7	
2. Es findet sich der Hinweis auf das strenge Niederstwertprinzip	6	4,4	4	36,4	10	6,8	
3. Es findet sich der Hinweis auf das Niederstwertprinzip im AV, auf das strenge Niederstwertprinzip im UV	25	18,4	-	-	25	17,0	
4. Sonstige Bewertungsangaben	15	11,0	1	9,1	16	10,9	3
./. Doppelzählungen	./ 1	./ 0,7	-	-	./ 1	./ 0,7	
5. Keine Angaben	49	36,0	-	-	49	33,3	
	136	100,0	11	100,0	147	100,0	
C Hinweise auf stille Reserven							
1. Es wird betragsmäßig über stille Reserven im Wertpapierbesitz berichtet	2	1,5	1	9,1	3	2,0	
2. Es wird auf stille Reserven nur hingewiesen	9	6,6	-	-	9	6,1	
3. Es wird nicht berichtet	125	91,9	10	90,9	135	91,9	
	136	100,0	11	100,0	147	100,0	

1 In zwei Fällen werden alle Wertpapiere dem UV, in sieben Fällen dem AV zugerechnet.

2 In 15 Fällen wird ohne Betragsangabe darauf hingewiesen, daß Wertpapiere sowohl im AV als auch im UV vorhanden sind.

3 Es handelt sich in der Regel um die Vornahme von Abschreibungen.

Tab. 9: Berichterstattung über die Bewertung von Forderungen (ohne Kreditinstitute)

vgl. sinngemäß die Ausführungen zu Tab. 7

	Versicherungen		Industrie		Gesamt	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
1. Es wird berichtet, daß						
a) Forderungen zum Nennwert/Barwert angesetzt werden	-	-	2	3,4	2	2,8
b) allen erkennbaren Risiken Rechnung getragen wurde	-	-	9	15,3	9	12,9
c) Forderungen einzelwertberichtigt wurden						
c1) lediglich Hinweis	5	45,5	33	55,9	38	54,3
c2) Betragsangabe	-	-	1	1,7	1	1,4
2. Sonstige Berichterstattung	-	-	-	-	-	-
3. Keine Berichterstattung	6	54,5	14	23,7	20	28,6
	11	100,0	54	100,0	70	100,0

Tab. 10: Berichterstattung über den Ansatz einer Pauschalwertberichtigung (ohne Kreditinstitute)

vgl. sinngemäß die Ausführungen zu Tab. 7

	Versicherungen		Industrie		Gesamt		Bemerkungen
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	
1. Es ist eine Pauschalwertberichtigung vorhanden							
a) es wird über Kriterium der Bildung und/oder Einstellung bzw. Auflösung berichtet	5	45,4	2	3,4	7	10,0	
b) es findet sich lediglich der Hinweis auf die Vornahme von Pauschalwertberichtigungen	-	-	4	6,8	4	5,7	
c) keine Berichterstattung	3	27,3	37	62,7	40	57,1	
2. Es ist keine passivische Pauschalwertberichtigung vorhanden	3	27,3	16	27,1	19	27,2	1
	11	100,0	54	100,0	70	100,0	

- 1 Bei den drei hier ausgewiesenen Versicherungen kann aufgrund des Gliederungsschemas nicht beurteilt werden, ob eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen wurde.

Tab. 11: Berichterstattung über die Bewertung von Forderungen bei Kreditinstituten

vgl. sinngemäß die Ausführungen zu Tab. 8

	abs.	rel.
1. Es wird berichtet, daß		
a) Forderungen zum Nennwert angesetzt werden	-	-
b) Forderungen einzelwertberichtigt werden		
b1) lediglich Hinweis	59	43,4
b2) Betragsangabe	9	6,6
c) bei Forderungen über die vorgeschriebenen Sammelwertberichtigungen hinaus Globalwertberichtigungen vorgenommen werden ("Sondersammelwertberichtigung")		
c1) lediglich Hinweis	42	30,9
c2) Betragsangabe	6	4,4
./. Doppelzählungen	./. 35	./. 25,7
2. Es wird nicht berichtet	55	40,4
	136	100,0

Tab. 12: Berichterstattung über andere Rückstellungen

Bei der Bildung von Rückstellungen besteht ein erheblicher Ermessungsspielraum im Rahmen der "vernünftigen kaufmännischen Beurteilung"; im Regelfall erscheint jedoch eine hinreichend klare Erläuterung des Ansatzes nicht möglich.

	Banken		Versicherungen		Industrie		Gesamt		Bemerkungen
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	
1. Es wird berichtet, daß die Rückstellungen									
a) vernünftiger kaufmännischer Beurteilung entsprechen	-	-	-	-	1	1,7	1	0,5	
b) allen erkennbaren Risiken und/oder der Höhe nach ungewissen Verpflichtungen Rechnung tragen	45	33,1	1	9,1	23	39,0	69	33,5	1
c) mit dem Wert angesetzt werden, der für Zwecke der Steuern vom Einkommen und Ertrag für zulässig gehalten wird	-	-	-	-	-	-	-	-	
d) sonstige Berichterstattung	-	-	-	-	1	1,7	1	0,5	2
2. Es wird nicht berichtet	91	66,9	10	90,9	34	57,6	135	65,5	
	136	100,0	11	100,0	59	100,0	206	100,0	

1. Einschließlich der Angaben "in erforderlichem Umfang", "in ausreichendem Maß"

2. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Rückstellungen zum größten Teil steuerlich nicht anerkannt werden (121).

B Das statistische Instrumentarium

1. Raatz' Rangsummentest für gruppierte Meßreihen¹⁾

$$(1) \quad u = \frac{T - \mu}{s}$$

Definitionsgleichungen:

$$(2) \quad T = \frac{1}{2} \sum f_{1j} F_j^*$$

$$(3) \quad F_j^* = F_j + F_{j-1} + 1$$

$$(4) \quad \mu = \frac{N_1 (N + 1)}{2}$$

$$(5) \quad s = \sqrt{\frac{N_1 N_2}{12 N (N - 1)} (N^3 - \sum f_j^3)}$$

Dabei bedeuten:

j : (1, ..., m) Zahl der Gruppen der unabhängigen Variable

f_{1j} : Zahl der Individuen der (kleineren) Teilgesamtheit 1 in der Gruppe j

f_j : Gesamtzahl beider Teilgesamtheiten der Gruppe j

F_j : kumulierte Gesamtzahl beider Teilgesamtheit einschließlich Gruppe j

N, N_1, N_2 : Gesamtzahl in der (Teil-)Gesamtheit

1) Vgl. Lienert: Methoden 1973, S. 233 - 235

Beispiel 1: vgl. Tab. 34, b, S. 139

	lauf. Publ.	keine lauf. Publ.	Gesamt
3:0	-	1	1
2:1	6	3	9
1:2	8	8	16
0:3	5	16	21
	19	28	47

Zur Berechnung der Prüfgrößen bedient man sich zweckmäßigerweise des folgenden tableaux:

	f_{1j}	f_j	F_j	F_j^-	$f_{1j} F_j^*$	f_j^3
3:0	-	1	1	2	-	1
2:1	6	9	10	12	72	729
1:2	8	16	26	37	296	4096
0:3	5	21	47	74	370	9261
	19	47			738	14087
	$=N_1$	$=N$			$T= 369$	

Eingesetzt in (5) und (1) ergeben sich folgende Werte:

$$s = \sqrt{\frac{19 \cdot 28}{12 \cdot 47 \cdot 46}} (47^3 - 14087) = 42,90$$

$$u = \frac{369 - \frac{19 \cdot 48}{2}}{42,90} = - 2,03$$

$$\text{Tafelwert}^{1)}: u_{5\%} = - 1,96$$

1) Vgl. Clauß/Ebner: Statistik 1972, S. 334 - 337

2. H-Test von Kruskal und Wallis für gruppierte Meßwerte¹⁾

$$(1) H/C = \frac{H}{C}$$

Definitionsgleichungen:

$$(2) H = \frac{12}{N(N+1)} \cdot \sum \frac{T_i^2}{N_i} - 3(N+1)$$

$$(3) C = 1 - \frac{\sum f_j^3 - N}{N^3 - N}$$

$$(4) T_i = \frac{1}{2} \sum f_{ij} F_j^*$$

$$(5) F_j^* = F_j + F_{j-1} + 1$$

Dabei bedeuten:

- f_{ij} : Anzahl der Meßwerte aus Intervall j bei Teilgesamtheit i
 f_j : Anzahl der Meßwerte aus Intervall j bei allen Teilgesamtheiten
 F_j : kumulierte Anzahl der Meßwerte aller Teilgesamtheiten einschließlich Intervall j
 N, N_i : Gesamtzahl in der (Teil-)Gesamtheit

1) Vgl. Lienert: Methoden 1973, S. 265, S. 269 f.

Beispiel 2: vgl. Tab. 29, c, S. 123

	Bank	Vers.	Ind.	Gesamt
3:0	-	-	1	1
2:1	1	-	9	10
1:2	20	2	17	39
0:3	115	9	32	156
	136	11	59	206

	f_{1j}	f_{2j}	f_{3j}	f_j	F_j	F_j^*
3:0	-	-	1	1	1	2
2:1	1	-	9	10	11	13
1:2	20	2	17	39	50	62
0:3	115	9	32	156	206	257
	136	11	59	206		
	$=N_1$	$=N_2$	$=N_3$	$=N$		

$f_{1j} F_j^*$	$f_{2j} F_j^*$	$f_{3j} F_j^*$	f_j^3
-	-	2	1
13	-	117	1000
1240	124	1054	59319
29555	2313	8224	3 796416

30808 2437 9397 3 856736
 $T_1=15404$ $T_2=1218,5$ $T_3=4698,5$

Eingesetzt in (2), (3) und (1) ergeben sich folgende Werte:

$$H = \frac{12}{206 \cdot 207} \sum \left(\frac{15404^2}{136} + \frac{1218,5^2}{11} + \frac{4698,5^2}{59} - 3 \cdot 207 \right) = 13,27$$

$$C = 1 - \frac{3856736 - 206}{206^3 - 206} = 0,56$$

$$H/C = 23,74 \quad \text{Tafelwert}^{1)}: \chi^2_{2 \text{ Fg}; 5\%} = 5,99$$

3. Kontingenzkoeffizient von Pearson mit Aufwertungskorrektur nach Pawlik²⁾

$$(1) CP = \frac{C}{C_{\max}}$$

Definitionsgleichungen:

$$(2) C = \sqrt{\frac{\chi^2}{N + \chi^2}}$$

$C_{\max}$ ist abhängig von der Anzahl der Spalten und Zeilen und kann aus einer Tafel abgelesen werden.³⁾

1) Vgl. Clauß/Ebner: Statistik 1972, S. 344; Kriz: Statistik 1973, S. 286

2) Vgl. Clauß/Ebner: Statistik 1972, S. 260 - 264; Lienert: Methoden 1973, S. 562 - 564.

3) Vgl. Clauß/Ebner: Statistik 1972, S. 263.

Beispiel 3: vgl. Beispiel 1

(Das Vorhandensein einer laufenden Publizität hat sich als signifikant erwiesen)

Dem Kontingenzkoeffizienten liegt der herkömmliche Chi-Quadrat zugrunde; seine Berechnungsweise (einschließlich etwaiger Yates-Korrektur) wird als bekannt vorausgesetzt.

$$\chi^2 = 3,75$$

Eingesetzt in (2) ergibt sich:

$$C = \sqrt{\frac{3,75}{47 + 3,75}} = 0,271$$

$C_{\max}$ für ein 2 x 4 - Tafel beträgt 0,7865.

$$CP = \frac{0,271}{0,7865} = 0,35$$

4. χ^2 - Test von McNemar¹⁾

$$(1) \quad \chi^2 = \frac{(b - c)^2}{b + c}$$

Falls $(b + c) < 30$, sollte zweckmäßigerweise die Yates-Korrektur durchgeführt werden:

$$(1a) \quad \chi^2 = \frac{(|b - c| - 0,5)^2}{b + c}$$

1) Vgl. Clauß/Ebner: Statistik 1972, S. 242 - 244;
Kriz: Statistik 1973, S. 189 - 191; Lienert: Methoden 1973, S. 191 - 195

Beispiel 4: vgl. Tab. 36, a, S. 143

	Berichterstattung über Abschreibungen	
	ausreichend	nicht ausreichend
Berichterstattung über Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe:		
ausreichend	17	39 (b)
nicht ausreichend	1 (c)	1

Eingesetzt in (1) ergibt sich:

$$\chi^2 = \frac{(39 - 1)^2}{39 + 1} = 36,10$$

$$\text{Tafelwert}^{1)}: \chi^2_{1 \text{ Fg}; 5 \%} = 3,84$$

5. Symmetrie-Test von Bowker²⁾

Unter Berücksichtigung der Kontinuitätskorrektur lautet die Formel:

$$(1) \chi^2 = \frac{(|b_{ij} - b_{ji}| - 0,5)^2}{b_{ij} + b_{ji}}$$

1) Vgl. Claus/Ebner: Statistik 1972, S. 344; Kriz: Statistik 1973, S. 286

2) Vgl. Lienert: Methoden 1973, S. 200 - 202

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AG	Die Aktiengesellschaft, Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen
AR	The Accounting Review
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen
BB	Der Betriebs-Berater, Zehntagedienst für Wirtschafts-, Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
DB	Der Betrieb, Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht
DV	Der Volkswirt
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung, Zeitung für Deutschland
GmbHR	GmbH-Rundschau
IdW	Institut für Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IK	Industriekurier
JoA	The Journal of Accountancy
JoAR	Journal of Accounting Research
NB	Neue Betriebswirtschaft
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
StB	Der Steuerberater
SZ	Süddeutsche Zeitung
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZfhF	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
ZHR	Zeitschrift für das Gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht (bis 1962: Zeitschrift für das Gesamte Handelsrecht und Konkursrecht)

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Günther: (Versicherungsaufsicht 1952)
Rechnungslegung und Statistik
in ihrer Bedeutung für die
Versicherungsaufsicht,
A. Vorschriften und Handhabung
der Rechnungslegung und Stati-
stik, in: 50 Jahre materielle
Versicherungsaufsicht, hrsg.
von Walter Rohrbeck, Erster
Band, Allgemeine Fragen des
Versicherungsrechts und der
Versicherungswirtschaft, Berlin
1952, S. 246 - 269
- Adler, Hans/Düring, Walther/Schmaltz, Kurt:
(Rechnungslegung 1957)
Rechnungslegung und Prüfung
der Aktiengesellschaft, 3. Auf-
lage, Stuttgart 1957
- Adler/Düring/Schmaltz: (Rechnungslegung 1968)
Rechnungslegung und Prüfung
der Aktiengesellschaft, 4. Aufl.,
Bd. 1, Rechnungslegung, Stutt-
gart 1968
- Adler/Düring/Schmaltz: (Prüfung 1971)
Rechnungslegung und Prüfung
der Aktiengesellschaft, 4. Aufl.,
Bd. 2, Prüfung/Feststellung/
Rechtsbehelfe, Stuttgart 1971
- Adler, Michael/Sprißler, Wolfgang:
(PublG 1973)
Rechnungslegung nach Publiz-
itätsgesetz, in: Management-
Enzyklopädie, Ergänzungsband,
München 1973, S. 799 - 815
- Albach, H.: Rechnungslegung im neuen Ak-
tienrecht, in: NB 1966, S. 178
- 192, S. 207 f.
- Albert, Hans: (Probleme 1964)
Probleme der Theoriebildung,
in: Theorie und Realität, hrsg.
von Hans Albert, 1. Aufl.,
Tübingen 1964, S. 3 - 70

- Albert, Hans: Modell-Platonismus, in: Logik der Sozialwissenschaften, hrsg. von Ernst Topitsch, Köln, Berlin 1965, S. 406 - 434
- Albert, Hans: Theorien in den Sozialwissenschaften, in: Theorie und Realität, hrsg. von Hans Albert, 2. Aufl., Tübingen 1972, S. 3 - 25
- Anderson, Viktor: Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierung in der Rechtsprechung der Finanzgerichte, Heidelberg 1965
- Arbeitsausschuß der Deutschen Gesellschaft für Betriebswirtschaft: Zum Referenten-Entwurf eines GmbH-Gesetzes, in: DB 1970, S. 454 - 457
- Ballerstedt, Kurt: Aktienrechtsreform und Unternehmensverfassung, in: Zur großen Aktienrechtsreform, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1962, S. 33 - 51
- Ballerstedt, Kurt: Zur Bewertung von Vermögenszugängen aufgrund kapitalgesellschaftsrechtlicher Vorgänge, in: Festschrift für Ernst Gessler zum 65. Geburtstag, hrsg. von Kurt Ballerstedt und Wolfgang Hefermehl, München 1971, S. 69 - 80
- Barden, Horace G.: (Trouble 1975)
The Trouble with Accounting Research, in: JoA, January 1975, S. 58 - 65
- Barth, Kuno: (Bilanzrecht 1953)
Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts, Band I Handelsrechtlich, Stuttgart 1953
- Barth, Kuno: Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, betriebswirtschaftlich, handelsrechtlich, und steuerlich - Ein geschicht-

- licher Aufriß, in: ZfhF 1963,
S. 384 - 397
- Basedow, Helmar: (Bilanzierung 1972)
Die Bilanzierung von Aktien-
banken in den Ländern der EWG,
Wiesbaden 1972
- Baumbach, Adolf/Hueck, Alfred:
(GmbHG 1970)
GmbH-Gesetz, 13. Aufl., Mün-
chen 1970
- BAV (Hrsg.): (Vorschriften 1954)
Vorschriften für die Rechnungs-
legung der größeren Lebens-,
Kranken- sowie Schaden- und
Unfallversicherungsunternehmen,
Berlin 1954
- Belash, John W.: (Diskussionsbeitrag 1962)
Diskussionsbeitrag, in: Das
Frankfurter Publizitätsgespräch,
hrsg. von Carl Hans Barz et
al., Frankfurt/Main 1962,
S. 291 - 293
- Biener, Herbert: (PublG 1969)
Gesetz über die Rechnungslegung
von bestimmten Unternehmen
und Konzernen (Publizitätsge-
setz), in: BB 1969, S. 1097 -
1102
- Biener, Herbert: (Fragen 1972)
Einzelne Fragen zum Publizitäts-
gesetz, in: WPg 1972, S. 1 - 11,
S. 85 - 94
- Biener, Herbert: (Gesetz 1973)
Gesetz über die Rechnungsle-
gung von bestimmten Unterneh-
men und Konzernen (PublG),
Düsseldorf 1973
- Biener, Herbert: (Fragen 1975)
Einzelne Fragen zur Rechnungs-
legung der GmbH und Co KG nach
dem Publizitätsgesetz, in:
GmbHHR 1975, S. 5 - 13, S. 30 -
35
- Bierman , Harold Jr./Dukes, Roland E.:

- (Accounting 1975)
Accounting for Research and
Development Costs, in: JoA,
April 1975, S. 48 - 55
- Birck, Heinrich: (Bankbilanz 1961)
Die Bankbilanz, 2. Aufl., Wies-
baden 1961
- Birkholz, Hans: (Aktienrecht 1966)
Das neue Aktienrecht in
steuerlicher Sicht, in: BB
1966, S. 709 - 716
- Birnberg, Jacob G.: Empirical Research in Behavioral
Accounting, in: Management
International Review, Heft 2 -
3 1973, S. 71 - 77
- Bischofberger, Wolf: (Beeinflussung 1971)
Die Beeinflussung der Rechen-
schaftslegung durch die Inte-
ressengruppen der Aktiengesell-
schaft, Diss. München 1971
- Blohm, Hans: Der Geschäftsbericht als Mit-
tel der Betriebspolitik, Ba-
den-Baden 1962
- Blough, Carman G.: Principles and Procedures,
in: JoA, April 1961, S. 51 -
53
- Boelke, Wilfried: (Bewertungsvorschriften 1970)
Die Bewertungsvorschriften
des Aktiengesetzes 1965 und
ihre Geltung für die Unterneh-
men in anderer Rechtsform,
Berlin 1970
- Böning, Dieter: Rechnungslegung und Publizität
im Referentenentwurf eines
GmbH-Gesetzes, in: DB 1969,
S. 2141 - 2144
- Bossard, Ernst: (Reserven 1940)
Die Reserven der Aktiengesell-
schaft im neuen Obligationen-
recht, Bern 1940
- Brede, Helmut: (Rückstellungen 1972)
Sind die Ermessensspielräume
bei der Bilanzierung und Prü-

- fung von Rückstellungen einschränkbar?, in: DB 1972, S. 984 - 988
- Brüggemann, Dieter: (HGB 1967)
Handelsgesetzbuch, Großkommentar, 3. Aufl., Erster Band, §§ 1 - 104, bearbeitet von Dieter Brüggemann und Hans Würdiger, Berlin 1967
- Brüning, Gert: (Publizitätspflicht 1969)
Die Auswahl der Unternehmen bei der Erweiterung der Publizitätspflicht, in: BFuP 1969, S. 36 - 46
- Bundesrat (Hrsg.): Regierungsentwurf eines Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, BR-Drucksache 595/71
- Busse von Colbe, Walther: (Rücklagen 1960)
Rücklagen, stille, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., hrsg. von Hans Seischab und Karl Schwantag, Band III, Stuttgart 1960, Sp. 4722 - 4730
- Buzby, Stephen L.: The Nature of Adequate Disclosure, in: JoA, April 1974, S. 38 - 47
- Buzby, Stephen L.: (Disclosure 1974)
Selected Items of Information and Their Disclosure in Annual Reports, in: AR 1974, S. 423 - 436
- v. Caemmerer, Ernst: Publizitätsinteressen der Öffentlichkeit und Gesellschaftsrecht, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, hrsg. von Carl Hans Barz et al., Frankfurt/Main 1962, S. 141 - 182
- Carpenter, Charles G./Strawser, Robert H.: (Displacement 1971)
Displacement of Auditors When Clients Go Public, in: JoA, June 1971, S. 55 - 58

- Castan, Edgar: (Börsengesellschaften 1969)
Die Erläuterung der Bewertungs-
und Abschreibungsmethoden der
großen Börsengesellschaften in
den Geschäftsberichten für 1967,
in: DB 1969, S. 269 - 272,
S. 315 - 318
- Catlett, George R.: (Principles 1960)
Relation of Acceptance to
Accounting Principles, in: JoA,
March 1960, S. 33 - 38
- Chandra, Gyan: (Disclosure 1974)
A Study of the Consensus on
Disclosure Among Public Account-
ants and Security Analysts,
in: AR 1974, S. 733 - 742
- Choi, Frederick D.S.: (Disclosure 1973)
Financial Disclosure and Entry
to the European Capital Market,
in: JoAR 1973, S. 159 - 175
- Choi, Frederick D.S.: (Disclosure 1974)
Continental Disclosure: Quo
Vadis?, in: Journal UEC 1974,
S. 243 - 247
- Christoffers, Rudi: (GoB 1970)
Die Grundlagen der Grundsätze
ordnungsgemäßer Bilanzierung,
in: BFuP 1970, S. 78 - 94
- Christoffers, Rudi: (Problematic 1970)
Die Problematik des § 153 Abs.
3 AktG aus betriebswirtschaft-
licher Sicht, in: DB 1970,
S. 165 - 170
- Christoffers, Rudi: (Bilanzierungsvorschriften
1970)
Problematik einer Rechtsform-
Abhängigkeit der Bilanzierungs-
vorschriften, in: DB 1970,
S. 1649 - 1657
- Clauß, Günter/Ebner, Heinz:
(Statistik 1972)
Grundlagen der Statistik für
Psychologen, Pädagogen und So-
ziologen, Frankfurt am Main
und Zürich 1972

- Claussen, Carsten P.: (Aktienrecht 1968)
Bilanzierungsgrundsätze des
neuen Aktienrechts, in: AG
1968, S. 1 - 6
- Claussen, Carsten P.: (AktG 1971)
Kölner Kommentar zum Aktienge-
setz, hrsg. von Wolfgang Zöll-
ner, Band 2, 1. Lieferung
(§§ 148 - 178), Köln, Berlin,
Bonn, München 1971
- Coenenberg, Adolf Gerhard:
(Jahresabschluß 1974)
Jahresabschluß und Jahresab-
schlußanalyse, München 1974
- Coenenberg, Adolf Gerhard/Luckan, Eberhard/Sieben,
Günter:
Zu den Rechnungslegungsvor-
schriften des Referentenent-
wurfs eines GmbH-Gesetzes, in:
GmbHR 1970, S. 144 - 149
- Coenenberg, A.G./Matschke, M.J./Sieben, G.:
(Stellungnahme 1972)
Stellungnahme zu den Rechnungs-
legungsvorschriften des Vor-
schlages einer Vierten Richtli-
nie des Rates der Europäischen
Gemeinschaften und des Regie-
rungsentwurfs eines GmbH-Geset-
zes, hrsg. von Centrale für
GmbH Dr. Otto Schmidt, Köln
1972
- Coffmann, Robert M.: (Displacement 1974)
Problems of Displacement in
Public Offerings, in: JoA, Oc-
tober 1974, S. 65 - 71
- Consbruch/ Möller: Kreditwesengesetz, München,
Loseblattsammlung, Stand 1.10.
1974
- Copeland, Ronald M./Fredericks, William:
(Disclosure 1968)
Extent of Disclosure, in: JoAR
1968, S. 106 - 113
- Cushing, Barry E.: An Empirical Study of Changes
in Accounting Policy, in: JoAR
1969, S. 196 - 203

- Cushing, Barry E./Deakin, Edward B.:
Firms Making Accounting Changes: A Comment, in: AR 1974, S. 104 - 111
- Cyert, Richard M./Ijiri, Yuji:
(Problems 1974)
Problems of Implementing the Trueblood Objectives Report, in: Studies on Financial Accounting Objectives: 1974, Supplement to Vol. 12 of the JoAR 1974, S. 29 - 42
- Daily, R. Austin/Strawser, Robert H.:
(Banks 1974)
Independent Audits and the Reporting Practices of Banks, in: JoA, July 1974, S. 44 - 49
- van Delden, Rembert:
(PublG 1968)
Ist Heinemanns Publizitätsgesetz eine Fehlkonstruktion?, in: DV 1968, Nr. 46, S. 32
- Dietzen, Nikolaus:
(Grundsätze 1937)
Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für stille Reserven, Leipzig 1937
- Döllerer, Georg:
(Entwicklungskosten 1957)
Entwicklungskosten in der Handelsbilanz, in: BB 1957, S. 983 - 986
- Döllerer, Georg:
(GoB 1959)
Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, deren Entstehung und Ermittlung, in: BB 1959, S. 1217 - 1221 = WPg 1959, S. 653 - 658
- Döllerer, Georg:
(Rechnungslegung 1962)
Rechnungslegung und Finanzierung, Ein Beitrag zur Aktienrechtsreform, in: BB 1962, S. 189 - 194
- Döllerer, Georg:
(Rechnungslegung 1965)
Rechnungslegung nach dem neuen Aktiengesetz und ihre Auswirkungen auf das Steuerrecht, in: BB 1965, S. 1405 - 1417

- Döllner, Georg: (Gläubigerschutz 1966)
Gläubigerschutz und Aktionärs-
schutz im neuen Aktienrecht
- ein Scheingegensatz, in: BB
1966, S. 629 - 633
- Egner, Henning: (Bilanzen 1974)
Bilanzen, München 1974
- Engels, Wolfram: (Bewertungslehre 1962)
Betriebswirtschaftliche Bewer-
tungslehre im Lichte der Ent-
scheidungslehre, Köln und
Opladen 1962
- Engels, Wolfram: (Umsatz 1971)
Am Umsatz nicht zu erkennen,
in: Dialog, Magazin für Politik
und Wirtschaft, September 1971,
S. 40 - 43
- Engisch, Karl: (Einführung 1971)
Einführung in das juristische
Denken, 5. Aufl., Stuttgart,
Berlin, Köln, Mainz 1971
- Enneccerus/Nipperdey: (BGB 1959)
Allgemeiner Teil des Bürgerli-
chen Rechts, 15. Aufl., Erster
Band, Erster Halbband: Allge-
meine Lehren, Personen, Rechts-
objekte, Tübingen 1959
- Ennest, Eduard: (PublG 1973)
Manche tun sich schwer, Fami-
lienkonzerne im Publizitätsge-
setz, in: SZ Nr. 247 vom 25.10.
1973, Sonderbeilage "Mehr Geld
durch Geld", S. 9
- Erlenbach, Erich: (Sparkassen 1971)
Die Sparkassen verwalten drei
Fünftel aller Sparguthaben, in:
Blick durch die Wirtschaft,
Nr. 187 vom 16.8.1971
- Erlenbach, Erich: (Sparkassen 1973)
Die Sparkassen behaupten nur
knapp ihren Marktanteil, in:
Blick durch die Wirtschaft
Nr. 201 vom 30.8.1973
- Ertner, Ulrich: (Geschäftsbericht 1968)
Der Geschäftsbericht als In-

- strument erweiterter aktienrechtlicher Rechnungslegung, Berlin 1968
- Esser, Josef: Methodik des Privatrechts, in: Enzyklopädie der geisteswissenschaftlichen Arbeitsmethoden, hrsg. von Manfred Thiel, 11. Lieferung: Methoden der Rechtswissenschaft, Teil I, München 1972, S. 3 - 37
- Fabricius, Helmut: (Diskussionsbeitrag 1966)
Diskussionsbeitrag, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, Düsseldorf 1966, S. 117 - 120
- Falk, H./Ophir, T.: The Influence of Differences in Accounting Policies on Investment Decisions, in: JoAR 1973, S. 108 - 116
- Federmann, Rudolf: (Bilanzierung 1971)
Bilanzierung nach Handelsrecht und Steuerrecht, München 1971
- Financial Accounting Standards Board (Hrsg.):
(Statement No 2 1974)
Statement of Accounting Standards No 2 - Accounting for Research and Development Costs, in: JoA, December 1974, S. 81 - 87
- Finanzminister Niedersachsen (Hrsg.):
Erlaß vom 28.2.1973 - S 1115 - 251 - 33 1, abgedruckt in: WPg 1973, S. 274
- Firth, Michael A.: (Examination 1973)
An Empirical Examination of the Applicability of Adopting the AICPA and NYSE Regulations on Free Share Distributions in the U.K., in: JoAR 1973, S. 16 - 24
- Fischer, Lutz: (Publizitätspflicht 1968)
Betriebswirtschaftliche Beurteilung der Ausdehnung der Publizitätspflicht auf alle Großunternehmen, in: BFuP 1968, S. 558 - 571

- Fischer, Lutz: (Referentenentwurf 1970)
Zur Pflichtprüfung und Publizität der Jahresabschlüsse nach dem Referentenentwurf eines GmbH-Gesetzes, in: DB 1970, S. 501 - 506
- Fleddermann, G.: (Referentenentwurf 1969)
Der Referentenentwurf eines GmbHG, in: GmbHR 1969, S. 97 - 103
- Flume, Werner: (Entwicklungskosten 1958)
Die Forschungs- und Entwicklungskosten in Handels- und Steuerbilanz, in: DB 1958, S. 1045 - 1054
- Forster, Karl-Heinz: (Pflichten 1965)
Neue Pflichten des Abschlußprüfers nach dem Aktiengesetz von 1965, in: WPg 1965, S. 585 - 606
- Forster, Karl-Heinz: (Referentenentwurf 1970)
Rechnungslegung und Publizität im Referentenentwurf eines neuen GmbH-Gesetzes, in: GmbH-Reform, hrsg. von Ernst Gessler et al., Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1970, S. 94 - 126
- Forster: Diskussion zu den Referaten
Rittner/Goerdeler, in: Probleme der GmbH-Reform, hrsg. von der Centrale für Gesellschaften mbH, Köln 1970, S. 258 - 276
- Forster, Karl-Heinz: (Rechnungslegungsvorschriften 1972)
Rechnungslegungsvorschriften im Wandel, in: Beiträge zum Wirtschaftsrecht, Festschrift für Heinz Kaufmann zum 65. Geburtstag, hrsg. von Horst Bartholomeyczik et al., Köln 1972, S. 153 - 167
- Forster, Karl-Heinz: (PublG 1972)
Ausgewählte Fragen zur Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz, in: WPg 1972, S. 469 - 475

- Freericks, Wolfgang: (Reserven 1969)
Die Einschränkung der Bildung
stiller Reserven nach § 154
Abs. 1 AktG und ihr Geltungs-
bereich, in: DB 1969, S. 1613
- 1616
- Friedrichs, Jürgen: (Methoden 1973)
Methoden empirischer Sozialfor-
schung, Reinbek bei Hamburg
1973
- Frings, Philipp A.: (Berichterstattung 1975)
Berichterstattung deutscher
und amerikanischer Aktienge-
sellschaften im jährlichen Ge-
schäftsbericht, Diss. Bonn
1975
- Frishkoff, Paul: (Investigation 1970)
An Empirical Investigation of
the Concept of Materiality in
Accounting, in: Empirical
Research in Accounting: Selec-
ted Studies 1970, S. 116 -
129
- Gautschi, Georg: (Rechenschaftsablegung 1971)
Grundsätzliches zur Rechen-
schaftsablegung im Aktienrecht,
in: Lebendiges Aktienrecht,
Festgabe zum 70. Geburtstag
von Wolfhart Friedrich Bürgi,
hrsg. von Max Boemle et al.,
Zürich 1971, S. 113 - 147
- Gessler, Ernst: (Bedeutungswandel 1965)
Der Bedeutungswandel der Rech-
nungslegung im Aktienrecht,
in: 75 Jahre Deutsche Treuhand-
Gesellschaft 1890 - 1965, hrsg.
von Volkmar Muthesius, Frank-
furt am Main, o.J., S. 129 -
166
- Gessler, E.: Probleme der GmbH-Rechtsreform,
in: GmbHR 1966, S. 102 - 112
- Gessler, Ernst: (Entwicklungstendenzen 1968)
Entwicklungstendenzen im Ge-
sellschaftsrecht, in: BB 1968,
S. 717 - 722

- Goerdeler, Reinhard: (Stiftung 1950)
Die Stiftung als Rechtsform
für Unternehmungen, in: ZHR,
Band 113, S. 145 - 165
- Goerdeler, Reinhard: (Rechenschaftslegung 1962)
Die Publizität der Rechenschafts-
legung, in: Das Frankfurter
Publizitätsgespräch, hrsg. von
Carl Hans Barz et al., Frank-
furt/Main 1962, S. 211 - 233
- Goerdeler, Reinhard: (Geschäftsbericht 1966)
Geschäftsbericht, Konzernge-
schäftsbericht und "Abhängig-
keitsbericht" aus der Sicht
des Wirtschaftsprüfers, in:
WPg 1966, S. 113 - 126
- Goerdeler, Reinhard: (Jahresabschluß 1970)
Die Bestimmungen über den Jah-
resabschluß (Gliederung, Be-
wertung, Prüfung, Registerpu-
blizität), in: Probleme der
GmbH-Reform, hrsg. von der
Centrale für Gesellschaften
mbH, Köln 1970, S. 154 - 170
- Goerdeler, Reinhard: Probleme des Publizitätsgeset-
zes: in: Beiträge zum Wirt-
schaftsrecht, Festschrift für
Heinz Kaufmann zum 65. Geburts-
tag, hrsg. von Horst Bartholo-
meyczik et al., Köln 1972,
S. 169 - 183
- Goldman, Arie/Barlev, Benzion:
(Auditor 1974)
The Auditor - Firm Conflict of
Interests: Its Implications for
Independence, in: AR 1974,
S. 707 - 718
- Gordon, M.J.: (Postulates 1964)
Postulates, Principles and
Research in Accounting, in:
AR 1964, S. 251 - 263
- Gosman, Martin L.: (Firms 1973)
Characteristics of Firms Making
Accounting Changes, in: AR 1973,
S. 1 - 11
- Gosman, Martin L.: Firms Making Accounting Changes:

A Reply, in: AR 1974, S. 112
- 117

- Grady, Paul: (Inventory 1965)
Inventory of Generally Accepted
Accounting Principles for
Business Enterprises, Accounting
Research Study No. 7, hrsg. vom
American Institute of Certified
Public Accountants, New York
1965
- Greiffenhagen, H.: (Betriebseinrichtungskosten
1964)
Zur Aktivierung von Betriebs-
einrichtungskosten, in: GmbHR
1964, S. 3 - 7
- Greiffenhagen, Hermann: (GoB 1966)
Zur Bedeutung aktienrechtli-
cher Rechnungslegungsvorschrif-
ten als Grundsätze ordnungs-
mäßiger Buchführung für Unter-
nehmungen außerhalb der Aktien-
gesellschaft, in: WPg 1966,
S. 141 - 148
- Greiffenhagen, H.: (Publizität 1969)
Anmerkungen zur Publizität
und Rechnungslegung des Refe-
rentenentwurfs eines GmbH-Ge-
setzes, in: GmbHR 1969, S. 202
- 208
- Grobe, Hans Joachim: (Kompromiß 1969)
Verheißungsvoller Kompromiß,
in: DV 1969, Nr. 27, S. 12 - 14
- Haas, Helmut: Die Berichterstattung von Ver-
sicherungsgesellschaften über
ihre Unternehmensverbindungen
- Eine empirische Untersuchung
-, unver. Diss. München 1975
- Haas, Helmut/Osthoff, Joachim:
(Versicherungswirtschaft 1973)
Konzernrechnungslegung in der
Versicherungswirtschaft, in:
WPg 1973, S. 597 - 604
- Hachenburg: (GmbHG 1956, 1959)
Kommentar zum Gesetz betreffend
die Gesellschaften mit be-
schränkter Haftung, 6. Aufl.,

Erster Band (§§ 1 - 34), Berlin 1956, Zweiter Band (§§ 35 - 84), Berlin 1959

- Hammer, Klaus/Montag, Wolfgang:
(Bilanzen 1968)
Bilanzen der Kreditinstitute,
Frankfurt/Main 1968
- Hartmann, Heinz:
(Sozialforschung 1972)
Empirische Sozialforschung,
2. Aufl., München 1972
- Hasenack, Wilhelm:
(Rechnungslegung 1960)
Zur Rechnungslegung der Aktiengesellschaften, insbesondere zur Berichtspflicht des Wirtschaftsprüfers über stille Reserven, in: BFuP 1960, S. 95 - 110
- Hasenack, Wilhelm:
(Referentenentwurf 1969)
Stellungnahme zum Referentenentwurf eines GmbH-Gesetzes mit besonderer Berücksichtigung der geplanten Vorschriften zur Rechnungslegung, in: BFuP 1969, S. 545 - 567, S. 609 - 625
- Hauschildt, Jürgen:
(Organisation 1970)
Organisation der finanziellen Unternehmensführung, Stuttgart 1970
- Hauschildt, Jürgen:
(Bilanzanalyse 1971)
Entwicklungslinien der Bilanzanalyse, in: ZfbF 1971, S. 335 - 351
- Havermann, Hans:
(Publizitätsfreudigkeit 1963)
Zur Publizitätsfreudigkeit deutscher Aktiengesellschaften, in: WPg 1963, S. 193 - 202, S. 226 - 237, S. 263 - 269
- Havermann, Hans:
(Preissteigerungen 1974)
Zur Berücksichtigung von Preissteigerungen in der Rechnungslegung der Unternehmen, in: WPg 1974, S. 423 - 433, S. 445 - 456
- Havermann, Hans:
(Beteiligungen 1975)
Zur Bilanzierung von Beteili-

- gungen an Kapitalgesellschaften in Einzel- und Konzernabschlüssen, in: WPg 1975, S. 233 - 242
- Hax, K.: (Besprechungsaufsatz 1958)
Besprechungsaufsatz, in: ZfhF 1958, S. 178 - 181
- Hax, Karl: Aktienrechtsreform und Publizität der Unternehmungen, in: Zur großen Aktienrechtsreform, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1962, S. 93 - 113
- Heinen, Edmund: (Einführung 1974)
Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, 5. Aufl., Wiesbaden 1974
- Heinen, Edmund: (Handelsbilanzen 1974)
Handelsbilanzen, 7. Aufl., Wiesbaden 1974
- Heintzler, Frank: ("Zeiss" 1972)
Der Fall "Zeiss", Baden-Baden 1972
- Hellner, Thorwald: (PublG 1969)
Das Publizitätsgesetz, in: ZfgK 1969, S. 718 - 720
- Hendriksen, Eldon S.: (Accounting 1965)
Accounting Theory, Homewood/Illinois 1965
- Henniger, Claus: Eine Bilanz der Bilanz-Debütanten, in: FAZ Nr. 294 vom 19.12.1972
- Henniger, Claus: (Bilanzdebütanten 1972)
Bilanz der Bilanzdebütanten, in: Blick durch die Wirtschaft Nr. 294 vom 19.12.1972, Nr. 297 vom 22.12.1972, Nr. 298 vom 23.12.1972, Nr. 84 vom 9.4.1973
- Herschel, Wilhelm: Regeln der Technik, in: NJW 1968, S. 617 - 623
- Heuser, Ernst/Geiger, Heribert: Das Recht der Bayerischen Sparkassen, Textsammlung, Mainz,

- Wiesbaden, Loseblattsammlung,
5. Aufl., Stand 1.3.1975
- Homans, George Caspar: (Sozialwissenschaft 1972)
Was ist Sozialwissenschaft,
2. Aufl., Opladen 1972
- Hopenstedt & Co. (Hrsg.):
(Großunternehmen 1971)
Handbuch der Großunternehmen
1972, 19. Aufl., Darmstadt 1971
- Hoppenstedt & Co. (Hrsg.):
(Banken-Ortslexikon)
Banken-Ortslexikon, Die deut-
schen Geld- und Kredit-Insti-
tute, Darmstadt, Loseblattsamm-
lung, Stand Februar 1975
- Hornef, Heinrich: (Publizitätspflicht 1958)
Publizitätspflicht nur für die
Aktiengesellschaft ?, in:
WPg 1958, S. 253 - 258
- Husemann, Karl-Heinz: (Anlagegegenstände 1970)
Grundsätze ordnungsmäßiger Bi-
lanzierung für Anlagegegen-
stände, Düsseldorf 1970
- IdW (Hrsg.): Hauptfachausschuß, Sonderaus-
schuß Neues Aktienrecht, Stel-
lungnahme NA 2/66: Gerinwertig-
e und kurzlebige Anlagegüter,
in: WPg 1966, S. 328
- IdW (Hrsg.): Hauptfachausschuß, Sonderaus-
schuß Neues Aktienrecht, Stel-
lungnahme NA 4/66: Untergrenze
der Herstellungskosten, in:
WPg 1966, S. 329
- IdW (Hrsg.): (NA 1/67)
Hauptfachausschuß, Sonderaus-
schuß Neues Aktienrecht, Stel-
lungnahme NA 1/67: Zum Inhalt
des Geschäftsberichts nach §
160 Abs. 2 AktG, in: WPg 1967,
S. 129 f.
- IdW (Hrsg.): (NA 2/68)
Hauptfachausschuß, Sonderaus-
schuß Neues Aktienrecht, Stel-
lungnahme NA 2/68: Zum Inhalt
des Geschäftsberichts nach §

- 160 Abs. 3 und 4 AktG 1965,
in: WPg 1968, S. 132 f.
- IdW (Hrsg.): (Referentenentwurf 1970)
Zum Referentenentwurf eines Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung (RefE),
in: WPg 1970, S. 154 - 163
- IdW (Hrsg.): Wirtschaftsprüfer-Handbuch
1963, Düsseldorf 1963
- IdW (Hrsg.): Wirtschaftsprüfer-Handbuch
1968, Düsseldorf 1968
- IdW (Hrsg.): Wirtschaftsprüfer-Handbuch
1973, Düsseldorf 1973
- Ijiri, Yuji/Jaedicke, Robert K./Knight, Kenneth E.:
The Effects of Accounting Alternatives on Management Decisions, in: Research in Accounting Measurement, hrsg. von Robert K. Jaedicke et al., o.O., 1966, S. 186 - 199
- Illetschko, Leopold L.: (Publizität 1958)
Die Publizität der Kapitalgesellschaften im Auslande, in: ZfhF 1958, S. 414 - 428
- Institute of Chartered Accountants in England and Wales (Hrsg.):
(ED 14 1975)
Proposed Statement of Standard Accounting Practice ED 14, Accounting for Research and Development, in: The Accountant, 1. Hj. 1975, S. 85 - 87
- Jacobs, Otto H.: (Ertragsteuerbilanz 1971)
Das Bilanzierungsproblem in der Ertragsteuerbilanz, Stuttgart 1971
- Jacobs, Otto H.: (Realisationsprinzip 1972)
Stellen die aktienrechtlichen Gewinnermittlungsprinzipien einen Verstoß gegen das Realisationsprinzip dar?, in: WPg 1972, S. 173 - 178
- Jäger, Werner: Der Stand der Bankenpublizität im Spiegel der Geschäfts-

berichte, Eine empirische Untersuchung der Geschäftsberichte von Aktienbanken der Jahre 1968 - 1971, unver. Diss. München 1975

- Jäger, Werner/Vogelgesang, Michael:
(Aktienbanken 1973)
Konzernrechnungslegung von Aktienbanken, in: WPg 1973, S. 389 - 400, S. 421 - 428
- Jenson, Harry:
Kommentar zu den Rechnungslegungsvorschriften der Versicherungsunternehmen für die Geschäftsjahre ab 1955, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Versicherungsmathematik (Deutscher Aktuarverein) e.V., Berliner Gruppe, Berlin 1956, 1957
- Jonas, Heinrich:
(Abschlüsse 1972)
Aufstellung konsolidierter Abschlüsse nach den Richtlinien der Securities and Exchange Commission, in: DB 1972, S. 1785 - 1794
- Jonas, Heinrich:
(Tendenzen 1974)
Probleme und Tendenzen der Rechnungslegung in den USA, in: DB 1974, S. 1297 - 1303, S. 1345 - 1351
- Jungblut, Michael:
(Schweigen 1969)
Schweigen ist nicht immer Gold, in: Die Zeit Nr. 5 vom 31.1.69
- Kappler, Ekkehard:
(Informationsverhalten 1972)
Das Informationsverhalten der Bilanzinteressenten, Ein Beitrag zu einer sozialwissenschaftlich fundierten Theorie der Unternehmenspolitik durch Bilanzinformationen, unver. Habilitationsschrift München 1972
- Kappler, Ekkehard:
Ansätze zu einer verhaltenswissenschaftlichen Theorie der Bilanzpolitik, in: Management International Review, Heft 2 - 3 1973, S. 37 - 45

- Kellerer, Hans: (Technik 1963)
Theorie und Technik des Stich-
probenverfahrens, 3. Aufl.,
München 1963
- Kicherer, Hans-Peter: (Abschlußprüfung 1970)
Grundsätze ordnungsmäßiger Ab-
schlußprüfung, Berlin 1970
- Klein, Walter: (AktG 1967) \
Das Aktiengesetz und die Grund-
sätze ordnungsmäßiger Buchfüh-
rung, in: BB 1967, S. 89 - 91
- Klug, Ulrich: (Logik 1966)
Juristische Logik, 3. Aufl.,
Berlin, Heidelberg 1966
- Knoche, Martin: (Bewertungsänderungen 1967)
Die Berichterstattung über
Bewertungsänderungen im Ge-
schäftsbericht nach neuem Ak-
tienrecht, Düsseldorf 1967
- Körner, Werner: (GoB 1971)
Wesen und System der Grundsät-
ze ordnungsmäßiger Buchführung,
in: BFuP 1971, S. 21 - 36,
S. 80 - 93
- Körner, Werner: (GoB 1973)
Wesen und Funktion der Grundsät-
ze ordnungsmäßiger Buchführung,
in: WPG 1973, S. 309 - 318
- Kormann, Berthold: (Bewertungsprobleme 1966)
Die Bewertungsprobleme des
neuen Aktienrechts, Konvergenz
von Handelsbilanz und Steuerbi-
lanz?, in: BB 1966, S. 1277 -
1284
- Krag, Hans: (Grundsätze 1971)
Grundsätze ordnungsmäßiger
Bankbilanzierung und Bankbilanz-
politik, Wiesbaden 1971
- Krebs, Ernst: Bayerisches Sparkassenrecht,
Kommentar, München, Loseblatt-
sammlung, Stand März 1972
- Kreplin, Joachim: (Referentenentwurf 1970)
Der Referentenentwurf eines

- GmbH-Gesetzes im Urteil der
Wirtschaft, in: BB 1970, S. 93
- 97
- Kriz, Jürgen: (Statistik 1973)
Statistik in den Sozialwissen-
schaften, Reinbek bei Hamburg
1973
- Kroneis, Karl-Friedrich: Die Publizität des Jahresab-
schlusses von Nichtaktienge-
sellschaften, Bochum 1971
- Kropff, Bruno: (Leitgedanken 1964)
Leitgedanken der Bewertungsvor-
schriften des künftigen Aktien-
rechts, in: WPg 1964, S. 565 -
575
- Kropff, Bruno: (AktG 1965)
Aktiengesetz, Düsseldorf 1965
- Kropff, Bruno: Bilanzwahrheit und Ermessens-
spielraum in den Rechnungsle-
gungsvorschriften des Aktien-
gesetzes 1965, in: WPg 1966,
S. 369 - 380
- Kropff, Bruno: (Gesetzentwurf 1968)
Gesetzentwurf über Rechnungsle-
gung von Großunternehmen und
Konzernen - Publizitätsgesetz
-, in: Bulletin Nr. 82 vom
28.6.1968, S. 719 - 722
- Kropff, Bruno: (AktG 1973)
Aktiengesetz, Kommentar von
Ernst Geßler, Wolfgang Hefer-
mehl, Ulrich Eckardt, Bruno
Kropff, Band III §§ 148 - 178,
München 1973
- Kruse, Heinrich Wilhelm: (GoB 1970)
Grundsätze ordnungsmäßiger
Buchführung, Rechtsnatur und
Bestimmung, Köln 1970
- Küting, Karlheinz: (GoB 1974)
Zur Frage der Ermittlung von
Grundsätzen ordnungsmäßiger
Buchführung, in: Die Unterneh-
mung 1974, S. 297 - 311

- Kunze, Otto: (PublG 1970)
Publizität nach Maß?, Bemerkungen zum Publizitätsgesetz, in: ZHR, Band 134, S. 193 - 207
- Kupper, Werner: Stille Reserven und Aktionärsinteressen, Bern 1967
- Larenz, Karl: (Methodenlehre 1969)
Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 2. Aufl., Berlin, Heidelberg 1969
- Leffson, Ulrich: (Wesen 1966)
Wesen und Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses, in: ZfbF 1966, S. 375 - 390
- Leffson, Ulrich: (GoB 1972)
Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, 3. Aufl., Düsseldorf 1972
- Leffson, Ulrich: (Gemeinsamkeit 1973)
Zur Gemeinsamkeit juristischer und ökonomischer Ermittlung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, in: WPg 1973, S. 582 - 585
- Lehmann, Michael: (Anwendung 1970)
Die ergänzende Anwendung von Aktienrecht auf die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Köln 1970
- Lenz, Ulrich: (PublG 1973)
Die Konkurrenz zwischen Publizitätsgesetz und NotVO 1931, in: WPg 1973, S. 626 - 633
- Lieb, Manfred/Westhoff, Stefan: (Rechtsfortbildung 1973)
Voraussetzung und Abgrenzung von richterlicher Inhaltskontrolle und Rechtsfortbildung, in: DB 1973, S. 69 - 76
- Lienert, G.A.: (Methoden 1973)
Verteilungsfreie Methoden in der Biostatistik, 2. Aufl., Band I, Meisenheim am Glan 1973

- Linhardt, Hanns: (Versicherungsbetriebe 1970)
Versicherungsbetriebe und
Bausparkassen, Prüfung der,
in: Handwörterbuch des Rech-
nungswesens, hrsg. von Erich
Kosiol, Stuttgart 1970, Sp.
1847 - 1852
- Littmann, Eberhard: (Rechnungslegungsvorschriften
1966)
Die aktienrechtlichen Rech-
nungslegungsvorschriften vom
6. September 1965 in der Sicht
des Bilanzsteuerrechts, in:
DStR 1966, S. 233 - 241
- Lück, Wolfgang: (Rechnungslegung 1970)
Die externe Rechnungslegung
der Aktiengesellschaften in der
Bundesrepublik Deutschland
und in den Vereinigten Staaten
von Nordamerika, Düsseldorf
1970
- Lück, Wolfgang: (Materiality 1975)
Materiality in der internatio-
nalen Rechnungslegung, Wiesba-
den 1975
- Lücke, Wolfgang: (Bilanzstrategie 1969)
Bilanzstrategie und Bilanztak-
tik, in: DB 1969, S. 2285 -
2295
- Lüdke, Hans: (Bauer-Verlag 1973)
Bauer-Verlag hält bei den Bi-
lanzen nicht viel von Enthül-
lungen, in: Handelsblatt Nr.
241 vom 14./15.12.1973
- Lutter, Marcus: (Rechtsverhältnisse 1970)
Rechtsverhältnisse zwischen
den Gesellschaftern und der Ge-
sellschaft, in: Probleme der
GmbH-Reform, hrsg. von der
Centrale für Gesellschaften
mbH, Köln 1970, S. 63 - 95
- Lutter: (Diskussionsbeitrag 1970)
Diskussion zum Referat Lutter,
in: Probleme der GmbH-Reform,
hrsg. von der Centrale für Ge-
sellschaften mbH, Köln 1970,
S. 224 - 235

- Macharzina, Klaus: On the Integration of Behavioral Science into Accounting Theory, in: Management International Review, Heft 2 - 3 1973, S. 3 - 14
- Martin, Alvin: An Empirical Test of the Relevance of Accounting Information for Investment Decisions, in: Empirical Research in Accounting: Selected Studies 1971, S. 1 - 31
- Maul, Karl-Heinz: (Bilanzierung 1972)
Aktien- und steuerrechtliche Bilanzierung von Ausgaben für "software", in: DB 1972, Beilage Nr. 15
- Maul, Karl-Heinz: (Anlagewerte 1973)
Immaterielle Anlagewerte im Jahresabschluß der Aktiengesellschaften - Ein Beitrag zur Interpretation des § 153 Abs. 3 AktG, in: ZfbF 1973, S. 16 - 28
- Maul, Karl-Heinz: (GoB 1974)
Offene Probleme der Ermittlung von Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung, in: ZfbF 1974, S. 726 - 745
- Maul, Karl-Heinz: (Bilanzlehre 1975)
Bilanzlehre als Gesetzesinterpretation, in: ZfbF 1975, S. 150 - 170
- Mautz, R.K. et al.: (Statement 1964)
A Statement of Basic Accounting Postulates and Principles, Urbana 1964
- Mayntz, Renate/Holm, Kurt/Hübner, Peter: (Einführung 1973)
Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie, 3. Aufl., Opladen 1973
- Mellerowicz/Brönner: (Rechnungslegung 1970)
Rechnungslegung und Gewinnverwendung der Aktiengesellschaft, Sonderausgabe aus "Aktien-gesetz", Großkommentar, Band II,

3. Aufl., Berlin 1970

- Minz, Willy: Diskussionsbeitrag, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, Düsseldorf 1966, S. 115 f.
- Mittenecker, Erich: (Methoden 1968)
Statistische Methoden in der Psychologie und den angrenzenden Wissenschaften, in: Enzyklopädie der geisteswissenschaftlichen Arbeitsmethoden, hrsg. von Manfred Thiel, 3. Lieferung: Methoden der Logik und Mathematik, Statistische Methoden, München 1968, S. 45 - 133
- Moonitz, Maurice: (Postulates 1963)
Why Do We Need "Postulates" and "Principles"?, in: JoA, December 1963, S. 42 - 46
- Moore, Michael L./Buzby, Stephen: (Disclosure 1972)
The Quality of Corporate Financial Disclosure: A Comment, in: AR 1972, S. 581 - 584
- Moxter, Adolf: (Einfluß 1962)
Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962
- Moxter, Adolf: Bilanzierung und unsichere Erwartungen, in: ZfhF 1962, S. 607 - 632
- Moxter, Adolf: (GoB 1966)
Die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und der Stand der Bilanztheorie, in: ZfbF 1966, S. 28 - 59
- Moxter, Adolf: (Bilanztheorie 1967)
Die statische Bilanztheorie heute, in: ZfbF 1967, S. 724 - 733
- Moxter, Adolf: (Bilanzlehre 1974)
Bilanzlehre, Wiesbaden 1974
- Münch, Bernd: (Sonderposten 1973)
Die Problematik der "Sonderposten mit Rücklageanteil" im

- Jahresabschluß der AG, in:
DB 1973, S. 833 - 841, S. 885
- 889
- Mutze, Otto: (Aktivierung 1960)
Aktivierung und Bewertung immaterieller Wirtschaftsgüter nach Handels- und Steuerrecht, Berlin 1960
- Mutze, Otto: Die Bewertung mit "steuerlich für zulässig gehaltenen Werten" in der Handelsbilanz, in: AG 1972, S. 144 - 149
- Nebendorf, Karl: (Reserven 1965)
Die stillen Reserven der Kreditinstitute - Zur Problematik künftiger Rechnungslegung der Aktienbanken -, in: WPg 1965, S. 57 - 65
- Niehus, Rudolf J.: Zur Entwicklung von Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung in den Vereinigten Staaten und England - Schärfere Bindung für den Berufsstand -, in: WPg 1972, S. 437 - 442
- Olson, Wallace E.: (Look 1975)
A Look at the Responsibility Gap, in: JoA, January 1975, S. 52 - 57
- Opp, Karl-Dieter: (Methodologie 1970)
Methodologie der Sozialwissenschaften, Reinbek bei Hamburg 1970
- Parczyk, Wolfgang: Stille Rücklagen im Aktienrecht, Wiesbaden 1969
- Paulick: (Steuerrecht 1972)
Lehrbuch des allgemeinen Steuerrechts, 2. Aufl., Köln, Berlin, Bonn, München 1972
- Pavel, Uwe: (Stiftung 1967)
Eignet sich die Stiftung für den Betrieb erwerbswirtschaftlicher Unternehmen?, Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1967

- Perridon, Louis: (Bilanzierungsgrundsätze 1974)
Buchhaltungs- und Bilanzierungsgrundsätze - Eine wissenschaftliche Betrachtung -, in: Journal UEC 1974, S. 224 - 236
- Peupelmann, Hans W.: (Gliederungsvorschriften 1965)
Die neuen Gliederungsvorschriften für die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Geschäftsbericht nach dem Aktiengesetz 1965, in: DB 1965, S. 1525 - 1530, S. 1565 - 1569
- Peupelmann, Hans W.: (Sonderposten 1969)
Was sind "Sonderposten mit Rücklageanteil" i.S. § 152 Abs. 5 AktG 1965?, in: DB 1969, S. 2045 - 2048
- Peupelmann, Hans W.: (Gliederungsschemen 1973)
Gliederungsschemen bei "erweiterten Konzernabschlüssen" und Weltabschlüssen, in: DB 1973, S. 1857 - 1866
- Picot, Arnold: Grundfragen experimenteller Organisationsforschung - Ein wissenschafts- und methodentheoretischer Beitrag zur empirischen Betriebswirtschaftslehre -, Diss. München 1972
- Pochmann, Heinz Gerhard: Der Einfluß der Rechnungslegungsvorschriften des neuen Aktiengesetzes auf Unternehmen außerhalb des Aktienrechts, in: StB 1966, S. 129 - 134
- Popper, Karl R.: (Logik 1966)
Logik der Forschung, 2. Aufl., Tübingen 1966
- Popper, Karl R.: Naturgesetze und theoretische Systeme, in: Theorie und Realität, hrsg. von Hans Albert, 2. Aufl., Tübingen 1972, S. 43 - 58
- Pougin, Erwin: (GoB 1968)
Die Rechnungslegungsvorschriften des neuen Aktiengesetzes

- als Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, in: Wirtschaftsprüfer im Dienst der Wirtschaft, Festschrift für Ernst Knorr, hrsg. von Erwin Pougin und Klaus v. Wysocki, Düsseldorf 1968, S. 215 - 255
- Powell, Weldon: (Inventory 1965)
"Inventory of Generally Accepted Accounting Principles", in: JoA, March 1965, S. 29 - 35
- Prölls, Erich R./Schmidt, Reimer/Sasse, Jürgen:
Versicherungsaufsichtsgesetz, 6. Aufl., München 1971
- Prühs, Hagen: (Regierungsentwurf 1969)
Der Regierungsentwurf eines Publizitätsgesetzes, in: AG 1969, S. 173 - 179, S. 218 - 224
- Prühs, Hagen: (PublG 1969)
Die Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz, in: AG 1969, S. 375 - 378
- Queenan, John W.: Postulates: Their Place in Accounting Research, in: JoA, August 1962, S. 29 - 33
- Rehbinder, Manfred: Gelten die neuen Bewertungsvorschriften des Aktienrechts auch für Unternehmen mit anderer Rechtsform?, in: NJW 1966, S. 1549 - 1551
- Reischauer, Friedrich/Kleinhaus, Joachim:
Kreditwesengesetz, Berlin, Loseblattsammlung, Stand: Dezember 1974
- Risse, Heinz: (Ordnungsmäßigkeit 1966)
Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und Bilanzwahrheit, in: BB 1966, S. 789 - 791

- Rittner, Fritz: (Gutachten 1964)
Die handelsrechtliche Publizität außerhalb der Aktiengesellschaft. Gutachten für den 45. Deutschen Juristentag, in: Verhandlungen des fünfundvierzigsten Deutschen Juristentages Karlsruhe 1964, hrsg. von der Ständigen Deputation des Deutschen Juristentages, Band I (Gutachten), München und Berlin 1964
- Rittner, Fr.: (Rechnungslegung 1970)
Rechnungslegung und Publizität, in: Probleme der GmbH-Reform, hrsg. von der Centrale für Gesellschaften mbH, Köln 1970, S. 133 - 153
- Röver, Maria: Sind die aktienrechtlichen Vorschriften Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung?, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, Düsseldorf 1966, S. 93 - 104
- Rohmann, Klaus: Methoden der empirischen Soziologie, in: Enzyklopädie der geisteswissenschaftlichen Arbeitsmethoden, hrsg. von Manfred Thiel, 8. Lieferung: Methoden der Sozialwissenschaften, München 1967, S. 163 - 223
- Saage, Gustav: (Reserven 1959)
Die stillen Reserven im Rahmen der aktienrechtlichen Pflichtprüfung, Köln und Opladen 1959
- Saage, Gustav: (Kontrollfunktion 1962)
Die Kontrollfunktion der Publizität, in: FAZ Nr. 268 vom 16.11.1962
- Saage: (Reservepolitik 1966)
Die Reservepolitik im neuen Aktienrecht, in: NB 1966, S. 71 - 83
- Saage, Gustav: (GoB 1967)
Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aus der Sicht des neuen Aktienrechts, in: NB 1967, S. 1 - 20

- Saage, Gustav: (Reform 1970)
Reform der Rechnungslegung
der GmbH, in: NB 1970, Heft 1,
S. 1 - 14
- Seemann, Hans-Jürgen: (Befolgung 1970)
Befolgung des neuen Aktienge-
setzes - eine Chance für die
externe Bilanzanalyse?, Diss.
Mannheim 1970
- Selchert, F.W.: (Steuerbilanz 1974)
Bindung der Steuerbilanz an
Teilwert- und Sonderabschrei-
bungen in der Handelsbilanz
gem. § 154 Abs. 2 Satz 1 Ziff.
2 AktG?, in: DB 1974, S. 2313
- 2316
- Semler, J.: Die Publizität der Kapitalge-
sellschaften vom Standpunkt
des Kapitalgebers und des öf-
fentlichen Interesses, in:
ZfHf 1958, S. 453 - 461
- Sengelmann, Jewgenija: (Publizitätspflicht 1968)
Mit der Publizitätspflicht neh-
men es manche nicht allzu ge-
nau, in: Die Welt Nr. 46 vom
23.2.1968
- Sieben, Günter: (Rechnungslegung 1974)
Kritische Würdigung der exter-
nen Rechnungslegung unter be-
sonderer Berücksichtigung von
Scheingewinnen, in: ZfbF 1974,
S. 153 - 168
- Siebert, Kurt: (Diskussionsbeitrag 1962)
Diskussionsbeitrag, in: Zur
großen Aktienrechtsreform,
hrsg. von der Friedrich-Ebert-
Stiftung, Hannover 1962, S.
117 - 122
- Silbermann, Alphons: (Inhaltsanalyse 1967)
Systematische Inhaltsanalyse,
in: Handbuch der empirischen
Sozialforschung, hrsg. von
René König, I. Band, 2. Aufl.,
Stuttgart 1967, S. 570 - 600
- Singhvi, Surendra S./Desai, Harsha B.:
(Disclosure 1971)

- An Empirical Analysis of the
Quality of Corporate Financial
Disclosure, in: AR 1971, S. 129
- 138
- Singhvi, Surendra S./Desai, Harsha B.:
The Quality of Corporate
Financial Disclosure: A Reply,
in: AR 1972, S. 585 f.
- Sontag, Ernst: (Aktiengesellschaften 1918)
Die Aktiengesellschaften im
Kampfe zwischen Macht und
Recht, Berlin 1918
- Sorter, George H./Gans, Martin S.:
(Opportunities 1974)
Opportunities and Implications
of the Report on Objectives
of Financial Statements, in:
Studies on Financial Accounting
Objectives: 1974, Supplement
to Vol. 12 of the JoAR 1974,
S. 1 - 12
- Spacek, Leonard: (Principles 1961)
Are Accounting Principles
Generally Accepted?, in: JoA,
April 1961, S. 41 - 46
- Sprißler, Wolfgang: (Rechnungslegung)
Die Rechnungslegung von Einzel-
kaufleuten und Personenhandels-
gesellschaften nach dem Publi-
zitätsgesetz - eine empirische
Untersuchung, Diss. München
(in Vorbereitung)
- Sprouse, Robert T.: (Principles 1964)
The "Radically Different"
Principles of Accounting
Research Study No. 3, in: JoA,
May 1964, S. 63 - 69
- Schäfer, Wolf: (Rechenschaftsberichte 1970)
Die Rechenschaftsberichte nach
den Vorschriften der Securities
and Exchange Commission, Düs-
seldorf 1970
- Shank, John K./Copeland, Ronald M.:
Corporate Personality Theory
and Changes in Accounting
Methods: An Empirical Test ,

- in: AR 1973, S. 494 - 501
- Schanz, Günther: (Empirismus 1975)
Zwei Arten des Empirismus, in:
ZfbF 1975, S. 307 - 331
- Scherpf, Peter: (Handelsbilanz 1941)
Handelsbilanz - Steuerbilanz,
Berlin 1941
- Scherrer, Gerhard: (Konzeption 1971)
Zur Konzeption der Bewertungs-
vorschriften des geplanten
GmbH-Gesetzes, Eine kritische
Stellungnahme, in: DB 1971,
S. 585 - 590
- Scherrer, Gerhard: (PublG 1973)
Umgehungsmöglichkeiten der
Größenpublizität - Zur Verpflich-
tung der Rechnungslegung, Prü-
fung und Veröffentlichung nach
dem Publizitätsgesetz -, in:
DB 1973, S. 89 - 94
- Scheuch, Erwin K.: (Skalierungsverfahren 1967)
Skalierungsverfahren in der
Sozialforschung, in: Handbuch
der empirischen Sozialforschung,
hrsg. von René König, I. Band,
2. Aufl., Stuttgart 1967,
S. 348 - 384
- Scheuch, Erwin K./Rüchemeyer, Dietrich:
(Soziologie 1965)
Soziologie und Statistik. Über
den Einfluß der modernen Wis-
senschaftslehre auf ihr gegen-
seitiges Verhältnis, in: Logik
der Sozialwissenschaften, hrsg.
von Ernst Topitsch, Köln, Ber-
lin 1965, S. 345 - 363
- Schildbach, Thomas: (Jahresabschluß 1974)
Ist der traditionelle Jahres-
abschluß überholt?, in: WPg
1974, S. 606 - 611
- Schimann, Gerhard: (Sammelwertberichtigungen 1974)
Neuregelung der Sammelwertbe-
richtigungen bei Kreditinsti-
tuten, in: WPg 1974, S. 593 -
606

- Schmalenbach, Eugen: (Bilanz 1962)
Dynamische Bilanz, 13. Aufl.,
bearbeitet von Richard Bauer,
Köln und Opladen 1962
- Schmidt, Reinhart: (Gesetz 1972)
Das Gesetz wurde mehr als be-
folgt, in: Manager-Magazin
1972, Heft 12, S. 32 - 34
- Schneider, Dieter: (Gewinn 1971)
Aktienrechtlicher Gewinn und
ausschüttungsfähiger Betrag,
in: WPg 1971, S. 607 - 617
- Schneider, Dieter : (Bilanztheorie 1973)
Renaissance der Bilanztheorie?,
in: ZfbF 1973, S. 29 - 58
- Schneider, Karl: Sind die aktienrechtlichen
Ausweistitel zwingend?, in:
DB 1965, S. 1637 - 1639
- Scholz, Franz: (GmbHG 1964)
Kommentar zum GmbH-Gesetz, 5.
Aufl., Köln-Marienburg 1964
- Schruff, Lothar: (Wirtschaftsprüfer 1973)
Der Wirtschaftsprüfer und
seine Pflichtprüfungsmandate,
Düsseldorf 1973
- Stammberger, Wolfgang: (Aktienrechtsreform 1962)
Leitlinien der Aktienrechts-
reform, in: Zur großen Aktien-
rechtsreform, hrsg. von der
Friedrich-Ebert-Stiftung, Han-
nover 1962, S. 11 - 24
- Stannigel: (Sparkassen 1968)
Die Rechnungslegung der Spar-
kassen nach neuen Vorschriften,
in: Betriebswirtschaftliche
Blätter für die Praxis der
Sparkassen und Girozentralen
1968, S. 117 - 124
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.):
(Verzeichnis 1972)
Verzeichnis der Aktiengesellten
und Gesellschaften mit be-
schränkter Haftung der Größen-
klasse 10 Millionen DM Stammka-
pital und mehr, Stuttgart und
Mainz, Juni 1972

- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.):
(Abschlüsse 1974)
Abschlüsse 1972 von Unternehmen, die dem Publizitätsgesetz unterliegen, in: Wirtschaft und Statistik 1974, S. 569 - 571
- Stegmüller, Wolfgang: (Kausalität 1970)
Das Problem der Kausalität, in: Texte zur Einführung in die Philosophie der Wissenschaft, hrsg. von Lorenz Krüger, Köln/Berlin 1970, S. 156 - 173
- Steichele, Adalbert Karl:
Die Einzelangaben nach § 160 Abs. 3 AktG 1965 im Geschäftsbericht, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, Düsseldorf 1966, S. 53 - 63
- Steinbach, Adalbert: (Rechnungslegungsvorschriften 1973)
Die Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965, Wiesbaden 1973
- Steinbach, Adalbert: (Gedanken 1973)
Gedanken zum gegenwärtigen Stand der Diskussion über Wesen, Rechtsnatur und Ermittlungsmethoden der GoB, in: ZfbF 1973, S. 1 - 15
- Steinbach, Adalbert: (Niederstwertvorschrift 1974)
Entscheidungstheoretische Aspekte der Bilanzierung und aktienrechtliche Niederstwertvorschrift (§ 155 AktG), in: BFuP 1974, S. 53 - 79
- Steinle, Kurt/Wiedemeyer, Gerd-Rainer:
(Gliederung 1973 I)
Zur Gliederung eines "weltweiten Konzernabschlusses", in: WPg 1973, S. 141 - 148
- Steinle, Kurt/Wiedemeyer, Gerd-Rainer:
(Gliederung 1973 II)
Gliederung weltweiter Konzernabschlüsse - unter Berücksichtigung des Aktiengesetzes, in: DB 1973, S. 2205 - 2208

- Stone, Donald E.: The Objective of Financial Reporting in the Annual Report, in: AR 1967, S. 331 - 337
- Storey, Reed K.: (Principles 1964)
Accounting Principles: AAA and AICPA, in: JoA, June 1964, S. 47 - 55
- Storn, Harro: (Pauschalwertberichtigung 1975)
Bemessung und Ausweis der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen, in: WPg 1975, S. 131 - 139
- Stützel, Wolfgang: (Aktienrechtsreform 1960)
Aktienrechtsreform und Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. von Helmut Arndt, Zweiter Band, Ursachen der Konzentration, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F., Bd. 20/II, Berlin 1960, S. 907 - 987
- Stützel, Wolfgang: (Diskussionsbeitrag 1962)
Diskussionsbeitrag, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, hrsg. von Carl Hans Barz et al., Frankfurt/Main 1962, S. 244 - 252
- Stützel, Wolfgang: (Bilanztheorie 1967)
Bemerkungen zur Bilanztheorie, in: ZfB 1967, S. 314 - 340
- Thomä, Karl Eugen: (Diskussionsbeitrag 1962)
Diskussionsbeitrag, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, hrsg. von Carl Hans Barz et al., Frankfurt/Main 1962, S. 286 - 290
- Tiefenbacher, Erhard: (GoB 1961)
Der Bundesgerichtshof und die Rechtsnatur der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, in: BB 1961, S. 1111 f.
- Vatter, William J.: (Postulates 1964)
Postulates and Principles, in: JoA, July 1964, S. 59 - 64

- Vinken, Horst: (Stiftung 1970)
Die Stiftung als Trägerin von Unternehmen und Unternehmens- teilen, Baden-Baden 1970
- Waldner, Wolfgang: (GoB 1961)
Der Bundesgerichtshof und die Rechtsnatur der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, in: BB 1961, S. 1108 - 1111
- von Wallis: Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und das Steuerrecht aus der Sicht des AktG 1965, in: NB 1967, Heft 2, S. 21 - 31
- Wanik, Otto: Darstellung der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden im Geschäftsbericht, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, Düsseldorf 1966, S. 45 - 52
- Wilhelmi, Hans: (Diskussionsbeitrag 1962)
Diskussionsbeitrag, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, hrsg. von Carl Hans Barz et al., Frankfurt/Main 1962, S. 112 - 118
- Witte, Eberhard: (Organisation 1968)
Die Organisation komplexer Entscheidungsverläufe - ein Forschungsbericht, in: ZfbF 1968, S. 581 - 599
- Witte, Eberhard: (Phasen-Theorem 1968)
Phasen-Theorem und Organisation komplexer Entscheidungsverläufe, in: ZfbF 1968, S. 625 - 647
- Witte, Eberhard: (Informationsverhalten 1972)
Das Informationsverhalten in Entscheidungs-Prozessen, in: Das Informationsverhalten in Entscheidungsprozessen, hrsg. von Eberhard Witte, Tübingen 1972, S. 1 - 88
- Witte, Eberhard: (Theorie 1974)
Zu einer empirischen Theorie der Führung, in: Unternehmens-

- führung, Festschrift für Erich Kosiol zu seinem 75. Geburtstag, hrsg. von Jürgen Wild, Berlin 1974, S. 181 - 219
- Witte, Eberhard: (Forschung 1974)
Empirische Forschung in der Betriebswirtschaftslehre, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre, hrsg. von Erwin Grochla und Waldemar Wittmann, 4. Aufl., Stuttgart 1974, Sp. 1264 - 1281
- Wöhe, Günter: (Bilanzierung 1970)
Bilanzierung und Bilanzpolitik, München 1970
- Wolany, J.: (Reichsgericht 1961)
Die stillen Rücklagen und das Reichsgericht, in: AG 1961, S. 198 - 204
- v. Wysocki, Klaus: (Grundlagen 1967)
Grundlagen des betriebswirtschaftlichen Prüfungswesen, Berlin 1967
- v. Wysocki, Klaus: (Konzernrechnungslegung 1969)
Konzernrechnungslegung in Deutschland, Düsseldorf 1969
- v. Wysocki, Klaus: (Konzernrechnungslegung 1970)
Zwei Jahre Konzernrechnungslegung nach dem AktG 1965, in: WPg 1970, S. 97 - 103, S. 124 - 133
- v. Wysocki, Klaus et al.: (Berichterstattung 1971)
Die Berichterstattung Deutscher Aktiengesellschaften über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden gem. § 160 Abs. 2 AktG, in: ZfbF 1971, S. 308 - 334
- v. Wysocki, Klaus: (Prüfungswesen 1972)
Betriebswirtschaftliches Prüfungswesen, Prüfungsordnungen und Prüfungsorgane, München 1972

- v. Wysocki, Klaus/Wohlgemuth, Michael:
(Konzernrechnungslegung 1975)
Konzernrechnungslegung, Tübingen, Düsseldorf 1975
- o.V.: (Hearing 1969)
Professoren kontra Wirtschaft
beim Hearing, in: IK Nr. 89
vom 12.6.1969
- o.V.: (Publizität 1969)
Unternehmensstruktur und Publizität in der Bundesrepublik, in:
Neue Zürcher Zeitung Nr. 175
vom 28.6.69
- o.V.: (APB 1970)
APB Statement No. 4 Describes
Basic Accounting Concepts, in:
JoA, December 1970, S. 9 f.
- o.V.: (PublG 1972)
Wer fällt unter das Publizitätsgesetz?, in: FAZ Nr. 24
vom 29.1.1972 und Nr. 35
vom 11.2.1972
- o.V.: Publizität - eine lästige
Pflicht, in: Manager-Magazin
1972, Heft 4, S. 48 f.
- o.V.: (Tanz 1972)
Tanz der sieben Schleier, in:
SZ Nr. 195 vom 26./27.8.1972
- o.V.: Nur wenige lassen sich in die
Karten sehen, in: SZ Nr. 218
vom 22.9.72

VERZEICHNIS DER UNTERSUCHTEN UNTERNEHMEN

a) Industrie-, Handels-, Verkehrsunternehmen

- 1) Aluminium-Walzwerke Singen GmbH, Singen
- 2) BAT Cigaretten-Fabriken GmbH, Hamburg
- 3) Friedrich Baur GmbH, Burgkunstadt
- 4) Boehringer Mannheim GmbH, Mannheim
- 5) Robert Bosch GmbH, Stuttgart
- 6) Caltex Deutschland GmbH, Wiesbaden
- 7) Gebr. Claas Maschinenfabrik GmbH, Harsewinkel
- 8) Deutsche ICI GmbH, Östringen
- 9) Deutsche Marathon GmbH, München
- 10) Deutsche Nestlé GmbH, Lindau
- 11) Deutsche Solvay-Werke GmbH, Solingen-Ohligs
- 12) Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH, Düsseldorf
- 13) Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte mbH, Sulzbach-Rosenberg
- 14) Erdölchemie GmbH, Köln-Worringen
- 15) Esso Tankschiff Reederei GmbH, Hamburg
- 16) Gesellschaft für Elektrometallurgie mbH, Düsseldorf
- 17) Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl
- 18) Grosseinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH, Hamburg
- 19) Grundig-Werke GmbH, Fürth
- 20) Haindl Papier GmbH, Augsburg
- 21) Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Frankfurt/Berlin
- 22) IBM Deutschland Internationale Büro-Maschinen GmbH, Sindelfingen
- 23) International Harvester Company mbH, Neuss
- 24) Kepa Kaufhaus GmbH, Essen
- 25) Kraft GmbH, Lindenberg
- 26) Friedr. Krupp GmbH, Essen
- 27) Langnese-Iglo GmbH, Hamburg
- 28) Ernst Leitz GmbH, Wetzlar
- 29) 3M Deutschland GmbH, Düsseldorf
- 30) Maggi GmbH, Singen

- 31) Mahle GmbH, Stuttgart
- 32) Maizena GmbH, Hamburg
- 33) Messer Griesheim GmbH, Frankfurt
- 34) Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH, München-Ottobrunn
- 35) Milch-Fett- und Eier-Kontor GmbH, Hamburg
- 36) Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH, Friedrichshafen
- 37) Motoren- und Turbinen-Union München GmbH, München
- 38) National Registrier Kassen GmbH, Augsburg
- 39) Norddeutsche Papierwerke GmbH, Uetersen
- 40) "Nordsee" Deutsche Hochseefischerei GmbH, Bremerhaven
- 41) Osram GmbH, Berlin/München
- 42) Procter & Gamble GmbH, Schwalbach
- 43) Rheinische Olefinwerke GmbH, Wesseling
- 44) Röhm GmbH, Darmstadt
- 45) Schulte & Dieckhoff GmbH, Horstmar
- 46) SKF Kugellagerfabriken GmbH, Schweinfurt
- 47) Siemens Electrogeräte GmbH, Berlin/München
- 48) Stahlwerke Röchling-Burbach GmbH, Völklingen
- 49) Starkstrom-Anlagen GmbH, Frankfurt
- 50) Telefonbau und Normalzeit GmbH, Frankfurt
- 51) Dr. Karl Thomae GmbH, Biberach
- 52) Friedrich Uhde GmbH, Dortmund
- 53) VAW Leichtmetall GmbH, Bonn
- 54) VDO Tachometer Werke Adolf Schindling GmbH, Frankfurt
- 55) Vereinigte Flugtechnische Werke - Fokker GmbH, Bremen
- 56) Wacker-Chemie GmbH, München
- 57) F.W. Woolworth Co GmbH, Berlin
- 58) Carl-Zeiss-Stiftung, Oberkochen
- 59) Zeppelin-Metallwerke GmbH, Friedrichshafen

b) Versicherungen, Bausparkassen

- 1) Badenia Bausparkasse GmbH, Karlsruhe
- 2) Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinnützige GmbH, Ludwigsburg
- 3) Öffentliche Bausparkasse, Hamburg
- 4) Bayern-Versicherung, Öffentliche Lebensversicherungsanstalt, München
- 5) Deutsche Beamten-Versicherung, Öffentlich-rechtliche Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt, Wiesbaden
- 6) Landwirtschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover
- 7) Provinzial Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz, Düsseldorf
- 8) Provinzial Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz, Düsseldorf
- 9) Provinzial-Lebensversicherung Hannover, Hannover
- 10) Provinzial-Lebens-, Unfall- und Haftpflicht-Versicherungsanstalt Schleswig-Holstein, Kiel
- 11) Westfälische Provinzial-Feuersozietät, Münster

c) Banken

- 1) AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt
- 2) Badische Kommunale Landesbank Girozentrale, Mannheim
- 3) Badische Landeskreditanstalt, Karlsruhe
- 4) Bank für Sozialwirtschaft GmbH, Berlin
- 5) Bayerische Gemeindebank Girozentrale, Öffentliche Bankanstalt, München
- 6) Bayerische Landesbodenkreditanstalt, München
- 7) Das Berliner Pfandbrief-Amt (Berliner Stadtschaft), Berlin
- 8) Bezirkssparkasse Gießen, Gießen
- 9) Bezirkssparkasse Heidelberg, Heidelberg
- 10) Bezirkssparkasse Seligenstadt, Seligenstadt
- 11) Bremer Landesbank, Bremen
- 12) Deutsche Genossenschaftskasse, Frankfurt

- 13) Deutsche Girozentrale, Deutsche Kommunalbank, Berlin/Frankfurt
- 14) Deutsche Pfandbriefanstalt, Wiesbaden/Berlin
- 15) Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, Berlin/Bonn
- 16) Deutsche Unionbank GmbH, Frankfurt
- 17) Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Gesellschaft), Frankfurt
- 18) Girokasse Öffentliche Bank und Sparkasse Stuttgart - Girokasse -, Stuttgart
- 19) Hamburger Sparcasse von 1827, Hamburg
- 20) Hamburgische Landesbank Girozentrale, Hamburg
- 21) Hardy & Co. GmbH, Frankfurt
- 22) Hessische Landesbank, Girozentrale, Frankfurt
- 23) Hohenzollerische Landesbank, Spar- und Girokasse, Sigmaringen
- 24) Kieler Spar- und Leihkasse, Kiel
- 25) Kreissparkasse Aalen, Aalen
- 26) Kreissparkasse Alfeld (Leine), Alfeld
- 27) Kreissparkasse Balingen, Balingen
- 28) Kreis-Sparkasse Bielefeld, Bielefeld
- 29) Kreissparkasse Böblingen, Böblingen
- 30) Kreissparkasse Calw, Calw
- 31) Kreissparkasse Detmold, Detmold
- 32) Kreissparkasse Düren, Düren
- 33) Kreissparkasse Düsseldorf, Düsseldorf
- 34) Kreissparkasse Esslingen am Neckar, Esslingen
- 35) Kreissparkasse Friedberg (Hessen), Friedberg
- 36) Kreissparkasse Gifhorn, Gifhorn
- 37) Kreissparkasse Göppingen, Göppingen
- 38) Kreissparkasse Grafschaft Hoya zu Syke, Syke
- 39) Kreissparkasse Grevenbroich, Grevenbroich
- 40) Kreissparkasse Groß-Gerau, Groß-Gerau
- 41) Kreissparkasse Harburg, Hamburg
- 42) Kreissparkasse Heilbronn, Heilbronn
- 43) Kreissparkasse Herford, Herford
- 44) Kreissparkasse Hildesheim-Marienburg, Hildesheim
- 45) Kreissparkasse Kempen-Krefeld zu Krefeld, Krefeld

- 46) Kreissparkasse Koblenz, Koblenz
- 47) Kreissparkasse Köln, Köln
- 48) Kreissparkasse Leonberg, Leonberg
- 49) Kreissparkasse Ludwigsburg, Ludwigsburg
- 50) Kreissparkasse Marburg/Lahn, Marburg
- 51) Kreissparkasse München, München
- 52) Kreissparkasse Nürtingen, Nürtingen
- 53) Kreissparkasse Osnabrück, Osnabrück
- 54) Kreissparkasse Paderborn, Paderborn
- 55) Kreissparkasse Peine, Peine
- 56) Kreissparkasse Pinneberg, Pinneberg
- 57) Kreissparkasse Ravensburg, Ravensburg
- 58) Kreissparkasse Recklinghausen, Recklinghausen
- 59) Kreissparkasse Rottweil, Rottweil
- 60) Kreissparkasse Saarbrücken, Saarbrücken
- 61) Kreissparkasse Saarlouis, Saarlouis
- 62) Kreissparkasse Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Gmünd
- 63) Kreissparkasse in Siegburg, Siegburg
- 64) Kreissparkasse Stormarn, Bad Oldesloe
- 65) Kreissparkasse Trier, Trier
- 66) Kreissparkasse Tübingen, Tübingen
- 67) Kreissparkasse Verden, Verden
- 68) Kreissparkasse Waiblingen, Waiblingen
- 69) Kreissparkasse Wetzlar, Wetzlar
- 70) Kreis- und Stadtparkasse Fürstenfeldbruck,
Fürstenfeldbruck
- 71) Kreis- und Stadtparkasse Rosenheim, Rosenheim
- 72) Kreis- und Stadtparkasse Ulm-Donau, Ulm
- 73) Kreis- und Stadtparkasse Worms, Worms
- 74) Landesbank Rheinland-Pfalz, Girozentrale, Mainz
- 75) Landesbank und Girozentrale Saar, Saarbrücken
- 76) Landesbank und Girozentrale Schleswig-Holstein,
Kiel
- 77) Landessparkasse zu Oldenburg, Oldenburg
- 78) Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt
- 79) Nassauische Sparkasse, Wiesbaden
- 80) Neue Sparcasse von 1864, Hamburg

- 81) Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover/
Braunschweig
- 82) Noris Bank GmbH, Nürnberg
- 83) Sparkasse Bonn, Bonn
- 84) Die Sparkasse in Bremen, Bremen
- 85) Sparkasse des Landkreises Hannover, Hannover
- 86) Sparkasse zu Lübeck, Lübeck
- 87) Sparkasse der Stadt Berlin West, Berlin
- 88) Sparkasse der Stadt Hagen, Hagen
- 89) Sparkasse der Stadt Köln, Köln
- 90) Sparkasse der Stadt Leverkusen, Leverkusen
- 91) Sparkasse der Stadt Münster, Münster
- 92) Sparkasse der Stadt Saarbrücken, Saarbrücken
- 93) Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen, Olden-
burg
- 94) Stadtsparkasse Augsburg, Augsburg
- 95) Stadt-Sparkasse Bielefeld, Bielefeld
- 96) Stadtsparkasse Dortmund, Dortmund
- 97) Stadt-Sparkasse Düsseldorf, Düsseldorf
- 98) Stadtsparkasse Duisburg, Duisburg
- 99) Stadtsparkasse Essen, Essen
- 100) Stadtsparkasse Frankfurt am Main, Frankfurt
- 101) Stadtsparkasse Fürth, Fürth
- 102) Stadt-Sparkasse Gelsenkirchen, Gelsenkirchen
- 103) Stadtsparkasse Hannover, Hannover
- 104) Stadtsparkasse Kassel, Kassel
- 105) Stadtsparkasse Koblenz, Koblenz
- 106) Stadt-Sparkasse Krefeld, Krefeld
- 107) Stadt-Sparkasse Ludwigshafen, Ludwigshafen
- 108) Stadtsparkasse Mannheim, Mannheim
- 109) Stadtsparkasse Mönchengladbach, Mönchengladbach
- 110) Stadtsparkasse Mülheim a.d. Ruhr, Mülheim
- 111) Stadtsparkasse München, München
- 112) Stadtsparkasse Neuss, Neuß
- 113) Stadtsparkasse Nürnberg, Nürnberg
- 114) Stadtsparkasse Oberhausen, Oberhausen
- 115) Stadtsparkasse Osnabrück, Osnabrück

- 116) Stadtparkasse Remscheid, Remscheid
- 117) Stadt-Sparkasse Solingen, Solingen
- 118) Stadtparkasse Trier, Trier
- 119) Stadtparkasse Wuppertal, Wuppertal
- 120) Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt, Darmstadt
- 121) Stadt- und Kreissparkasse Erlangen, Erlangen
- 122) Stadt- und Kreissparkasse Ingolstadt, Ingolstadt
- 123) Stadt- u. Kreis-Sparkasse Pforzheim, Pforzheim
- 124) Städtische Sparkasse Bochum, Bochum
- 125) Städtische Sparkasse Bremerhaven, Bremerhaven
- 126) Städtische Sparkasse Freiburg, Freiburg
- 127) Städtische Sparkasse Göttingen, Göttingen
- 128) Städtische Sparkasse Karlsruhe, Karlsruhe
- 129) Städtische Sparkasse Offenbach/Main, Offenbach
- 130) Städtische Sparkasse Rheydt, Rheydt
- 131) Städtische Sparkasse Würzburg, Würzburg
- 132) Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Düsseldorf/
Münster
- 133) Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin, Berlin
- 134) Wohnungsbaukreditanstalt des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel
- 135) Württembergische Landeskreditanstalt, Stuttgart
- 136) Württembergische Landessparkasse, Stuttgart

(Diese Numerierung der Unternehmen stimmt nicht mit
den in der Arbeit verwandten Kennziffern überein,
vgl. S. 23 Fußnote 1)

Lebenslauf

Name		Michael Adler
Geburt	4. August 1948	in New York (USA)
Eltern		Ernst M. Adler Jeanne Adler, geb. Weiskott
Schulbesuch	1954 - 1957	Volksschule in New York
	1957 - 1958	Volksschule in Karlsruhe
	1958 - 1966	Bismarck-Gymnasium Karlsruhe
Studium	WS 1966/67 - WS 1970/71	Studium der Betriebs- wirtschaftslehre an der Universität Mannheim
	29. April 1971	Prüfung zum Diplom- Kaufmann
Wissenschaft- liche Tätig- keit	1. Juni - 30. Juni 1971	wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehr- stuhl für Allgemeine Betriebswirtschafts- lehre, Wirtschafts- prüfungs- und Treu- handwesen, Universi- tät Mannheim, Prof. Dr. K. v. Wy- socki
	ab 1. Juli 1971	wissenschaftlicher Mitarbeiter am Insti- tut für Wirtschafts- beratung und Revi- sionswesen, Universität München, Prof. Dr. K. v. Wy- socki (Institut für Finanzwirtschaft)

